



ENTWURF DES REGIERUNGSPROGRAMMS

Landtagswahlen in Niedersachsen 2017

Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Niedersachsen
Landesgeschäftsführer Georg Brockmeyer
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
Telefon: 0511 1674 212

E-Mail: niedersachsen@spd.de

ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT

1	Das Regierungsprogramm der SPD 2017 bis 2022	
2		
3		
4	0. Vorwort	3
5		
6	I. Niedersachsen auf gutem Weg	4
7	1. Die Zukunft beginnt heute	4
8	2. Bildung hat Vorrang	7
9	3. Keiner bleibt zurück	9
10	4. Freiheit braucht Sicherheit	12
11	5. Gesunde Finanzen ohne neue Schulden	13
12		
13	II. Die Leitprojekte: Zukunft und Zusammenhalt	14
14	1. Gebührenfreie Bildung in Niedersachsen	14
15	2. Investitionen in Niedersachsens soziale Infrastruktur	15
16	3. Moderne Verkehrsinfrastruktur	18
17	4. Zukunft der ländlichen Räume	19
18		
19	III. Junges Leben in Niedersachsen	21
20	1. Familien unterstützen und beraten: Kinder schützen und fördern	22
21	2. Jugendpolitik: Zukunft und Chancengleichheit	23
22	3. Frühkindliche Bildung: mehr Qualität in Krippe und Kita	25
23	4. Gute Schule: sichern und ausbauen	26
24	5. Berufsbildende Schule: Orientierung und Chancengarantie	29
25	6. Hochschulen: offen für alle und fit für morgen	30
26	7. Berufliche und akademische Ausbildung gleichstellen: duale Ausbildung stärken	33
27	8. Lebenslange Bildung: politische und kulturelle Teilhabe sichern	34
28		
29	IV. Miteinander leben in Niedersachsen	36
30	1. Frauen und Männer – mehr als ein kleiner Unterschied	36
31	2. Menschen mit und ohne Handicap	37
32	3. Menschen mit und ohne deutschen Pass	39
33	4. Starke Kommunen in einem starken Land	44
34	5. Wohnraum für alle	45
35	6. Pflege vor großen Herausforderungen	46
36	7. Leben aktiv gestalten	49

1	V. Gesundes Leben in Niedersachsen	53
2	1. Natur und Umwelt	53
3	2. Gesunde Ernährung vom Land	60
4	3. Gesundheit schützen und Gesundheit schaffen	63
5		
6	VI. Gute Arbeit und gesunde Wirtschaft in Niedersachsen	67
7	1. Gute Arbeit im Mittelpunkt	67
8	2. Sichere Arbeit in erfolgreichen Unternehmen	70
9	3. Energieland Nr. 1 und Land der „Smart Energy“	71
10	4. Maritime Offensive an der Küste	72
11	5. Mobilität für Land und Wirtschaft	73
12	6. Innovation ist Zukunft	75
13	7. Mittelstand und Handwerk stärken	77
14		
15	VII. Geschützt und sicher in Niedersachsen	78
16	1. Sicher Leben in Stadt und Land	79
17	2. Zuwanderung aktiv steuern	83
18	3. Starker Rechtsstaat und bürgernahe Justiz	84
19	4. Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes erhalten	90
20	5. Gesunde Kassen für einen aktiven Staat	91
21		
22	VIII. Heimat in Zeiten der Globalisierung	94
23	1. Digitalisierung – mit Elan und sozialer Verantwortung	94
24	2. Starke Regionen in einem innovativen Land	99
25	3. Niedersachsen in Europa – Europa für Niedersachsen	102
26		
27	IX. Mit Zuversicht in eine gute Zukunft	106
28		

1 **0. Vorwort**

2
3
4
5 Liebe Wählerinnen und Wähler,

6
7 am 15. Oktober 2017 finden in Niedersachsen vorgezogene Landtagswahlen statt. Das ist
8 die Folge höchst undurchsichtiger Vorgänge, die mit Recht viele Menschen in unserem Land
9 empört haben. Auch darüber wird vor den Wahlen zu reden sein, aber noch wichtiger ist der
10 niedersächsischen SPD etwas anderes: Die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen.

11
12 Wir blicken dabei zurück auf eine sehr erfolgreiche Phase unserer Landesentwicklung. Die
13 rot-grüne Mehrheit hat Niedersachsen in vielen Bereichen deutlich voran gebracht. Wir
14 haben eine Rekordbeschäftigung, wir haben den Haushalt saniert, wir haben das Turbo-
15 Abitur und die Studiengebühren abgeschafft und vieles mehr.

16
17 Auf dieser Grundlage können wir die Zukunft unseres Landes mit Zuversicht angehen. Wir
18 wollen Bildung und Qualifizierung ausbauen und über alle Stufen hinweg Ausbildung in
19 Niedersachsen gebührenfrei stellen. Wir brauchen gut ausgebildete Menschen, um
20 Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Wir stehen für Erhalt und Ausbau unserer
21 Infrastruktur – von der Krankenhaussanierung über den Straßenbau bis zu den Datennetzen.

22
23 Und, das ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders wichtig: Wir
24 konzentrieren uns auf alles, was den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärkt. Wir
25 wollen uns gemeinsam für eine gute Zukunft Niedersachsens anstrengen!

26
27 Auf dieser Grundlage werden wir auch in den nächsten Jahren arbeiten und bitten dafür um
28 das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler.

29
30 Ihr

31 Stephan Weil

32 Landesvorsitzender der SPD-Niedersachsen

33

I. NIEDERSACHSEN AUF GUTEM WEG

„Niedersachsen braucht eine neue Politik, die der Gesellschaft und den Menschen wieder Mut und Lust auf Zukunft macht. Eine Zukunft, die auf der Grundlage eines gesicherten sozialen Wertesystems Vorsorge trifft, gerechte Rahmenbedingungen und Chancengleichheit schafft, alle mitnimmt, keinen ausgrenzt oder gar zurücklässt. Niedersachsen braucht eine kraftvolle Politik, um die wachsenden Herausforderungen auf beinahe allen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern zu meistern.“

Regierungsprogramm der niedersächsischen SPD 2013 bis 2018

Die SPD hat Wort gehalten. Sie hat einen Schlussstrich unter die dunklen Jahre der CDU/FDP-Regierung gezogen und eine neue Politik für Niedersachsen eingeleitet. Natürlich ist noch nicht alles erreicht, was vor vier Jahren bei der Übernahme der politischen Verantwortung im rot-grünen Regierungsprogramm festgelegt worden ist. Aber die Bilanz zeigt: Niedersachsen ist auf einem guten Weg.

90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nach einer Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung wohl in ihrem Land. Zwei Drittel sind der Ansicht, dass es mit Niedersachsen bergauf geht. Fast 70 Prozent sehen hier eine gute berufliche Perspektive und 85 Prozent sind der Ansicht, dass man in Niedersachsen gut eine Familie gründen und Kinder großziehen kann. Dazu trägt wohl auch das Vertrauen in die zukünftige gute Entwicklung der Wirtschaft und der eigenen wirtschaftlichen Lage bei. Mehr als 70 Prozent der Niedersachsen glaubt, dass die Situation in ihrem Land stabil bleiben wird oder es sogar noch aufwärts geht.

Klar, dass so viele Niedersachsen gern in diesem Land leben, dazu hat auch die bisherige Politik der SPD-geführten Landesregierung wichtige Beiträge geleistet. Sie hat entscheidende Weichen gestellt, vieles auf den Weg gebracht und vieles umgesetzt. Das lässt sich an einigen ausgewählten Beispielen zeigen.

1. Die Zukunft beginnt heute

Niedersachsen geht es gut. Im Herbst 2016 hatten in Niedersachsen 2,82 Millionen Menschen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz. Das sind rund 200.000 mehr als 2012. Gleichzeitig war die Arbeitslosenquote im Jahresschnitt mit sechs Prozent so niedrig wie seit 36 Jahren nicht mehr. 540.000 Menschen haben ihren Arbeitsplatz in einem niedersächsischen Industrieunternehmen. Stark ist auch das Handwerk: Mit seinen rund 83.000 Betrieben, 520.000 Beschäftigten und etwa 47.000 Auszubildenden ist es für unser

1 Land ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nach der jüngsten Umfrage der Industrie- und
2 Handelskammern blickt die niedersächsische Wirtschaft zuversichtlich in die Zukunft.

3

4 Die SPD will, dass es so bleibt. Deshalb will sie die Gegenwart gestalten. Im Zentrum ihrer
5 Politik steht dabei das Leitbild „Gute Arbeit“ mit fairer Bezahlung. Bereits 2014 hat die SPD-
6 geführte Landesregierung mit dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz ein
7 Mindestentgelt bei allen öffentlichen Aufträgen eingeführt. Seit 2015 gilt der gesetzliche
8 Mindestlohn. In der Folge wurden in kaum einem anderen westdeutschen Land so viele
9 Minijobs in voll sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt wie in
10 Niedersachsen.

11

12 Die SPD-geführte Landesregierung hat sich auch für eine Regulierung der Leiharbeit
13 eingesetzt, um Dumpinglöhne und den Ersatz von Stammbeschafteten sowie den
14 Missbrauch von Werkverträgen zu verhindern. Die gesetzlichen Änderungen dazu sind 2017
15 in Kraft getreten.

16

17 Wer gute Arbeit will, muss die Wirtschaft stärken. Das zeigen folgende Beispiele:

18 2015 ist es gelungen, dass Siemens im Deutschen Offshore-Industriezentrum in
19 Cuxhaven an die 1.000 Arbeitsplätze schafft. Hinzu kommen viele weitere in
20 Zulieferbetrieben.

21 Im Frühjahr 2017 ist im Landkreis Friesland ein gemeinsames Projekt des
22 niedersächsischen Energieversorgers EWE und japanischer Unternehmen gestartet,
23 das in Zeiten Erneuerbarer Energien mit schwankender Einspeisung über einen
24 hybriden Batteriespeicher die Stabilität der Stromversorgung absichert. Die
25 japanische Wirtschaftsförderorganisation Nedo unterstützt das Projekt mit 24
26 Millionen Euro.

27 Trotz großer Probleme ist es gelungen, den Umschlag des JadeWeserPort im Jahr
28 2016 um 13 Prozent zu steigern. Um die maritime Wirtschaft insgesamt zu stärken,
29 hat das Land 2016 rund 55 Millionen Euro in die landeseigenen Häfen investiert.

30

31 Seit 2013 wurden 45 Projekte wirtschaftsnaher Infrastrukturprojekte in strukturschwachen
32 Kommunen mit insgesamt rund 57,36 Millionen Euro aus EU-Mitteln und Landesgeldern
33 gefördert. Ebenfalls seit 2013 sind mehr als 120 Millionen Euro Fördergelder für 287
34 Unternehmen in strukturschwachen Gebieten bewilligt worden. Damit wurden
35 Folgeinvestitionen von 977 Millionen Euro ausgelöst, mehr als 3.300
36 sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze mit rund 400 Ausbildungsplätzen
37 geschaffen und weitere 687 Arbeitsplätze im Land gesichert.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Niedersachsen ist Windenergieland Nr. 1 und Spitzenreiter bei Erneuerbaren Energien. Im Jahr 2015 stammten bereits 40 Prozent des in Niedersachsen erzeugten Stroms aus Erneuerbaren Energien. Mit rund 9.324 Megawatt (MW) stellt das Land den größten Anteil der in Deutschland installierten Leistung aus Windenergie und konnte im Jahr 2016 mit 312 Anlagen den größten Zubau aller Länder verzeichnen. Die Zahl der Beschäftigten im Bereich der Windenergie lag 2016 bei 32.000.

Zugleich hat die SPD-geführte Landesregierung den anderen Ländern und dem Bund in einem Kraftakt die Zusage abgerungen, dass keine weiteren Castor-Behälter mit hochradioaktivem Atommüll aus deutschen Atomkraftwerken in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben gebracht werden und eine bundesweite ergebnisoffene Suche nach einem Atommüllendlager begonnen wird.

Aber nicht nur dabei wurden Wirtschaft und Umwelt zusammengebracht. An der Ems konnte 2015 ein seit mehr als zehn Jahren schwelender Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie beendet werden: Mit dem „Masterplan Ems 2050“ werden die Wasserqualität der Ems verbessert und gleichzeitig Tausende Arbeitsplätze in der Region gesichert.

Schon heute stellt die SPD-geführte Landesregierung die Weichen für die digitale Zukunft. Der neu berufene „Digitalrat Niedersachsen“ hat die Aufgabe, Handlungsoptionen im Hinblick auf den digitalen Wandel zu benennen und die Landesregierung in Zukunftsfragen zu beraten. Er nahm im März 2017 seine Arbeit auf. Ihm gehören 20 sachkundige Persönlichkeiten aus allen Bereichen der Gesellschaft an.

Um kleine und mittlere Unternehmen im digitalen Wandel zu fördern, unterstützt die SPD-geführte Landesregierung Existenzgründungen und neue Geschäftsmodelle unter anderem durch Pilotprojekte zu zukunftsfähigen Energiesystemen. Die zunehmende Globalisierung erfordert stetige Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE), um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Niedersachsen setzt sich deshalb für eine steuerrechtliche Anreizregelung für betriebliche FuE-Investitionen ein. Jedes forschende kleine oder mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten soll eine Prämie in Höhe von zehn Prozent der FuE-Personalausgaben erhalten.

Die Breitbandversorgung in Niedersachsen ist aktuell besser ausgebaut als in Deutschland insgesamt – wichtige Voraussetzung für eine innovative Wirtschaft. 2016 hatten nach

1 aktuellen Zahlen 81,1 Prozent der Haushalte mindestens 30 Megabit/Sekunde (Mbit/s), 73,0
2 Prozent mindestens 50 Mbit/s und 66,0 Prozent mindestens 100 Mbit/s.

3

4 Innovative Betriebe brauchen gute Fachkräfte. Darum hat die SPD-geführte Landesregierung
5 gemeinsam mit den Partnern am Arbeitsmarkt 2014 eine Fachkräfteinitiative gestartet. Die
6 Unternehmen in Niedersachsen sollen auch künftig qualifizierte Mitarbeiterinnen und
7 Mitarbeiter finden. Rund 200 Millionen Euro stehen dafür zur Verfügung – unter anderem
8 auch für eine verbesserte Erwerbsbeteiligung von Frauen.

9

10 Auch für eine bessere Mobilität der Menschen in Niedersachsen wurden erhebliche Mittel
11 investiert. Für die Landesstraßen setzt die SPD-geführte Landesregierung seit 2015 jährlich
12 85 Millionen Euro ein. Drei nicht mehr genutzte Bahnstrecken und rund 30 Bahnhaltepunkte
13 werden seit Anfang 2017 für den Personenverkehr reaktiviert. Dort, wo es an
14 Schienenstrecken fehlt, wird künftig die Einrichtung von Landesbuslinien mit bis zu zehn
15 Millionen Euro pro Jahr gefördert. Seit 2015 wird die Beschaffung von Omnibussen,
16 insbesondere mit alternativen Antrieben wie Dieselhybrid- und Elektroantrieb, wieder
17 unterstützt. Die Förderung von Bürgerbussen ist seit 2013 deutlich angehoben worden.
18 Schließlich wird auch der Schülerverkehr mit garantierten Finanzhilfen von 90 Millionen Euro
19 pro Jahr gefördert.

20

21 Um dem besonderen Bedarf der unterschiedlichen Regionen gerecht zu werden, hat die
22 SPD-geführte Landesregierung das neue Instrument der regionalen Landesentwicklung
23 geschaffen. Damit wurde ein besserer Zuschnitt der EU-Förderung auf die regionalen
24 Bedürfnisse erreicht. Niedersachsen hat als einziges Land in Deutschland ein
25 Multifondsprogramm, das alle europäischen Förderprogramme koordiniert. Die regionalen
26 Handlungsstrategien sorgen dafür, dass diese Förderung in den Regionen maßgeschneidert
27 umgesetzt wird. Dafür wurden die Ämter für regionale Landesentwicklung an den Standorten
28 Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg als wichtige Ansprechpartner etabliert.
29 Die EU-Förderung wird so nicht nur umfassend zwischen den Ebenen verzahnt, sondern vor
30 Ort werden auch möglichst viele regionale Akteure mit einbezogen. Mit dem
31 Südniedersachsen-Programm fließen 100 Millionen Euro für regional besonders bedeutsame
32 Projekte zusätzlich in das noch strukturschwache Südniedersachsen.

33

34 **2. Bildung hat Vorrang**

35 Gute Bildung ist Voraussetzung für eine selbstbestimmte Zukunft und gesellschaftliche
36 Teilhabe. Sie garantiert eine gerechte Gesellschaft, in der alle ihre Talente frei entfalten

1 können. Sie steht im Mittelpunkt der SPD-Politik, und deshalb gab es in den vergangenen
2 fünf Jahren hier besondere Bemühungen.

3

4 In einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Land und Kommunen wurde der
5 Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz erfüllt. Seit 2013 sind mehr als 12.000
6 Betreuungsplätze für unter Dreijährige geschaffen oder gefördert worden. Seit Januar 2015
7 finanziert das Land eine dritte Fach- oder Betreuungskraft in Krippengruppen mit mindestens
8 elf belegten Plätzen.

9

10 Niedersachsen hat als erstes Land die Abschaffung des G8-Modell zugunsten des Abiturs
11 nach 13 Jahren beschlossen. Mit dem Schuljahr 2018/19 beginnt wieder eine dreijährige
12 Oberstufe. Damit ist dem starken Wunsch von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und
13 Lehrern sowie Eltern nach einem entspannten Schulalltag entsprochen worden. Die
14 Benachteiligung niedersächsischer Abiturientinnen und Abiturienten gegenüber den
15 Schülerinnen und Schülern der meisten anderen Bundesländer soll durch die Abschaffung
16 des fünften Prüfungsfachs beseitigt werden.

17

18 Die SPD-geführte Landesregierung hat Ganztagschulen massiv ausgebaut. So wird eine
19 bessere Förderung der Kinder erreicht und für die Eltern die Vereinbarkeit von Familie und
20 Beruf erleichtert. Der Faktor zur Berechnung des Ganztagszusatzbedarfs wurde zum
21 Schuljahr 2014/15 deutlich angehoben und damit eine erhebliche und notwendige
22 Qualitätsverbesserung erzielt. Das beanspruchte in der Zeit von 2014 bis 2017 insgesamt
23 434 Millionen Euro. Mit einem Ausbaustand von mehr als 60 Prozent hat Niedersachsen in
24 der Ganztagschulentwicklung bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen.

25

26 Zwischen 2012 und 2017 stieg die Zahl der Vollzeitlehrkräfte an den allgemeinbildenden
27 Schulen um fast 2.000 auf 72.013, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Schülerinnen
28 und Schüler um rund 60.000 gesunken ist. Das ist der höchste Stand an Lehrkräften seit
29 dem Jahr 2000. Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich von 14,7 Lernende pro Lehrkraft im
30 Schuljahr 2010/2011 auf 13,3 Lernende pro Lehrkraft im Schuljahr 2014/2015 verbessert.

31

32 2016 wurden rund 500 weitere Vollzeitstellen unbefristet für schulische Sozialarbeit an den
33 rund 650 Haupt-, Real-, Ober- und Gesamtschulen eingerichtet. Zuvor waren bereits 100
34 Vollzeitstellen an 160 Grundschulen geschaffen worden, die besonders viele Kinder mit
35 Fluchtgeschichte betreuen. Die meisten Ganztagschulen sind damit dauerhaft mit
36 sozialpädagogischen Fachkräften ausgestattet.

37

1 Alle Menschen müssen unabhängig von ihren sprachlichen, geistigen oder körperlichen
2 Voraussetzungen ihre Talente entfalten können. Deshalb begleitet das Land die Inklusion in
3 den Schulen mit umfangreichen Ressourcen und deutlich gesteigerter Personalausstattung.
4 986 Millionen Euro wurden zwischen 2013 und 2016 hierfür bereitgestellt. Schritt für Schritt
5 sollen Förderschullehrerinnen und -lehrer nicht mehr an verschiedenen Schulen unterrichten,
6 sondern an einer Schule in multiprofessionellen Teams oder in eigenverantwortlichem
7 Unterricht eingesetzt werden.

8
9 Die Integration geflüchteter Kinder und junger Menschen wurde zwischen 2014 und 2017
10 kontinuierlich vorangebracht. Für Sprachfördermaßnahmen stellt das Land im Zeitraum 2017
11 bis 2021 Personalressourcen in Höhe von umgerechnet 713 Millionen Euro zur Verfügung.

12
13 Die SPD-geführte Landesregierung hat mit der Abschaffung der Studiengebühren die
14 Voraussetzung für einen gerechten Zugang zu den Hochschulen geschaffen. Die
15 wegfallenden Studiengebühren werden durch „Studienqualitätsmittel“ vollständig
16 kompensiert. Dafür stellt das Land zum Beispiel im Jahr 2017 mehr als 150 Millionen Euro
17 zur Verfügung und gewährleistet so gute Studienbedingungen auch bei gestiegenen
18 Studierendenzahlen. Denn noch nie haben so viele Menschen in Niedersachsen studiert wie
19 heute. Im Wintersemester 2016/2017 wurde mit 205.497 Studierenden ein historischer
20 Höchstwert erreicht. Seit 2013 ist die Anzahl der Studierenden um 21,1 Prozent gestiegen.

21
22 Um den Hochschulzugang für Berufstätige mit und ohne Abitur zu unterstützen, stellt das
23 Land bis zum Jahr 2020 10,6 Millionen Euro aus Europamitteln und weitere 2,5 Millionen
24 Euro aus dem Landesetat bereit. Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm wurden die
25 Mittel für Fachhochschulen um 64 Millionen Euro angehoben, damit mehr Studienplätze und
26 Professorenstellen eingerichtet werden konnten. Für die Sanierung der Medizinischen
27 Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen stellt das Land in den
28 kommenden Jahren die notwendigen Mittel für eine Generalsanierung zur Verfügung.

29
30 Die Kulturförderung wird von 2013 bis 2018 um mehr als 18 Prozent auf 235 Millionen Euro
31 erhöht.

32 33 **3. Keiner bleibt zurück**

34 Die SPD steht für eine solidarische Gesellschaft, in der Schwächeren geholfen wird und in
35 der alle Menschen Chancen auf eine selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens erhalten.
36 Diese Überzeugung schlägt sich in der Politik des Landes an vielen Stellen nieder – für die
37 Menschen in Niedersachsen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Eine besondere Herausforderung im Flächenland Niedersachsen ist es, Pflege sicherzustellen. Daher hat die SPD-geführte Landesregierung ein groß angelegtes Förderprogramm zur Stärkung der ambulanten Pflege in den ländlichen Räumen auf den Weg gebracht und mit jährlich sechs Millionen Euro ausgestattet. Mit dem Niedersächsischen Gesetz über unterstützende Wohnformen wurde die Gründung ambulant betreuter Wohngemeinschaften vereinfacht.

Die Versorgung in der ambulanten und stationären Pflege wurde insgesamt verbessert. Im ambulanten Bereich ist die Zahl der Pflegekräfte von 2013 bis 2015 um 3.550 und die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege um 471 Auszubildende gestiegen. Um mehr junge Menschen für diesen Beruf zu gewinnen, hat die SPD-geführte Landesregierung gesetzlich geregelt, dass Auszubildende in der Altenpflege kein Schulgeld zahlen. Das Personal in den Heimen hat sich von 75.691 Pflegekräfte im Jahr 2011 auf 85.225 in 2015 erhöht. Das Land hat die Ausgaben für die Pflege gesteigert – von 157 Millionen Euro im Jahr 2012 auf rund 187 Millionen Euro 2017.

Die SPD-geführte Landesregierung hat das Gesundheitswesens gestärkt und dafür das Projekt „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ ins Leben gerufen. 2014 bis 2017 wurden gemeinsam mit der AOK Niedersachsen, der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen, den Ersatzkassen, dem BKK Landesverband Mitte und der Ärztekammer Niedersachsen kommunale Strukturen und Projekte gefördert, die auf eine bedarfsgerechte und möglichst wohnortnahe Gesundheitsversorgung abzielen.

Erstmals wurde der Investitionsstau in niedersächsischen Kliniken deutlich reduziert. Mit dem 2017 aufgelegten Sondervermögen investiert das Land zusammen mit einem Strukturfonds und einem jährlichen Investitionsprogramm rund 1,3 Milliarden Euro in die Krankenhäuser.

Für die Jahre 2017/2018 haben alle Landesministerien gemeinsam mit Betroffenen und den Verbänden von Menschen mit Behinderungen 211 konkrete Schritte zu mehr Inklusion verbindlich vereinbart. Eine wichtige Säule dieses zweijährigen Projekts „Aktionsplan Inklusion“ ist das neue Behindertengleichstellungsgesetz. Generelle Wahlrechtsausschlüsse von Menschen mit Behinderung sollen abgeschafft werden.

In den vergangenen Jahren hat die SPD-geführte Landesregierung deutlich Hilfestellung für den sozialen Wohnungsbau geleistet. Die Zahl der geförderten Wohnungen hat sich seit 2012 fast verdoppelt und den höchsten Stand seit 2008 erreicht. Mit 113,9 Millionen Euro

1 bewilligter Fördermitteln in 2016 wurde der Einsatz gegenüber dem Jahr 2012 sogar fast
2 vervierfacht und der höchste Stand seit 1999 erreicht. Gemeinsam mit den
3 Entflechtungsmitteln des Bundes stehen damit bis 2019 mehr als 800 Millionen Euro für die
4 soziale Wohnraumförderung zur Verfügung.

5

6 Die SPD-geführte Landesregierung unterstützt Familien, Kinder und Jugendliche durch die
7 Förderung von Familienbüros, Mehrgenerationenhäusern, Mütterzentren oder
8 Familienbildungsstätten. Die Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen wurden mit der
9 Wiedereinführung des Landesjugendhilfeausschusses und der Einrichtung einer
10 Kinderkommission deutlich gestärkt.

11

12 Durch die Einrichtung der Position der Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe hat
13 Niedersachsen der Integration besonderes Gewicht gegeben. Wie richtig dies war, hat sich
14 in den vergangenen Jahren gezeigt, als viele Schutzsuchende nach Niedersachsen
15 geflüchtet sind. Die SPD wird dafür sorgen, dass diese Menschen gesellschaftlich integriert
16 werden. Deshalb wird Spracherwerb, Integration in Schule, Ausbildung und Arbeit sowie das
17 Ankommen in der Gesellschaft nach den hiesigen Regeln des Miteinanders gefördert.

18

19 Bei dieser großen Aufgabe setzt die SPD-geführte Landesregierung auch auf das
20 Engagement der niedersächsischen Gesellschaft. Mit dem DGB, den beiden großen Kirchen
21 und den Unternehmerverbänden wurde die Initiative „Niedersachsen packt an“ gegründet.
22 Darin engagieren sich kommunale Spitzenverbände, im Landtag vertretene Parteien,
23 Unternehmen, zahlreiche Verbände, Organisationen und Einzelpersonen gemeinsam für die
24 erfolgreiche Integration Geflüchteter.

25

26 Im Jahr 2015 wurde eine Reihe von Modellprojekten gestartet, um geflüchtete Menschen
27 möglichst schnell ins Arbeitsleben zu integrieren: so das „Integrationsprojekt Handwerkliche
28 Ausbildung für Flüchtlinge und Asylbewerber“, mit dem jüngere Geflüchtete für eine
29 Ausbildung im Handwerk gewonnen werden sollen.

30

31 Nicht nur im Bereich Integration leisten Ehrenamtliche wertvolle Arbeit für die Allgemeinheit.
32 Fast jeder zweite Mensch über 14 Jahre engagiert sich in Niedersachsen während der
33 Freizeit freiwillig in Verbänden und Vereinen. Das Land stützt dieses bürgerschaftliche
34 Engagement zum Beispiel mit einem Versicherungsschutz für Aktive und mit der
35 Ehrenamtskarte.

36

1 Die SPD-geführte Landesregierung hat neue Formen der Bürgerbeteiligung bei großen
2 Infrastrukturprojekten entwickelt und erprobt. So fiel beim Dialogforum „Schiene Nord“ in
3 einem demokratischen, transparenten Verfahren die Entscheidung für den Trassenverlauf
4 zwischen Hannover und Hamburg.

5

6 **4. Freiheit braucht Sicherheit**

7 Für die SPD ist die Sorge um innere Sicherheit eine Kernaufgabe des Staates. Bürgerinnen
8 und Bürger haben einen Anspruch auf wirkungsvollen Schutz ihres Lebens, ihrer Freiheit und
9 ihres Eigentums. Dies möglichst umfassend zu gewährleisten ist das Ziel. Auch da konnte
10 schon einiges erreicht werden.

11

12 Die Zahl der registrierten Straftaten ist in Niedersachsen zurückgegangen. 2016 wurden
13 561.963 Fälle in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst. Das sind 6.507 (1,14 Prozent)
14 Fälle weniger als im Jahr 2015. Die Aufklärungsquote bei der Gesamtkriminalität lag bei
15 61,41 Prozent und konnte gegenüber dem Vorjahr um 0,24 Prozentpunkte leicht verbessert
16 werden. 2007 lag die Quote noch bei 56,86 Prozent. Zugleich wurde der Stellenbestand im
17 Polizeivollzug kontinuierlich auf jetzt 21.061 Stellen erhöht. Er befindet sich damit zurzeit auf
18 dem Höchststand seit Gründung des Landes Niedersachsen.

19

20 Vor dem Hintergrund der aktuellen Terrorgefahr hat die SPD-geführte Landesregierung auch
21 in Sicherheit und Einsatzkraft der Beamtinnen und Beamten investiert. Sie werden derzeit
22 mit neuen ballistischen Schutzwesten und First-Response-Helmen ausgerüstet.

23 Niedersachsen ist eines der ersten Länder, das flächendeckend Tablets im Einsatz- und
24 Streifendienst einführt und damit die schnelle Vernetzung voranbringt.

25

26 Als Wertschätzung für ihre Arbeit wurde Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erstmals seit
27 zehn Jahren die Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, an Wochenenden und
28 Feiertagen erhöht. Diese Zulage soll in der nächsten Legislaturperiode erneut deutlich
29 steigen: für Sonn- und Feiertagsarbeit um 25 Prozent auf 4,00 Euro pro Stunde, für
30 Samstagsarbeit um 50 Prozent auf 1,20 Euro pro Stunde und für sonstige Arbeit zur
31 Nachtzeit um rund 33 Prozent auf 2,40 Euro. Außerdem gibt es wieder die Heilfürsorge. Das
32 macht für Viele eine Ersparnis zwischen 100 bis 150 Euro pro Monat aus.

33

34 Die Sicherheitsbehörden des Landes sind für die Bekämpfung und die Aufklärung des
35 islamistischen Extremismus und Terrorismus umfangreich personell verstärkt worden. Im
36 Bereich der Polizei wird dies flankiert durch die Einrichtung der „Ermittlungseinheiten
37 Staatsschutz“ bei den Zentralen Kriminalinspektionen. Die „Kompetenzstelle Islamismus-

1 Prävention“ beim Innenministerium koordiniert die Maßnahmen von Verfassungsschutz,
2 Landeskriminalamt, Justizministerium und Sozialministerium.

3

4 Die Überwachung von sogenannten Gefährdern aus dem islamistisch-terroristischen
5 Spektrum wird durch den Einsatz von elektronischen Fußfesseln nach dem neuen
6 Gefahrenabwehrgesetz verbessert. Mit dem Verbot des Vereins „Deutschsprachiger
7 Islamkreis Hildesheim“ hat die SPD-geführte Landesregierung deutlich gemacht, dass sie
8 konsequent gegen diejenigen vorgeht, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung
9 bekämpfen. Das zeigt sich auch darin, dass Niedersachsen als erstes Land die
10 Abschiebungsanordnung des Aufenthaltsgesetzes angewendet und zwei Terrorverdächtige
11 aus Göttingen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in ihre Heimatländer abgeschoben haben.

12

13 Beim Rechtsextremismus verfolgt die SPD-geführte Landesregierung eine Strategie, die
14 repressive und präventive Elemente kombiniert. So wird zum Beispiel die
15 „Reichsbürgerbewegung“ genau beobachtet. Beim Landespräventionsrat wurde mit dem
16 „Landesprogramm gegen Rechtsextremismus“ ein Rahmen geschaffen, um die Maßnahmen
17 in den einzelnen Handlungsfeldern gut abzustimmen. Polizei und Verfassungsschutz sind
18 dabei eingebunden.

19

20 Auch der Justizbereich wurde gestärkt: 622 neuen Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten
21 haben die Effizienz gestärkt. Für besondere Aufgabenschwerpunkte, wie die Verfolgung
22 terroristischer und extremistischer Straftaten, wurden 177 Stellen bereitgestellt. Seit 2013
23 gibt es eine kostenfreie psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer im Strafverfahren. Sie
24 haben nun einen unmittelbaren Auskunftsanspruch gegenüber der Vollzugsbehörde, wenn
25 die Täterin oder der Täter wieder auf freien Fuß gelangt. Gemeinsam mit anderen Ländern
26 hat Niedersachsen erreicht, dass mit der Änderung des Strafgesetzbuches endlich auch
27 sexuelle Handlungen ohne Einverständnis unter Strafe stehen, unabhängig von Gewalt oder
28 der Gegenwehr. Nein heißt Nein!

29

30 **5. Gesunde Finanzen ohne neue Schulden**

31 Seit 2016 macht das Land keine neuen Schulden mehr. Seit 70 Jahren ist dies das erste Mal
32 – und das soll dauerhaft so bleiben. Damit wird der grundgesetzliche Auftrag der
33 Schuldenbremse vier Jahre früher als gefordert umgesetzt.

34

35 Neben vorausschauender Haushaltspolitik ist auch das Steuerrecht wichtiger Teil einer
36 soliden und vor allem gerechten Finanzierung des Gemeinwesens. Steuergerechtigkeit setzt
37 voraus, dass Steuergesetze gleichmäßig angewandt und vollzogen werden. Deshalb hat die

1 SPD-geführte Landesregierung die Betriebsprüfung und die Steuerfahndung personell
2 verstärkt, um Steuerbetrug konsequenter verfolgen zu können. Das Land hat sich am Ankauf
3 von Steuer-CDs aus dem Ausland beteiligt, um auch auf diesem Wege eine gesetzmäßige
4 Besteuerung sicherzustellen. Auf Initiative des Landes geht der Bund mit Blick auf
5 überseeische Briefkastenfirmen weiter gegen die Steuerumgehung vor.



8
9 Vorläufiges Fazit: Neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, Investitionen in Zukunftsbranchen,
10 Vorrang für Bildung und Inklusion, Stärkung der Familien, solide und gesunde Finanzen:
11 Schon wenige Beispiele machen deutlich, dass die SPD-geführte Landesregierung einen
12 kraftvollen Politikwechsel vollzogen hat. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind
13 ins Land zurückkehrt. Mit dieser SPD-Politik hat Niedersachsen Gestaltungsspielräume
14 zurückgewonnen und kann mit Mut und Zuversicht in die Zukunft blicken.

17 **II. DIE LEITPROJEKTE: ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT**

18
19 Mit Mut und Zuversicht für „Zukunft und Zusammenhalt“: In diesem Regierungsprogramm
20 legt die SPD Niedersachsen ihre Ziele für die nächsten fünf Jahren fest, um das Land weiter
21 voran zu bringen. Vier Leitprojekte stehen dabei an vorderster Stelle, weil sie das Leitmotto
22 „Zukunft und Zusammenhalt“ nachdrücklich verdeutlichen.

24 **1. Gebührenfreie Bildung in Niedersachsen**

25 Die SPD-geführte Landesregierung hat sich 2013 auf den Weg gemacht, die Qualität der
26 Bildung zu verbessern und jungen Menschen die Chance für eine bestmögliche Entwicklung
27 zu geben. Soziale Herkunft soll kein Hemmnis mehr für den Bildungserfolg sein – ebenso
28 wenig wie die Finanzkraft der Lernenden. Mit Abschaffung der Studiengebühren und
29 gesetzlicher Absicherung der Schulgeldfreiheit in der Altenpflege erfolgten erste wichtige
30 Schritte. Aber noch immer verstellen finanzielle Hürden manchen Jugendlichen den Zugang
31 zu bestmöglicher Bildung.

32
33 Eine SPD-Landesregierung wird darum weiter Anstrengungen unternehmen, um den Zugang
34 zu Bildung letztlich gebührenfrei und damit sozialer und gerechter zu gestalten. Dafür sollen
35 rund 240 Millionen Euro zur Verfügung stehen. In einem weiteren Schritt wird die SPD –
36 soweit finanziell machbar – die schrittweise Einführung der Lernmittelfreiheit prüfen.

1 • **Gebührenfreiheit in Kindertagesstätten**

2 Das dritte Jahr ist bereits beitragsfrei, deshalb wird eine SPD-Landesregierung ab 2019
3 stufenweise die Beitragsfreiheit auch für das erste und zweite Kita-Jahr einführen. Das stärkt
4 den Anreiz zu frühkindlicher Bildung und eröffnet allen Kindern frühzeitig gleiche
5 Bildungschancen. Es entlastet Familien finanziell und verbessert die Vereinbarkeit von
6 Familie und Beruf. Den Kommunen und freien Trägern von Kitas werden die Kosten über
7 eine Pauschale erstattet.

8

9 • **Schulgeldfreiheit in der beruflichen Bildung**

10 Eine SPD-Landesregierung wird das Niedersächsische Schulgesetz mit dem Ziel novellieren,
11 Schulgeldfreiheit für die Ausbildung in der Ergotherapie, der PTA, den Erzieherberufen und
12 der Sozialassistenten einzuführen. Auf Bundesebene wird sie sich dafür engagieren, auch
13 Gesundheitsfachberufe in der Zuständigkeit des Bundes wie MTA, Logopädie,
14 Physiotherapie und Hebammen gebührenfrei zu stellen.

15

16 Gebühren in der beruflichen Bildung, an Schulen in freier Trägerschaft, stellen nicht nur für
17 Einzelne oft erhebliche Hürden dar. Sie sind auch vor dem Hintergrund einer inklusiven,
18 alternden Gesellschaft und einem deshalb wachsenden Fachkräftebedarf kontraproduktiv.

19

20 • **Gebührenfreie Meisterausbildung**

21 Eine SPD-Landesregierung wird die Lehrgangs- und Prüfungskosten bei der
22 Meisterausbildung zu 100 Prozent über das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)
23 bezuschussen. Darüber hinaus erfolgt eine Förderung zum Unterhalt. Die SPD fordert beim
24 Bund auf eine gesetzliche Neuregelung zu den Darlehensbedingungen des § 13b AFBG.

25

26 Während Ausbildung und Prüfung an der Technikerschule in Hildesheim im Bereich
27 Holztechnik oder Holzgestaltung gebührenfrei sind, verursacht zum Beispiel die
28 Abschlussprüfung einer zukünftigen Tischlermeisterin Kosten. Das darf so nicht bleiben. Eine
29 SPD-Landesregierung will Handwerk und Mittelstand stärken, Anreize für die
30 Meisterausbildung setzen und die Menschen finanziell entlasten: Auch das ist ein Beitrag zur
31 Fachkräftesicherung.

32

33 **2. Investitionen in die soziale Infrastruktur**

34 Niedersachsens Kommunen sind so vielfältig wie das Land. Gleichwertige
35 Lebensverhältnisse gehören deshalb zum gemeinsamen Interesse von Land und
36 Kommunen. Dies erfordert starke Städte, Kreise und Gemeinden mit guten Dienstleistungen
37 und einer funktionierenden Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft.

1 Die SPD-geführte Landesregierung ist diesem Ziel durch Erhöhung des Kommunalen
2 Finanzausgleichs sowie Unterstützungs- und Entschuldungsmaßnahmen in den
3 vergangenen fünf Jahren entscheidend näher gekommen. Auf dieser Basis können nun neue
4 Perspektiven für Städte, Kreise und Gemeinden eröffnet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei
5 die Themen Gesundheit, Mobilität und Integration. Das Land muss seine Kommunen in die
6 Lage versetzen, in diese sozialen Zukunftsthemen zu investieren. Dies ist auch jenen
7 Kommunen zu ermöglichen, die aufgrund ihrer besonderen Struktur geringe Finanzkraft,
8 hohe Schulden oder sogar Defizite aufweisen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in
9 drei zentralen Bereichen investieren, um die soziale Infrastruktur zu modernisieren:

10

11 • **Investition 1: Milliarden für moderne Krankenhäuser**

12 Die Krankenhauslandschaft steht vor einem Strukturwandel. Auch kleine Krankenhäuser
13 müssen als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge erhalten werden, wenn sie für die
14 medizinische Versorgung der Bevölkerung sinnvoll und notwendig sind.

15

16 Eine SPD-Landesregierung wird in den Jahren 2016 bis 2020 ein Gesamtpaket von mehr als
17 1,3 Milliarden Euro für Investitionen in die Niedersächsischen Krankenhäuser schnüren:
18 Krankenhaus-Investitionsprogramm, Sonder-Investitionsprogramm zur Sicherung der
19 Krankenhausstruktur, Förderungen über den Strukturfonds. Zusätzlich gibt das Land 2017
20 sowie den Folgejahren jeweils rund 110 Millionen Euro Pauschalförderung für Kliniken, um
21 kleinere Baumaßnahmen zu bewältigen und Großgeräte anzuschaffen.

22

23 Zusätzlich wird über ein Sondervermögen notwendige Erneuerungen bei der Medizinischen
24 Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin in Göttingen sichergestellt. Der
25 Investitionsbedarf für den Bereich der Krankenversorgung an beiden Hochschulkliniken wird
26 derzeit auf rund 2,1 Milliarden Euro geschätzt. Im ersten Schritt sollen diesem
27 Sondervermögen 750 Millionen Euro zugeführt werden. 600 Millionen Euro davon sind als
28 erste Marge für die Unikliniken reserviert – mit 150 Millionen Euro wird der Sanierungsstau
29 an anderen Hochschulen abgebaut. Zur Gesamtfinanzierung ist es erforderlich, das
30 Sondervermögen in den nächsten Jahren mit weiteren Mitteln des Landeshaushalts
31 auszustatten. Dazu wird sich eine SPD-Landesregierung verpflichten.

32

33 • **Investition 2: Niedersachsenfonds für kommunale Herausforderungen**

34 Eine SPD-Landesregierung wird einen „Niedersachsenfonds“ im Umfang von einer Milliarde
35 Euro auflegen. Innerhalb von fünf Jahren sollen damit zusätzliche kommunale Investitionen
36 in Breitband, Verkehr, Bildung, Sport und Integration finanziert werden. Im Mittelpunkt stehen
37 finanzschwache Kommunen und solche, die sich besonderen demografischen Problemen

1 gegenübersehen. Ziel ist es, die Stabilisierung Not leidender Kommunalhaushalte
2 fortzusetzen und zugleich den entstandenen Investitionsstau dort abzubauen, wo der
3 strukturelle und demografische Wandel besondere Probleme erzeugt.

4
5 Zusätzlich zu den kommunalen Investitionshilfen wird eine SPD-Landesregierung aus dem
6 Fonds ein Programm für das Zusammenleben in Niedersachsen finanzieren. Es richtet sich
7 ebenfalls an Städte, Kreise und Gemeinden und soll sie dabei unterstützen, die
8 Herausforderungen des demografischen Wandels, von sozialen Umbrüchen und der
9 Integration von Zuwandernden zu bewältigen.

10
11 Auf der Basis eines landesweiten Sozial-Monitorings gemeinsam mit den Kommunalen
12 Spitzenverbänden sollen sozialintegrative Ausgaben und Investitionen in den Kommunen
13 gefördert werden. Auch dabei liegt das Augenmerk auf einer Hilfe, die auf kommunale
14 Selbstverwaltung anstatt bürokratischer Gängelung vertraut. Muster für dieses Programm ist
15 deshalb der 2017 aufgelegte Aktionsplan Sekundärmigration, der in Struktur und Volumen
16 fortgesetzt und erweitert werden soll.

17 18 ● **Investition 3: Bezahlbares Wohnen für alle**

19 Die SPD-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren große Anstrengungen
20 unternommen, um den sozialen Wohnungsbau verstärkt zu fördern. Bis zum Jahr 2019
21 stehen dafür mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung. Trotzdem bleiben hier weitere
22 große Herausforderungen bestehen. Der 23. Bericht zur Wohnungsmarktbeobachtung
23 2017/2018 zeigt, dass der jährliche Bedarf an neuen Wohnungen bis 2035 durchschnittlich
24 14.800 Wohnungen beträgt und es dabei weiterer Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau
25 und für Menschen mit geringem Einkommen bedarf.

26
27 Deswegen wird eine SPD-Landesregierung dafür sorgen, dass jedes Jahr mindestens
28 25.000 neue Wohnungen in Niedersachsen entstehen. Dabei wird sie besonders darauf
29 achten, dass auch im preisgünstigen Segment ausreichend Mietwohnungen geschaffen
30 werden. Dabei werden auch weitere Anreize geprüft – zum Beispiel Landeszuschüsse für
31 den Ankauf von Belegrechten durch Kommunen. Übergeordnetes Ziel ist es, die
32 Wohnungsmärkte gerade für Menschen mit kleinem Einkommen möglichst zu entspannen.

33
34 Häufig ist fehlendes Bauland ein wesentliches Hemmnis für den Bau günstiger
35 Mietwohnungen. Die SPD appelliert deshalb an die Kommunen, in Gebieten mit hoher
36 Nachfrage geeignetes Bauland auch für geförderten Wohnungsbau auszuweisen.
37 Gemeinsames Ziel von Land und Kommunen sollte sein, bei Neubaugebieten eine Quote

1 von 20 Prozent für sozialen Wohnungsbau zu erreichen. Im Gegenzug wird eine SPD-
2 Landesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus allgemein auch Vereinfachungen von
3 Bauregeln prüfen und sie wird versuchen, die derzeit schnelllebigen Veränderungen der
4 Vorgaben nach der Energieeinsparverordnung abzumildern.

6 **3. Moderne Verkehrsinfrastruktur**

7 Im Flächenland Niedersachsen gehört der Ausbau guter Verkehrswege und des öffentlichen
8 Personennahverkehrs zu den zentralen Dienstleistungen des Landes und der Kommunen.
9 Für eine bessere Mobilität der Bürgerinnen und Bürger wird eine SPD-Landesregierung
10 deshalb erhebliche Mittel investieren. Sie wird

- 12 die seit 2015 für den Ausbau von Landesstraßen jährlich eingesetzten Mittel
13 von 85 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro erhöhen.
- 14 drei nicht mehr genutzte Bahnstrecken und rund 30 Bahnhaltepunkte ab 2017
15 so schnell wie möglich für den Personenverkehr reaktivieren. Fehlen
16 Schienenstrecken, wird die Einrichtung von Landesbuslinien mit bis zu zehn
17 Millionen Euro jährlich gefördert.
- 18 Nahverkehrs-Projekte wie barrierefreie Zugänge oder Ladegeräte für
19 Elektrofahräder und -autos an Park & Ride-Anlagen fördern. Seit 2015 wird
20 die Beschaffung von Omnibussen wieder gefördert, seit 2013 ist die
21 Förderung von Bürgerbussen deutlich gestiegen. Für Fahrzeuge mit
22 alternativen Dieselhybrid- und Elektroantrieb gibt es dabei mehr Geld als für
23 solche mit herkömmlichem Dieselmotor. Dies wird künftig so bleiben.

25 Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan 2030 ist es gelungen, deutlich mehr
26 Bundesbaumittel als bisher für Niedersachsen zu verbuchen. Landesprojekte im
27 vordringlichen Bedarf werden damit in den nächsten 15 Jahren auch realisiert.

29 Von ganz entscheidender Bedeutung wird dabei der Ausbau der Straßeninfrastruktur wie die
30 großen Autobahnprojekte sein. Eine SPD-Landesregierung wird den Bau der A20 und A39
31 zügig beginnen und wesentliche Abschnitte noch in der nächsten Legislaturperiode
32 fertigstellen. Gleiches gilt für Abschnitte der A26 und den Ausbau von A7, A2 und E233. Sie
33 wird nach dem Start der Infrastrukturgesellschaft des Bundes die Planungen für die
34 wichtigen niedersächsischen Autobahnen selbst vorantreiben, um zeitliche Verzögerungen
35 zu verhindern. Weiter wird sie in den nächsten Jahren den Personalaufbau der
36 Landesbehörde fortsetzen und zusätzliche Planungsmittel bereitstellen. Die Bundesstraßen
37 werden dauerhaft in Landesverantwortung verbleiben.

1 Ein weiterer wichtiger Baustein ist der dringend notwendige Ausbau der
2 Schieneninfrastruktur. Die Anbindung an den JadeWeserPort wird in der nächsten Legislatur
3 fertiggestellt. Durch das von der SPD-geführten Landesregierung initiierte Dialogforum
4 Schiene Nord ist die ehemalige Y-Trasse inzwischen aus der Landesraumordnung
5 gestrichen. Der sinnvolle Ausbau des "alpha e" als gemeinsam entwickelte Lösung stellt die
6 Schutzbedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich
7 eine SPD-Landesregierung gegenüber dem Bund dafür einsetzen, die im
8 Bundesverkehrswegeplan „Schiene“ vorgesehene Beseitigung des Engpasses auf der
9 Bahnstrecke Hannover-Bielefeld-Dortmund durch Ausbau der Strecke Haste-Löhne zu
10 realisieren. Das Bundesverkehrsministerium hat sich mit dem alternativen Vorschlag einer
11 Neubautrasse nicht nur über den erklärten Willen der Bevölkerung und den Protest aller
12 betroffenen Kommunen hinweggesetzt, sondern auch die erheblichen Beeinträchtigungen für
13 Mensch und Natur unberücksichtigt gelassen. Eine SPD-Landesregierung wird das
14 Vorhaben in einem Dialogprozess intensiv begleiten und die Region unterstützen.

15
16 Um dem wachsenden Güterverkehrsaufkommen gerecht zu werden, benötigen auch
17 Wasserstraßen besondere Investitionen. Dazu gehören die dringend notwendigen
18 Fahrrinnenanpassungen der Außen-Ems und der Weser bis Brake. Auch der Ausbau der
19 Mittelweser muss fortgesetzt werden. Am Ziel, dass der Bund die Schleuse Lüneburg bis
20 2025 fertigstellt, hält eine SPD-geführte Landesregierung fest.

21
22 Neben Investitionen in Asphalt, Stahl und Beton ist auch die weitere Digitalisierung der
23 Infrastruktur notwendig. Intelligente Verkehrslenkungs- und Leitsysteme sind nicht nur für
24 den fließenden Verkehr wichtig, sondern auch für die Entwicklung hochautomatisierter und
25 autonomer Fahrzeuge. Das Testfeld Niedersachsen dient dafür als ein europaweit
26 einmaliges Beispiel und als ideale Plattform zur Weiterentwicklung dieser Technologien.
27 Dabei steht auch das Thema Verkehrssicherheit im Fokus.

28 29 **4. Zukunft der ländlichen Räume**

30 Im Flächenland Niedersachsen und seinen ländlichen Räumen sind schnelle Verbindungen
31 im Internet und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zentrale Voraussetzungen für Teilhabe
32 und attraktive Lebensgestaltung. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb hier
33 Schwerpunkte setzen.

34 35 **• Ausbau eines flächendeckendes Gigabit-Netz bis 2025**

36 Eine zukunftssichere und leistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist die Grundvoraussetzung
37 für die Gestaltung des digitalen Wandels und ein wichtiger Standortfaktor für Niedersachsen.

1 Dem hat die SPD-geführte Landesregierung durch die Entwicklung einer landesweiten
2 Breitbandstrategie Rechnung getragen, mit der durch eine Kombination von Fördermitteln
3 und Darlehensprogrammen rund 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

4
5 Ziel ist der flächendeckende Ausbau einer zukunftssicheren, leistungsfähigen und
6 nachhaltigen Breitbandinfrastruktur. Die SPD steht für eine flächendeckende Versorgung zu
7 gleichen Bedingungen in der Stadt und auf dem Land. Bis 2020 werden voraussichtlich rund
8 300.000 Gebäude in Niedersachsen über Breitbandanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s
9 verfügen. Mit dieser massiven Ausbauförderung und den Eigenausbauten der Industrie ist
10 dann eine annähernd flächendeckende Versorgung erreicht. Dies kann aber nur ein
11 Zwischenschritt sein. Der Breitbandausbau soll künftig insbesondere in ländlichen Regionen
12 weiter vorangetrieben werden, sofern kein hinreichender marktgetriebener Ausbau erfolgt.

13
14 Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus eine wirkungsvolle Förderkulisse für den
15 flächendeckenden Ausbau mit glasfaserbasierter Breitbandinfrastruktur bis 2025 schaffen,
16 mit der Übertragungen von 1.000 Mbit/s und mehr realisiert werden können. Sozio-
17 ökonomische Schwerpunkte wie Bildungseinrichtungen, Hauptanbieter öffentlicher
18 Dienstleistungen wie Krankenhäuser, Verkehrsknotenpunkte sowie die Standorte von
19 Unternehmen sollen vorrangig angeschlossen werden. Das Modell des „Kommunalen
20 Breitbandnetzes“ soll dabei vermeiden, dass eine bloße Subventionierung von Investitionen
21 in private Telekommunikationsnetze erfolgt. Ergänzend sollen zukünftig auch gemeinsame
22 Ausbauten mehrerer Kommunen erleichtert werden.

23 24 ● **Bessere Mobilität für junge Menschen**

25 Das Gesetz zur Sicherung der Ausbildungsverkehre war ein wichtiger Schritt für die Stärkung
26 des öffentlichen Personen-Nahverkehrs. Mit garantierten Finanzhilfen von 90 Millionen Euro
27 pro Jahr wird seitdem insbesondere der Schülerverkehr in der Fläche dauerhaft gesichert.
28 Landkreise und kreisfreie Städte haben seit Anfang 2017 mehr Gestaltungsspielraum – auch
29 zur Finanzierung besonderer Tarifangebote für Jugendliche: Sie bekommen dauerhaft
30 20 Millionen Euro mehr. Damit wird vor allem der ÖPNV in den ländlichen Räumen gestärkt.

31
32 Eine SPD-Landesregierung wird insbesondere für junge Menschen das ÖPNV-Angebot noch
33 weiter verbessern. Für den Sekundarbereich I gibt es bereits den kostenlosen
34 Schülerverkehr. Wir wollen die gebührenfreie Schülerbeförderung auch für den
35 Sekundarbereich II einführen. Eltern werden bisher belastet, da im Sekundarbereich II kein
36 kostenloser Schülerverkehr gilt. Diese Ungerechtigkeit wollen wir ändern und werden daher

1 die gebührenfreie Schülerbeförderung im Sek.-II-Bereich analog der Regelung in der
2 Sekundarstufe I einführen.

3

4 Die Finanzierung wird wie die bisherige Finanzierung über den Kommunalen
5 Finanzausgleich (KFA) erfolgen.

6

7

8

9

10

11

12 **III. JUNGES LEBEN IN NIEDERSACHSEN**

13

14 Die SPD hat die Politik für Familien, Kinder und Jugendliche in den vergangenen fünf Jahren
15 erfolgreich vorangebracht. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind nach
16 Niedersachsen zurückkehrt. Die frühkindliche Erziehung wurde ausgebaut, die Einrichtung
17 von Ganztagschulen vorangetrieben und die von Gesamtschulen erleichtert, die
18 Familienhilfe intensiviert. Landesjugendhilfeausschuss, Landesjugendamt und
19 Landeszentrale für politische Bildung sind wiederbelebt und die Kinderkommission verankert.
20 Die Qualitätsentwicklung von Kinder- und Jugendhilfe sowie von Jugendarbeit wurde als
21 Modellvorhaben im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung fest eingerichtet.

22

23 Der klassische Bildungsauftrag der Schule korrespondiert aus Sicht der SPD dabei mit dem
24 eigenen Erziehungs- und Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Die nicht an einen
25 formalen Rahmen gebundenen Bildungsinhalte dort sollen auch für die jungen Menschen
26 geeignet sein, die bisher nicht oder nicht ausreichend erreicht wurden oder die als
27 Flüchtlinge nach Niedersachsen gekommen sind.

28

29 Eine SPD-Landesregierung wird diese Politik konsequent gemeinsam mit den kommunalen
30 Spitzenverbänden und allen anderen daran beteiligten gesellschaftlichen Gruppierungen und
31 Verbänden fortsetzen. Sie wird sich dabei an den Bedürfnissen junger Menschen und ihrer
32 Familien orientieren. Sie wird gesellschaftliche Phänomene wie den demografischen Wandel
33 und die Digitalisierung berücksichtigen. Sie will den Anforderungen der Integration von
34 jungen, geflüchteten Menschen und des Kinderschutzes gerecht werden. Und sie wird das
35 Konzept für die Bildungspolitik sowie die Kinder- und Jugendpolitik so ausgestalten, dass alle
36 Kinder und Jugendliche optimal gefördert und finanzielle Barrieren abgebaut werden.

37

38 Dazu gehört auch das Leitprojekt der gebührenfreien Bildung in Niedersachsen.

1. Familien unterstützen und beraten: Kinder schützen und fördern

Familie ist für die SPD der Ort, an dem Menschen verschiedener Generationen füreinander Sorge tragen – egal ob alleinerziehend, verheiratet, in Partnerschaft oder zusammenlebend. Die SPD richtet ihren Blick dabei auf Familien mit Kindern – vergisst aber auch Familien nicht, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen.

Familien brauchen neben dem Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen für unter Dreijährige vor allem Informationen über alle weiteren Facetten von Kinderbetreuung – über Sport, Elterngeld oder Elternzeit. Eine SPD-Landesregierung wird die Angebote dafür ausbauen; dazu gehört auch ein neuer Service im Internet – eine Väter-App und eine Elterninfo-App. Die SPD wird die Einrichtungen der Familienbildung zur Unterstützung für alle Familien fördern und Familienzentren entwickeln. Dabei geht es besonders um folgende Zielgruppen:

- Junge Mütter und Teenager, auch Alleinerziehende und Schwangere, brauchen insbesondere im ländlichen Bereich Beratung und Hilfe.
- Immer mehr berufstätige Väter gehen in Elternzeit. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für sie aber noch immer nicht leicht. Das Handlungskonzept „Aktive Väter“ wird deshalb fortgesetzt. Neue Programme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter werden aufgelegt, kleine und mittlere Unternehmen bei Maßnahmen für Familien, vor allem der Väterfreundlichkeit, unterstützt.

● Gegen die Armut von Kindern und Jugendlichen

Der SPD ist schmerzlich bewusst, dass sich der Anteil armer oder von Armut bedrohter Kinder seit Jahren auf hohem Niveau hält. Armut wirkt sich auf alle Lebensbereiche aus: Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten in und außerhalb der Schule sind eingeschränkt. Arme Kinder leiden unter Nachteilen, die ihre Entwicklungschancen deutlich beeinträchtigen: bei der Grundversorgung mit Nahrung und Kleidung, in sozialen Beziehungen, bei der Gesundheit und kulturellen Teilhabe.

Kinder und Jugendliche büßen dabei für die Armut ihrer Eltern. Ziel der SPD-Sozial- und Wirtschaftspolitik ist es, Eltern so abzusichern, dass sie ihrer Erziehungsverantwortung gerecht werden können. Darüber hinaus genießen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Arbeitslosengeld II, Sozialgeld oder Sozialhilfe erhalten oder deren Eltern Kinderzuschlag oder Wohngeld beziehen, einen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen. Auch Hilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz begründet diesen Anspruch.

1 Das Netz von Institutionen, die Familien, Kindern und Jugendlichen zur Seite stehen, muss
2 so verdichtet werden, dass jede Familie die Hilfe bekommt, die sie braucht. Eine SPD-
3 Landesregierung wird deshalb ein Kinderschutzgesetz mit wirksamen Hilfestellungen für
4 Familien auf den Weg bringen. Nötig ist weiter ein Systemwechsel in der Familienförderung,
5 damit langfristig jedes Kind, unabhängig vom Einkommen seiner Eltern, die gleiche
6 finanzielle Unterstützung vom Staat erhält. Deshalb fordert eine SPD-Landesregierung über
7 den Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung.

8

9 • Für eine kindergerechte Betreuungsstruktur

10 Die Bekämpfung von materieller Armut ist ein wichtiger Schritt – aber nicht die einzige
11 Lösung für Kinder und deren Familien, um der Armut zu entkommen. Nötig ist neben
12 auskömmlichen Regelsätzen eine kostenfreie Infrastruktur bei Kinderbetreuung, Bildung,
13 Freizeit und Mobilität. Dabei kommt Einrichtungen wie Kitas, Jugendzentren und
14 Familienberatungen eine hohe Bedeutung zu.

15

16 Auch die Ausbildung von Familienhebammen und das Konzept früher Hilfen sind Bausteine
17 erfolgreichen Kinderschutzes. Zur Prävention sollen junge Menschen schon in der Schule
18 über Erziehung, Kindergesundheit und Kinderschutz aufgeklärt werden. Deshalb wird eine
19 die SPD-Landesregierung Formen der Zusammenarbeit zwischen der Jugendhilfe und den
20 Schulen initiieren, die ihrem gesonderten Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechen.

21

22 **2. Jugendpolitik: Zukunft und Chancengleichheit**

23

24 Das Jugendförderungsgesetz und die Förderung der Jugendverbandsarbeit sollen den
25 jungen Menschen gerecht werden und Ehren- wie Hauptamtlichen eine zeitgemäße
26 Jugendarbeit ermöglichen. Deshalb will die SPD diese Unterstützung und Förderung
27 qualitativ und quantitativ ausbauen. Als essenzieller Bestandteil soll die Jugendarbeit in
28 Niedersachsen im Zentrum der Politik von Kommunen, Land und Bund stehen. Die fachliche
29 Grundlagenforschung zur politischen Steuerung sollen die Hochschulen leisten.

30

31 • Junge Menschen brauchen politische Bildung

32 Eine SPD-Landesregierung sucht in der Jugendpolitik den Anschluss an die Kinder- und
33 Familienpolitik und will damit jungen Menschen einen guten Übergang ins Erwachsenenalter
34 und Teilhabe an der Gesellschaft sichern. Jugendliche brauchen Unterstützung und
35 Bestätigung bei der Suche nach Identität, Respekt, Anerkennung und Zugehörigkeit. In
36 dieser Phase sind sie anfällig für extremistische Gruppierungen. Allerdings sind die meisten
37 jungen Menschen aufgeschlossen, aktiv und engagiert – sie zeigen zum Beispiel häufiger

1 eine positivere Einstellung zu Europa und Zuwanderung als vorherige Generationen. Diese
2 Potenziale sind für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft zu erschließen.

3

4 Tatsächlich leistet Jugendarbeit wesentliche Beiträge für die Zukunft der Zivilgesellschaft
5 sowie bei Integration und Inklusion. Deshalb wurde in der laufenden Legislaturperiode das
6 Qualitätsentwicklungsprojekt der Jugendarbeit im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung
7 eingeführt. Eine SPD-Landesregierung wird die Jugendarbeit und den Jugendschutz im
8 Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfe ausbauen.

9

10 Auf die von einer SPD-Landesregierung geplanten Einführung des „Wahlalters 16“ bei
11 Landtagswahlen müssen junge Menschen auch politisch vorbereitet werden: Das Interesse an
12 politischer Partizipation steigt umso mehr, je eher man mitentscheiden darf.

13

14 Die Jugendarbeit soll junge Menschen zur Selbstbestimmung und zu gesellschaftlicher
15 Mitverantwortung befähigen, sie regt zu sozialem Engagement an, wenn außerschulische
16 und politische Bildung funktionieren. Aus diesem Grund soll die Jugendarbeit der öffentlichen
17 und freien Träger und der Landeszentrale für politische Bildung kooperieren.

18

19 Um allen jungen Menschen interkulturelle Erfahrungen und Mobilität im Übergang von
20 Schule zu Beruf zu ermöglichen, wird eine SPD-Landesregierung die Angebote der
21 internationalen Jugendarbeit nutzen und die EU-Jugendstrategie umsetzen. Als besonderer
22 Bildungsschwerpunkt gehört auch der Umgang mit Medien dazu.

23

24 ● Arbeit der Kommunen und Verbände stärken

25 Jugendarbeit braucht eine Vielfalt von Angeboten und Trägern: Wohlfahrtsverbände,
26 Jugendinitiativen, Jugendverbände, Migrantenjugendorganisationen etc. Dabei sind die
27 unterschiedlichen Voraussetzungen in ländlichen Räumen und Städten zu berücksichtigen,
28 wie dies auch die Handlungsempfehlungen des Zukunftsforums vorschlagen. Jugendarbeit
29 soll sich an den zukünftigen Interessen aller jungen Menschen sowie den gesellschaftlichen
30 Erfordernissen orientieren – und damit auch verändertes Freizeit-, Sozial- und
31 Medienverhalten der jungen Generation abbilden. Jugendarbeit dient der Chancengleichheit.

32

33 Eine SPD-Landesregierung will die Jugendsozialarbeit gemeinsam mit den kommunalen
34 Spitzenverbänden und den freien Trägern der Jugendhilfe intensivieren. Sie wird
35 bedarfsgerechte Angebote der Jugendsozialarbeit und sozialpädagogische Hilfestellungen
36 auch auf die Jugendberufshilfe mit Jugendwerkstätten, Pro Active Centren (PACE) oder
37 Produktionsschulen richten. Die Kooperation mit Jugendmigrationsdiensten wird ausgebaut.

1 Neben der Erziehung in Pflegefamilien und in stationären Einrichtungen wird für
2 Heranwachsende und junge Volljährige ein Förderprogramm und ein Modellprojekt für
3 Formen des Jugendwohnens entwickelt.
4

5 **3. Frühkindliche Bildung: mehr Qualität in Krippe und Kita**

6 Frühkindliche Erziehung ist das Fundament für gesunde und ganzheitliche Entwicklung von
7 Kindern hin zu mündigen Erwachsenen. Deshalb sollen alle Kinder Zugang zu Krippe und
8 Kita erhalten. Fehlende finanzieller Mittel im Elternhaus dürfen nicht dazu führen, dass
9 Kindern der Besuch von Bildungseinrichtungen verwehrt bleibt. Deshalb ist es sinnvoll,
10 zusätzlich zum bereits kostenfreien dritten Jahr stufenweise auch die Beitragsfreiheit für das
11 erste und zweite Jahr einführen – ohne dabei die Qualitätsentwicklung zu vernachlässigen.
12

13 ● Bedarfsgerechte Betreuung und mehr Qualität

14 Frühkindliche Bildung prägt die Entwicklung der Kinder. In der ersten Phase des Lebens
15 werden Grundlagen für gute Bildung, besonders im Bereich der Sprachentwicklung, der
16 Motorik, der Kognition, der Emotionalität und des sozialen Miteinanders gelegt. Eine SPD-
17 Landesregierung wird das Platzangebot der Einrichtungen ausbauen und strebt dabei ein
18 flächendeckendes Angebot an: Jedem Kind soll wohnortnah ein Krippen-, bzw. Kitaplatz
19 angeboten werden.
20

21 Viele Eltern sind darauf angewiesen, dass ihr Kind auch außerhalb der bestehenden
22 Öffnungszeiten betreut wird. Dafür sollen die Vor- und Nachbetreuungszeiten der Kitas
23 bedarfsgerecht erweitert und die Träger unterstützt werden, vom Halbtags- zum
24 Ganztagsangebot zu kommen. Insgesamt soll die Qualität an den Kitas verbessert werden.
25 Eine SPD-Landesregierung wird an der vollständigen Einführung einer qualifizierten dritten
26 Kraft in den Krippen festhalten und zudem schrittweise den Personalschlüssel verbessern.
27

28 In sozial besonders belasteten Quartieren wird eine SPD-Landesregierung mit einer
29 dauerhaften zusätzlichen Investition von 60 Millionen Euro für mehr Erziehungs-,
30 Betreuungs- und Bildungsqualität sorgen. Zugleich soll die Sprachförderung an Kitas weiter
31 ausgebaut werden – eine Maßnahme, die auch die Arbeit an den Grundschulen entlastet.
32

33 Durch bessere Arbeitsbedingungen wird eine SPD-Landesregierung die Attraktivität des
34 Erzieherinnen- und Erzieherberufs steigern und mehr Ausbildungsplätze als bisher schaffen.
35 Sie wird zugleich klären, wie die Einführung einer dualen Ausbildung für Erzieherinnen und
36 Erzieher den hohen Personalbedarf decken und die Ausbildungssituation verbessern kann.

1 Sie wird Sozialassistentinnen und -assistenten ermutigen, sich als Erzieherin oder Erzieher
2 zu qualifizieren – angemessene Vergütung und gute Weiterbildungsmöglichkeiten inklusive.
3 Die Lebens- und Erfahrungsvielfalt von Kindern sollte sich in Kitas widerspiegeln. Deshalb
4 soll der Anteil männlicher Fachkräfte in den Kitas wachsen. Kinder brauchen außerdem eine
5 individuelle Begleitung, die auf die Familienverhältnisse abgestimmt ist. Es ist allerdings
6 festzustellen, dass Familien zunehmend Beratung und Unterstützung benötigen. Darum wird
7 eine SPD-Landesregierung mehr Angebote für entsprechende Fort- und Weiterbildungen
8 sowie eine verstärkte Fachberatung gestalten.

9

10 **4. Gute Schule: sichern und ausbauen**

11 Bildungspolitik gehört zum Kern sozialdemokratischer Regierungsarbeit. Sie ist ein Schlüssel
12 für Gerechtigkeit und Teilhabe. Die SPD will erreichen, dass nicht mehr soziale Herkunft
13 über Bildungserfolg und zukünftigen Lebenschancen eines Kindes bestimmt. Bei diesem
14 Thema gibt es noch viel zu tun: Die pädagogische Qualität muss steigen; gute
15 Arbeitsbedingungen der im Bildungssystem Beschäftigten sind kein Selbstläufer; nicht zuletzt
16 setzt SPD-Regierungsarbeit auch hier auf weitgehende Kostenfreiheit des Bildungssystems.

17

18 • Kooperationsverbot Bildung muss fallen

19 Eine künftige SPD-Landesregierung hat wichtige Aufgaben vor sich: die Digitalisierung der
20 Bildung, die Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationsgeschichte, den
21 Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels – alles kostenintensive
22 Herausforderungen, die nicht von einem Bundesland zu schultern sind. Deshalb setzt sie
23 sich dafür ein, dass das unsinnige Bund-Länder-Kooperationsverbot abgeschafft wird.

24 Bundes- und länderübergreifende Unterstützungsmaßnahmen sind für eine gute
25 Schulbildung aller Kinder unverzichtbar. Deutschland muss einen höheren Anteil seiner
26 Wirtschaftsleistung als 4,3 Prozent in Bildung investieren. Mindestens der von der OECD
27 ermittelte Durchschnittswert von 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist notwendig.

28

29 • Von der Kita in die Grundschule

30 Der Übergang von der Kita in die Schule ist für Kinder oft eine Herausforderung. Eine SPD-
31 Landesregierung will die Rahmenbedingungen für die Kooperationen von
32 Kindertageseinrichtungen mit Grundschulen ausbauen und dafür beiden Seiten Anreize
33 geben. Die Fachkräfte an Grundschulen und Kitas sollen sich auf Augenhöhe begegnen.

34

35

36

1 • Bildungsbenachteiligung abbauen

2 Das 2015 in Niedersachsen beschlossene Bildungschancengesetz bietet bereits viele
3 Elemente für bessere Bildung und eine möglichst hohe Teilhabe daran. Eine SPD-
4 Landesregierung wird Bildungsbenachteiligungen weiter abbauen.

5
6 Der Ganztagsbetrieb an Grundschulen soll ausgearbeitet werden. Gebundene Angebote und
7 die Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse des pädagogischen Personals sollen dabei
8 Verlässlichkeit und Qualität bieten. Gemischte Teams aus Lehrkräften und
9 sozialpädagogischen Fachkräften können für mehr Qualität sorgen. Dazu gehört auch die
10 Kooperation mit Kitas, Vereinen, Verbänden und weiteren Anbietern der Jugendhilfe. Die
11 Schulträger werden bei einer Entwicklungsplanung unterstützt, die noch engere Kooperation
12 von Schulstandorten ermöglicht.

13
14 Für guten Unterricht müssen genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Deshalb bleibt eine
15 Unterrichtsversorgung von 100 Prozent ein vorrangiges Ziel einer SPD-Landesregierung. Sie
16 wird weiterhin mehr Lehrkräfte einstellen, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Das
17 aber bedeutet: mehr Studienplatzkapazitäten für das Lehramtsstudium an den Hochschulen.
18 Zugleich macht das einen Ausbau der Kapazitäten der Studienseminare notwendig, um einen
19 nahtlosen Übergang in das Referendariat zu gewährleisten. Darüber hinaus sollen die
20 Einstiegsbedingungen für Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen vereinfacht werden.

21

22 • Lehrkräfte entlasten und aufwerten

23 Eine SPD-Landesregierung will anhand der Auswertung der Aufgabenkritik Konsequenzen
24 ziehen und gemeinsam mit den Lehrerverbänden Erleichterungen oder auch Streichungen von
25 Aufgaben prüfen: bei Vergleichsarbeiten, Verschlinkung von Rechtsnormen, Beratung zur
26 Verbesserung der Unterrichtsqualität und Entlastung von Schulleitungen. Grundlagen dafür
27 sollen die Ergebnisse der eingesetzten Arbeitszeitkommission liefern, die gemeinsam mit
28 den Lehrerverbänden ausgewertet werden.

29
30 Weiter will eine SPD-Landesregierung die Tätigkeit der Grundschullehrkräfte aufwerten, um
31 den Veränderungen durch Inklusion und Integration schon im Primarbereich Rechnung zu
32 tragen. Dazu wird auch die Besoldung im Zusammenhang mit einer veränderten Ausbildung
33 der Lehrkräfte überprüft. In einem ersten Schritt sollen die Leitungsstellen an allen
34 Grundschulen auf A13 angehoben und damit das Amt der Schulleitung attraktiver gestaltet
35 werden. Eine SPD-Landesregierung wird sicherstellen, dass es auch an kleinen Schulen die
36 Möglichkeit gibt, durch Vertretungsregelungen die Leitung zu verbessern und dort die

1 Erhöhung der Anrechnungsstunden für Schulleitungsaufgaben überprüfen. In einem
2 nächsten Schritt wird die Bezahlung von Grundschullehrkräften grundsätzlich beleuchtet.

3
4 ● Schulfrieden statt unproduktiver Strukturdebatten

5 Eine SPD-Landesregierung will unproduktive Schulstrukturdebatten beenden. Dagegen soll
6 überall ein breites schulisches Angebot vorgehalten werden, das den regionalen
7 Bedürfnissen entspricht:

- 8 Schulen werden bei der Entwicklung zu Gesamt- bzw. Oberschulen unterstützt.
- 9 Die Umstellung auf das Abitur nach neun Gymnasialjahren (G9) und die
10 Oberstufenreform werden behutsam weiterentwickelt.
- 11 Bereits heute ist eine Oberstufenkooperation verschiedener zum Abitur führender
12 Schulformen möglich.
- 13 Wünschenswert sind stärkere Kooperationen zwischen den Schulen und
14 Schulformen zum besseren Übergang von der Sekundarstufe I in die
15 Sekundarstufe II.

16
17 Eine SPD-Landesregierung schenkt der Sicherung des Fachkräftebedarfs im sogenannten
18 MINT-Bereich mit den Fächern **M**athematik, **I**nformatik, **N**aturwissenschaft und **T**echnik
19 besondere Aufmerksamkeit. Dies soll entlang der gesamten Bildungskette vom schulischen
20 Elementarbereich bis zur Hochschule gewährleistet werden.

21
22 ● Schulsozialarbeit für alle Schulformen

23 Auf alle Schulen, besonders aber die im Ganztagsbetrieb, sind über die Bildungsarbeit
24 hinaus neue Aufgaben für soziale Betreuung von Schülerinnen und Schülern zugekommen.
25 Eine SPD-Landesregierung will deshalb die Schulsozialarbeit als neue Landesaufgabe
26 langfristig ausbauen und wie beim Ganztagsbetrieb auf alle Schulformen ausweiten.

27
28 ● Lehrkräfte bedarfsgerecht ausbilden

29 Das Schulsystem unterliegt einem ständigen Wandel. Kulturelle Veränderungen der
30 Gesellschaft, neue bildungspolitische und pädagogische Zielvorstellungen, ein anderes
31 Schulwahlverhalten und die wachsende Heterogenität der Schülerschaft machen eine
32 kontinuierliche Anpassung nötig. Die Arbeitsqualität der Lehrkräfte spielt dabei eine wichtige
33 Rolle. Eine SPD-Landesregierung tritt für ein modernes Lehrerbildungsgesetz ein: Lehrkräfte
34 sollen nicht länger nach Schulformen, sondern nach pädagogischen Ansprüchen der
35 Schulstufen ausgebildet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

5. Berufsbildende Schule: Orientierung und Chancengarantie

Berufsschulen knüpfen an die berufsorientierende Vorarbeit der allgemeinbildenden Schulen. Sie sollen junge Menschen, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen, nicht nur für das Berufsleben qualifizieren, sondern auch auf das Leben vorbereiten. Die Möglichkeit, dabei neben der beruflichen Ausbildung grundbildende und höher qualifizierte Abschlüsse zu erreichen, zeichnet die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen aus. Das bietet vielen Jugendlichen eine zweite Chance, sich die Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben zu erarbeiten. In den **Sprach-** und **Integrationsprojekten SPRINT** und **SPRINT-Dual** erhalten junge Flüchtlinge dafür wichtige Grundlagen.

● Berufsbildende Schulen als regionale Kompetenzzentren

Eine SPD-Landesregierung wird die berufsbildenden Schulen an allen Standorten mit gezielten Schwerpunkten erhalten und dabei die Kooperation zwischen Schulträgern fördern: Den neuen Anforderungen der Hochtechnologie und der Digitalisierung 4.0 in der Wirtschaft wird die duale Ausbildung am besten gerecht. Deshalb wird die Aufwertung berufsbildender Schulen zu regionalen Kompetenzzentren unterstützt. Ziel ist es, ein flächendeckendes Angebot beruflicher Grundbildung zu sichern – und zugleich die Jugendlichen in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern. Damit können qualifizierte Berufe in der Fläche erhalten, die Wirtschaftskraft der Regionen gestärkt und eine wohnort- und betriebsnahe Beschulung angeboten werden.

Die Schulträger sollen nach dem Willen einer SPD-Landesregierung Instrumente für ein Regionalmanagement erhalten, um eine wohnortnahe Beschulung der Jugendlichen zu gestalten. Zeiten der Berufsfachschulausbildung sind auf die duale Berufsausbildung anzurechnen. Weiter will sie alle Schulabgänger erfassen, um ihnen eine gute Beratung und Begleitung an die Hand zu geben. Zugleich kann so die Zahl derjenigen verringert werden, die keine Ausbildung beginnen wollen oder der Berufsschulpflicht nicht nachkommen. Begleitend dazu soll die erfolgreiche Arbeit von Jugendberufsagenturen weiter flächendeckend ausgebaut werden. Zeiten der Berufsfachschulausbildung sind auf die duale Berufsausbildung anzurechnen.

Auf mindestens drei Jahre wird eine SPD-Landesregierung die Ausbildungsförderung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung anheben. Falls ein Berufsabschluss zu erreichen

1 ist, soll eine Verlängerung der Ausbildungsdauer möglich sein. Dies gilt auch für Menschen
2 mit Behinderung, die sich außerhalb der Werkstätten ausbilden lassen.

3
4
5 • Pflegeberufe in die duale Ausbildung

6 Mehr denn je werden junge Menschen gebraucht, die einen Beruf im Gesundheits- und
7 Sozialwesen ergreifen wollen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb auch hier prüfen, ob
8 sich die schulische Ausbildung in den sozialen- und Gesundheitsfachberufen zu einer dualen
9 Ausbildung weiterentwickeln lässt: Sie garantiert die gute Verbindung von Theorie und
10 Praxis. Dabei sind Auszubildende von Anfang an Teil der aktuellen täglichen Abläufe des
11 Ausbildungsbetriebs. Sie sollen nicht zusätzlich durch ein Schulgeld belastet werden,
12 sondern als angehende Fachkräfte ein Entgelt erhalten.

13
14 • Engagierte Lehrkräfte gesucht

15 Berufliche Bildung braucht engagierte Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler in ihrer
16 beruflichen Perspektive unterstützen und die Unterrichtsversorgung verbessern. Wegen des
17 wachsenden Bedarfs wird eine SPD-Landesregierung ihre Offensive für Fachkräfte in der
18 Pflege verstärken. Die Lehrerbildung in den Studiengängen von Mangelfächern soll forciert
19 und der Quereinstieg erleichtert werden. Ihr soll auch die Abschaffung des Numerus Clausus
20 bei Bedarfsfächern im Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium zugutekommen.

21
22 Alles das ist nur mit genügend Lehrkräften umzusetzen. Deshalb gilt auch für die
23 Berufsbildenden Schulen, dass die Unterrichtsversorgung deutlich verbessert wird.

24
25 **6. Hochschulen: offen für alle und fit für morgen**

26 SPD-Hochschulpolitik steht für Hochschulautonomie, Demokratie und Exzellenz, für mehr
27 Durchlässigkeit und Gebührenfreiheit. Unterm Strich: für gute Studienbedingungen.

28
29 Wissenschaft ist für eine moderne Gesellschaft und eine zukunftsfähige Wirtschaft
30 unverzichtbar. Das spiegelt sich in dem deutlich gestiegenen Ressourceneinsatz für die
31 Wissenschaft durch Bund, Land und Privatwirtschaft wider. Zugleich steigt die Erwartung der
32 Gesellschaft an Wissenschaftler, mit ihren Erkenntnissen zur Lösung der vielfältigen
33 gesellschaftlichen Probleme beizutragen. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung
34 den Hochschulentwicklungsvertrag bereits bis 2021 verlängert.

35
36 • Neue Kooperation von Bund und Ländern

1 Bund und Länder haben mit der „Exzellenzstrategie“, dem Programm „Innovative
2 Hochschule“ und dem „Professorinnen-Programm“ drei wichtige Vorhaben für das
3 Wissenschaftssystem auf den Weg gebracht. Mit dem neuen Artikel 91b des Grundgesetzes
4 zum Zusammenwirken des Bundes und der Länder bei der Förderung von Wissenschaft,
5 Forschung und Lehre können beide staatlichen Ebenen jetzt dauerhaft und gemeinsam die
6 Hochschulen unterstützen.

7

8 Eine SPD-Landesregierung unterstützt solche Projekte nicht nur ausdrücklich, sondern sucht
9 gemeinsam mit dem Bund und den anderen Ländern nach weiteren gemeinsamen
10 Förderwegen für die Hochschulen – so für die uneingeschränkte Grundfinanzierung von
11 Hochschulen mit einem substanziellen Beitrag des Bundes sowie für Bau und Sanierung von
12 Hochschulbauten. Nur ein gemeinsames Engagement für die Wissenschaft kann
13 entscheidende Impulse durch den Hochschulpakt, den Pakt für Forschung und Innovation
14 sowie die Exzellenzstrategie verstetigen.

15

16 ● Kapazitäten der Fachhochschulen verbessert

17 Die SPD-geführte Landesregierung hat mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm
18 (FEP) den Ausbau der Fachhochschulen vorangebracht und deren Grundkapazitäten
19 ausgeweitet. Das bedeutet wesentliche Beiträge

- 20 zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers in die Regionen,
- 21 zur Bindung Hochqualifizierter,
- 22 zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit,
- 23 zum Anstieg der Bildungsbeteiligung im Hochschulbereich.

24

25 Damit wurde die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung vergrößert.
26 Diese Durchlässigkeit soll durch Studienmodelle weiter steigen, die duale, berufsbegleitende,
27 virtuelle Studienangebote und akademische Weiterbildungsangebote einschließen. Ferner
28 setzt sich eine SPD-Landesregierung dafür ein, dass Bildungsleistungen im Rahmen der
29 beruflichen Ausbildung noch besser bei akademischen Ausbildungen anerkannt werden. Wer
30 den Meisterbrief hat, soll zukünftig automatisch für eine Masterausbildung zugelassen
31 werden. Eine SPD-Landesregierung wird qualitätsgesicherte Promotionen auch für
32 forschungsstarke Bereiche an Fachhochschulen oder in Hochschulverbänden ermöglichen.

33

34 ● Gute Arbeit auch in der Wissenschaft

35 Wissenschaft ist ein attraktives Arbeitsfeld für junge Menschen. Es bietet Chancen über die
36 Landesgrenzen hinaus und öffnet Karrierepfade. Wissenschaft ist für manche
37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch von kurzfristigen Arbeitsverträgen, unsicheren

1 Arbeitsverhältnissen und unklaren Perspektiven geprägt. Durch die Absicherung der
2 Promotionsphase ist Niedersachsen schon ein erhebliches Stück weitergekommen. Durch
3 die Selbstbindung der Hochschulen konnten weitere Erfolge erzielt und mit dem
4 Nachwuchsprogramm der Länder und des Bundes für junge Wissenschaftlerinnen und
5 Wissenschaftler wichtige Perspektiven eröffnet werden. Voraussetzung dafür ist eine neue
6 Balance zwischen begründbar befristeten Stellen und Dauerstellen – für wissenschaftliches
7 Personal wie für wissenschaftsunterstützende Beschäftigte. Eine SPD-Landesregierung will
8 mit den Hochschulen zu Regelungen kommen, die zum Beispiel die „sachgrundlose
9 Befristung“ ausschließen.

10

11 Besonders wichtig ist es, die Karrierechancen von Frauen in Wissenschaft und Forschung zu
12 verbessern. Jede neue Stelle soll einen Beitrag zur Gleichstellung an den Hochschulen
13 leisten. Deshalb soll die sogenannte Post-Doc-Phase wie schon die Promotionsphase durch
14 verlässliche Rahmenbedingungen abgesichert und so die Durchlässigkeit der
15 wissenschaftlichen Ausbildung, besonders für Frauen, verbessert werden.

16

17 Eine SPD-Landesregierung wird für die Fachhochschulen verlässliche Wege zur Promotion
18 aufbauen. Promotionskollegs an forschungsstarken Bereichen sind dafür ein guter Weg.
19 Ausgebaut werden die akademischen Verfahren zu einer Festanstellung (Tenure-Track-
20 Stellen), dazu Konzepte zur Personalstruktur und Karriereplanung. Gefordert sind auch
21 Professuren neuen Typs für die Lehre, die selbstständig innerhalb der Hochschulen tätig
22 sind und damit nachhaltig die Studienbedingungen verbessern.

23

24 Schließlich will eine SPD-Landesregierung die Förderung von Frauen in der Wissenschaft
25 erweitern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie an Hochschulen verbessern und die
26 Inklusion für Beschäftigte in der Wissenschaft voranbringen.

27

28 • Gute Infrastrukturen für die Wissenschaft

29 Forschung und Lehre benötigen gute Infrastrukturen. Wettbewerbsfähig bleiben kann man
30 aber nur, wenn Energie- und Betriebskosten nicht die Etats für Forschung und Lehre
31 auffressen. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb zumindest die bisherige Finanzierung
32 beibehalten – sich aber darüber hinaus beim Bund im Rahmen der veränderten
33 Kooperationsbedingungen für weitere Mittel stark machen.

34

35 Einen besonderen Schwerpunkt wird als Leitprojekt die Sanierung der
36 universitätsmedizinischen Einrichtungen des Landes bilden. Wer für die Zukunft forscht und
37 nach bestem Wissensstand Schwerkranke versorgt, soll dies nicht in Gebäuden der

1 vorletzten Generation tun. In den kommenden Jahren soll deshalb eine Trendwende im
2 Sanierungsbereich eingeleitet werden – mit Neubauvorhaben für die Universitätsmedizin
3 Göttingen und die Medizinische Hochschule Hannover (MHH).

4 5 • Studierende und Studentenwerke

6 In Niedersachsen waren im Wintersemester 2016/17 insgesamt 205.000 Studierende
7 immatrikuliert – 35.000 oder 20 Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Damit hat die SPD-
8 geführte Landesregierung die vornehmlich durch Studiengebühren verursachte
9 Abwanderung junger Menschen (Brain-Drain) aus Niedersachsen gestoppt. Nun soll
10 gemeinsam mit den Hochschulen geprüft werden, ob auch die Verwaltungskostenbeiträge an
11 den Hochschulen auf das allgemeine bundesweite Niveau gesenkt werden können.

12
13 Studienqualitätsmittel des Landes verhelfen jungen Menschen zu einer guten
14 wissenschaftlichen Ausbildung und ermöglichen ihnen gleichzeitig kulturelle, soziale und
15 politische Teilhabe. Über ihre Verwendung können die Studierenden maßgeblich
16 mitentscheiden. Die Studentenwerke sind dabei ein wichtiger Partner. Sie stellen die soziale
17 und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums sicher, ihre Service- und Betreuungsangebote
18 erleichtern den Studienerfolg und den Wettbewerb um Studierende. Eine SPD-
19 Landesregierung wird mit den Studentenwerken erneut eine Finanzhilfevereinbarung zur
20 Förderung guter Studienbedingungen abschließen.

21
22 Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren zwar Studienplätze vermehrt, die
23 sozialen Infrastrukturen an den Hochschulen aber nicht im gleichen Maße ausgebaut.
24 Investitionen in die soziale Infrastruktur müssen jedoch mit den steigenden
25 Studierendenzahlen Schritt halten, um die von den Studentenwerken gebotene Qualität bei
26 studienbegleitenden Serviceleistungen zu gewährleisten. Besonders dringend sind in
27 Niedersachsen Investitionen zur Sanierung bestehender und Einrichtung neuer
28 Wohnheimplätze. Eine SPD-Landesregierung wird sich stark machen für ein Bund-Länder-
29 Programm zur Finanzierung von zusätzlichem studentischem Wohnraum. Sie wird sich dafür
30 einsetzen, Studentenwohnheime in den Förderkatalog des Wohnraumförderungsgesetzes
31 aufzunehmen und prüfen, inwieweit sie eigene Mittel einsetzen kann. Wohnungsprobleme
32 dürfen nicht länger über den Studienbeginn entscheiden.

33 34 **7. Berufliche und Akademische Bildung gleichstellen: duale Ausbildung stärken**

35 Die duale Berufsausbildung bildet die Fachkräftebasis von Industrie und Handwerk, sie
36 sichert die Qualität im Handwerk und die globale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine
37 SPD-Landesregierung wird die duale Berufsausbildung weiter stärken und die Förderung der

1 überbetrieblichen Ausbildung auch über das Jahr 2020 hinaus fortsetzen. Wo eine
2 wohnortnahe Ausbildung nicht möglich und auswärtige Unterbringungen notwendig sind,
3 wird sie die Auszubildenden von den Fahrtkosten entlasten. Der Zugang zu Bildung soll
4 kostenfrei sein. Berufliche Bildungswege und akademische Bildungswege will eine SPD-
5 Landesregierung gleichstellen. Sie wird deshalb die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von
6 Meister-, Fachwirt- und Technikerkursen von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren befreien
7 und das AFBG entsprechend weiterentwickeln. Sollte das auf Bundesebene nicht
8 durchsetzbar sein, wird eine SPD-Landesregierung dies in Niedersachsen umsetzen.
9

10 **8. Lebenslange Bildung: politische und kulturelle Teilhabe sichern**

11 Lebenslanges Lernen besitzt für die SPD einen hohen Stellenwert. Es verbindet das Ziel
12 ständig neuer Qualifizierung mit den Chancen individueller Weiterentwicklung. Dabei dient
13 die Erwachsenenbildung der Bildungsgerechtigkeit. Eine SPD-Landesregierung wird

- 14 die Digitalisierung voranbringen,
- 15 die Herausforderung durch die globale Wanderungsbewegung annehmen,
- 16 die Inklusion vorantreiben,
- 17 ein vielfältiges Erwachsenenbildungsangebot auch im ländlichen Raum vorhalten,
- 18 die Landeszentrale für politische Bildung mit der Erwachsenenbildung vernetzen,
- 19 den 2. Bildungsweg stärken,
- 20 den Analphabetismus bekämpfen,
- 21 durch Sprachkurse die Integrationsangebote verbessern.

22
23 Unverzichtbar ist der 2. Bildungsweg mit seinem flächendeckenden Angebot dafür,
24 Schulabschlüsse nachzuholen. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung die unzureichende
25 Bezahlung der Beschäftigten in diesem Bereich mit einem höheren Landesanteil aufwerten.
26 Sie wird damit die Kommunen unterstützen, ihrer sozialen Verantwortung gegenüber den
27 Beschäftigten nachzukommen.
28

29 Eine SPD-Landesregierung wird die drei Säulen der Erwachsenenbildung unterstützen – die
30 kommunalen Einrichtungen, die Landeseinrichtungen mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung
31 und die Heimvolkshochschulen. Koordination und Zusammenarbeit sollen optimiert, der
32 drohende Fachkräftemangel durch den Ausbildungsgang der pädagogischen Assistentinnen
33 und Assistenten bekämpft und die Arbeit in der Fläche weiter verbessert werden.
34

- 35 ● Landeszentrale für politische Bildung wirbt für Demokratie

1 Niedersachsen verfügt seit 2016 wieder über eine Landeszentrale für politische Bildung. Das
2 Land braucht besonders in Zeiten von Salafismus, Rechtsextremismus, islamistischem und
3 rechtsextremistischem Terror eine Institution, die für Demokratie wirbt und sie stärkt.
4 Zugleich ist rechtspopulistischen Verzerrungen der gesellschaftlichen Realität
5 entgegenzutreten. Die Landeszentrale soll ihre Angebote auf diese Themenkreise
6 konzentrieren und neue Wege für Information und Beteiligung entwickeln. Gerade im
7 Zeitalter der sozialen Netzwerke sind neue Formate für die politische Bildung nötig.

8

9 Unter diesen Vorzeichen wird eine SPD-Landesregierung die Landeszentrale in den
10 nächsten Jahren verstärken und Impulse für ihre inhaltliche Arbeit geben. In einem Netzwerk
11 mit allen niedersächsischen Trägern der Erwachsenenbildung soll sie dezentral Angebote im
12 ganzen Land organisieren. Als Impulsgeber und Partner soll sie wirksam die
13 Zusammenarbeit der Akteure mit allen Teilen der Landesregierung ermöglichen.

14

15 • Kultur – alles andere als elitär

16 Ein breites kulturelles Angebot macht Niedersachsen noch lebenswerter. Die Begegnung mit
17 Kunst und Kultur stärkt die Persönlichkeit des Einzelnen und das Sozialverhalten sowie das
18 Selbstbewusstsein insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Die SPD setzt sich deshalb
19 für einen barrierefreien Zugang zu Kultur und Kunst ein. Dazu gehört auch soziale
20 Barrierefreiheit: Kultur darf nicht elitär, sondern muss offen für alle sein. Deshalb sollen
21 neben der sogenannten Hochkultur auch niederschwellige Angebote für jedermann
22 entwickelt werden. Nur so kann kulturelle und damit gesellschaftliche Teilhabe gelingen.

23

24 Die Gesellschaft ist bunter gewordenen. Sie wird zunehmend mit anderen Bräuchen und
25 Kulturen konfrontiert. Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und kulturelle Vielfalt sind dabei als
26 Beitrag zu Toleranz und Offenheit zu verstehen, als Gewinn für alle. Teilhabe kann als
27 Schlüssel gegen die Bildung von Parallelgesellschaften und Ausgrenzung dienen. Hier ist
28 der Beitrag von Kunst und Kultur nicht hoch genug einzuschätzen.

29

30 Genau deshalb wird eine SPD-Landesregierung die Kulturförderung des Landes möglichst
31 erweitern. Dazu gehört auch, für gute und faire Arbeitsbedingungen durch Übernahme der
32 Tarifsteigerungen im Bereich Kultur und Kunst zu sorgen. In einem Kulturfördergesetz soll
33 die landesweite Versorgung mit kulturellen Einrichtungen wie Theatern, Museen,
34 Bibliotheken, Kunst- oder Musikschulen gesichert werden. Kulturelle Angebote zu
35 Soziokultur oder Live-Musik in der Fläche sollen zudem durch Unterstützung der
36 Kulturverbände und Landschaften ausgebaut werden,

37

1 Eine SPD-Landesregierung wird die Bibliotheken stärken und bei der Digitalisierung
2 unterstützen, um die Lesekompetenz von Kinder und Jugendlichen zu fördern. Sie wird
3 Ganztagschulen mehr für kulturelle Angebote nutzen und Akteuren aus Kunst und Kultur
4 den Zugang erleichtern.

5
6 Zugleich wird sie wegen der geänderten EU/EFRE-Förderung im Kulturbereich
7 Landeseinrichtungen sowie Einrichtungen in kommunaler und freier Trägerschaft durch ein
8 Investitionsprogramm fördern. Die Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern soll durch
9 eine stärkere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft verbessert werden.

12 **IV. MITEINANDER LEBEN IN NIEDERSACHSEN**

14 **1. Frauen und Männer – mehr als ein kleiner Unterschied**

15 • Gleichstellung im Erwerbsleben ist überfällig

16 Gleichstellungspolitik bedeutet gesellschaftlicher Fortschritt in kleinen Schritten. Zum
17 Beispiel gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit: Diese uralte Forderung der Frauenbewegung
18 ist bis heute nicht erfüllt worden. Die Ungleichheit in der Bezahlung (Gender Pay Gap) führt
19 dazu, dass immer noch bei vielen Frauen die Rente nicht zum Leben reicht (Gender Pension
20 Gap). Die SPD hat hier mit einem Entgeltgleichheitsgesetz eingegriffen. Oder mit der
21 Einführung der 30-Prozent-Pflichtquote für Frauen in Aufsichtsgremien: Sie hat mehr
22 Gerechtigkeit ins Erwerbsleben gebracht. Aber das reicht noch lange nicht. Deshalb wird
23 sich eine SPD-Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Quote auf 50
24 Prozent erhöht und auf mehr Aufsichtsgremien angewendet wird. Auch für den öffentlichen
25 Dienst in Niedersachsen soll mit dem Gleichberechtigungsgesetz eine 50-Prozent-Quote
26 festgeschrieben werden. Zusätzlich wird eine SPD-Landesregierung gesetzlich regeln, dass
27 Landesgremien gleichberechtigt mit Frauen und Männern besetzt werden.

29 • Chancengleichheit beginnt mit der Berufsorientierung

30 Entscheidende Weichen für eine später gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern
31 am Berufsleben werden in frühen Jahren gelegt: bei der Berufsorientierung. Um beiden
32 Geschlechter gleiche Startchancen zu geben, wird eine SPD-Landesregierung den
33 Zukunftstag für Mädchen und Jungen neugestalten. Bildung soll mit den Leitlinien „Mehr
34 Chancengerechtigkeit durch geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung“ von
35 alten Stereotypen befreit und stärker auf gerechte Berufsorientierung ausgerichtet werden.

37 • Frauen vor Gewalt schützen

1 Eine SPD-Landesregierung wird schon im Bildungsbereich jeder Form von Sexismus und
2 sexistischer Gewalt entschieden entgegentreten. Bereits heute hat Niedersachsen ein enges
3 Netz von Unterstützungseinrichtungen geknüpft, um von Gewalt betroffenen Frauen Schutz,
4 sichere Unterkunft und professionelle Hilfe zu bieten. Lücken zeigt dieses Netz allerdings bei
5 suchtabhängigen und psychisch kranken Frauen: Zu ihrem Schutz wird besonderer Beistand
6 entwickelt und gefördert.

7

8 Auch behinderte Frauen sind Gewalt ausgesetzt. Deshalb sollen Schutzeinrichtungen mit
9 einem Investitionsprogramm barrierefrei ausgebaut werden. Andere Frauen verbleiben mit
10 ihren Kindern zu lange in Frauenhäusern, weil sie auf dem freien Markt keine Wohnung
11 finden. Eine SPD-Landesregierung will ihnen den Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtern.
12 Für Frauen, die nur kurzzeitig Schutz brauchen, sollen Schutzwohnungen bereitstehen.

13

14 ● Gender in Forschung und Lehre voranbringen

15 Niedersachsen verzeichnet schon Erfolge bei der Genderforschung. Dennoch ist
16 gendersensible Ausbildung und Lehre noch nicht selbstverständlich. Deshalb wird eine SPD-
17 Landesregierung einen Preis für gendergerechte bzw. gendersensible Lehre ausloben.

18

19 ● Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst ausbauen

20 Mit dem Kommunalverfassungsgesetz werden Frauen besser gefördert. Die Rechte der
21 Gleichstellungsbeauftragten sollen weiter gestärkt werden. Das Gleichberechtigungsgesetz
22 wird überarbeitet, um eine Frauenquote von 50 Prozent fest zu verankern. Um Gleichstellung
23 im kommunalen Bereich weiter voranzubringen, wird eine SPD-Landesregierung das
24 Programm „Geschlechtergerechte Kommune“ auflegen. Ein begleitendes Benchmark-
25 Verfahren soll den Prozess unterstützen und Etat-Mittel geschlechtergerechter einsetzen.

26

27 ● Unterstützung geflüchteter Frauen

28 Unterstützen will die SPD geflüchtete Frauen. Unabhängig von ihrer Qualifikation sollen
29 ihnen Modellprogramme bei der Arbeitssuche helfen. Für Frauen mit Kindern sind
30 Teilzeitausbildungen und Sprachkurse zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt
31 geplant.

32

33 **2. Menschen mit und ohne Handicap**

34 Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet, die für alle staatlichen
35 Ebenen Verpflichtung ist. Für die SPD in Niedersachsen bedeutet „Inklusive Gesellschaft“
36 eine politische Vorgabe für alle Bereiche der Landespolitik. Inklusion ist nur dann wirksam

1 umzusetzen, wenn ihre Ziele von allen Menschen mitgetragen werden. Im Dialog mit
2 Menschen mit Behinderung hat die SPD-geführte Landesregierung Ziele definiert und
3 abgearbeitet. Diesen partizipativen Ansatz wird die neue SPD-Landesregierung fortsetzen.

4 Damit ergeben sich folgende Handlungsfelder:

5 ▣ Inklusive Schule wird ausgebaut

6 Die inklusive Schule setzt auf Vielfalt und fördert die Teilhabe aller an Bildung und
7 Erziehung. Alle Kinder und Jugendlichen haben gleichberechtigten barrierefreien Zugang,
8 um ihre unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, ihre Begabungen zu
9 entwickeln und ihre Persönlichkeit zu entfalten. Integration ist Aufgabe für alle Schulformen.

10

11 Eine SPD-Landesregierung wird sich bei der weiteren Entwicklung der inklusiven Schule an
12 den bereitstehenden personellen und finanziellen Ressourcen orientieren. Auf jeder
13 Ausbaustufe soll ausreichender Einsatz von Lehrkräften, Assistenzpersonal und die
14 notwendige Versorgung mit räumlich-sächlicher Ausstattung sichergestellt werden, genauso
15 wie angemessene und gerechte Mittelverteilung. Die Zuweisung zusätzlicher pädagogischen
16 Stellen muss nach prüfbaren und vergleichbaren Grundsätzen erfolgen. Eltern und andere
17 Unterstützer werden bei der Erarbeitung regionaler Inklusionskonzepte einbezogen.

18

19 Die hohen Ansprüche des Projekts sind nur durch das Zusammenwirken aller Beteiligten zu
20 erfüllen. Die verschiedenen Kompetenzen und Professionen der Beteiligten sollen stärker
21 gebündelt und damit wirksamer werden. Zusätzlich zur Zusammenarbeit von Kräften
22 unterschiedlicher Lehrämter und der Sonderpädagogik mit den Eltern wird dabei auch
23 Fachpersonal der Schulsozialarbeit und -psychologie sowie der Kinder- und Sozialhilfe (SGB
24 VIII), Assistenz- und Therapiepersonal einbezogen. Dazu zählen auch die Angebote von
25 Vereinen oder Initiativen.

26

27 Eine SPD-Landesregierung wird die bedarfsgerechte Aus-, Fort- und Weiterbildung der
28 Lehrkräfte und des Pädagogischen Personals erweitern. Die Universitätsausbildung soll mit
29 regionalen Angeboten abstimmt und vernetzt werden. Qualifizierungsmaßnahmen und vor
30 allem die Ausbildung im Bereich der Sonderpädagogik sollen die Integration in der
31 allgemeinen Schule zukunftsfest zu machen.

32

33 ● Inklusive Bildungskette beginnt in der Krippe

34 Eine SPD-Landesregierung wird die inklusive Bildungskette von der Krippe bis zur
35 Erwachsenenbildung fortsetzen. Die Landesbildungszentren sollen sich zu Kompetenz- und
36 Förderzentren für Menschen mit Behinderungen entwickeln, die in inklusiven Systemen
37 unterrichtet werden. Angestrebt wird ein flächendeckender Ausbau mobiler

1 Beratungsangebote für Regelschulen: Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, die in der
2 inklusiven Schule Schwierigkeiten haben.

3
4
5 • Budgets für mehr Verantwortung

6 Eine SPD-Landesregierung will eine Vorrangförderung und Ausweitung des Persönlichen
7 Budgets erreichen. Eine solche direkte Förderung von Menschen mit Behinderung stärkt die
8 Eigenverantwortung und die Fähigkeit zur Mitentscheidung. Das gilt auch für das Budget für
9 Arbeit, das behinderten Menschen eine dauerhafte Förderung außerhalb von Werkstätten
10 ermöglicht. Eine SPD-Landesregierung wird diese Möglichkeit gemeinsam mit Betrieben,
11 Werkstätten, Gewerkschaften und behinderten Menschen ausschöpfen. Auch schwer
12 behinderten Menschen mit außergewöhnlichen Problemen soll die Ausgleichsabgabe zur
13 Beschäftigung den allgemeinen Arbeitsmarkt öffnen. Durch ein besonderes Qualifizierungs-
14 und Ausbildungsprogramm sollen Menschen gezielt Ausbildung angeboten werden, die
15 bisher beim Übergang von Schule-Beruf potenzielle Beschäftigte einer Werkstatt waren.

16
17 • Barrierefrei im Alltag

18 Barrierefreies Bauen muss Standard werden, damit der Mehrkostenvorbehalt entfällt. Eine
19 SPD-Landesregierung will erreichen, dass die Anforderung allgemeiner Zugänglichkeit für
20 Landes- und Kommunalprojekte vorrangig bleibt: Bei Bauvorhaben sind die Bedürfnisse von
21 Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Barrierefreiheit gehört auch zur Planung und
22 Gestaltung öffentlicher Räume – für Gehbehinderte und Rollstuhlnutzer, Sehbehinderte und
23 Blinde, Hörgeschädigte und anderweitig behinderte Menschen. Gemeinsamer Sport für
24 Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung soll gefördert werden. Schließlich ist auch
25 eine barrierefreie Kommunikation im Internet und Intranet öffentlicher Einrichtungen sowie
26 eine verständliche, leichte Sprache bei Informationen notwendig.

27
28 **3. Menschen mit und ohne deutschen Pass**

29 • Migration prägt die Gesellschaft

30 Regionale Kriege und Konflikte, instabile Staaten, Verfolgung, wirtschaftliche
31 Perspektivlosigkeit und humanitäre Not haben mehr als 65 Millionen Menschen veranlasst,
32 ihre Heimat zu verlassen. Auf internationale Migrationsdynamiken kann Niedersachsen
33 wenig Einfluss nehmen. Wohl aber können Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden:
34 Das Land muss sich weiter auf erhöhte Zuwanderungen einstellen und die notwendigen
35 Ressourcen bereithalten.

1 Zuwanderung ist fester Teil der 70-jährigen Geschichte Niedersachsens. Etwa 18 Prozent
2 der Einwohnerinnen und Einwohner haben eine Zuwanderungsgeschichte, zwischen
3 Nordsee und Harz leben mehr als 580.000 Menschen mit ausländischem Pass. Die SPD
4 betrachtet sie als Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ethnische
5 Verschiedenheit ist nicht Last, sondern eine Ressource für den Zusammenhalt eines
6 lebendigen Gemeinwesens. Deshalb wendet sich die SPD gegen Fremdenfeindlichkeit in der
7 Gesellschaft, die häufig in Gewalt gegen Flüchtlinge umschlägt. Ängsten und Vorurteilen
8 begegnet sie mit sozialer Politik für alle Bürgerinnen und Bürger.

9

10 • Aufnahme und Integration stellen hohe Anforderungen

11 Die SPD blickt zuversichtlich auf die anstehenden Aufgaben, nachdem Niedersachsen
12 bereits im Jahr 2015 die Aufnahme von mehr als 100.000 Flüchtlingen gut bewältigt hat.
13 Überall sind hauptamtliche Kräfte über ihre Leistungsgrenzen hinausgegangen. Tausende
14 von freiwilligen Helferinnen und Helfern aus allen Schichten der Gesellschaft stehen für den
15 großen Erfolg des – auch von der SPD-geführten Landesregierung unterstützten –
16 Bündnisses „Niedersachsen packt an“.

17

18 Eine SPD-Landesregierung wird den interreligiösen Dialog mit dem Ziel weiterverfolgen,
19 einen Vertrag mit den muslimischen Organisationen abzuschließen. Dafür strebt sie nach
20 wie vor eine breite Mehrheit im Niedersächsischen Landtag an.

21

22 Integration ist auf keiner Ebene und für niemanden ein leichter Weg. Sie verlangt von den
23 Zugewanderten Anstrengungen und von der Mehrheitsgesellschaft die Offenheit zum Dialog,
24 die Bereitschaft zum Miteinander im Alltag und zur Begegnung mit den Neuankömmlingen.
25 Integration ist ein langer Weg. Eine SPD-Landesregierung wird ihre Förderpolitik darauf
26 anlegen. Ihre Integrationspolitik ist an Teilhabe orientiert und richtet sich an Flüchtlinge,
27 Zugewanderte sowie neue wie eingeseessene Migrantinnen und Migranten.

28

29 • Die vielschichtigen Aufgaben der Integration

30 Die SPD ist überzeugt, dass Integration alle Felder des gesellschaftlichen Miteinanders
31 einschließen muss: Bildung und Arbeit, Freizeit und Wohnen, Religion und gesellschaftliche
32 Teilhabe. Zugleich sollen die Integrationsbedingungen in wichtigen Feldern wie Sprache,
33 Arbeit und Bildung verbessert und miteinander verbunden werden. Ohne Sprachkenntnisse
34 ist die Teilnahme an Arbeit und Bildung nicht möglich. Andererseits hat der Arbeitsmarkt
35 nicht nur einen zentralen Stellenwert bei der Integration, sondern fördert auch das Erlernen
36 der deutschen Sprache. Deshalb stehen diese drei Felder im Mittelpunkt der Integration.

37

- 1 □ Sprachförderung: Sprache ist der entscheidende Schlüssel zur gesellschaftlichen
2 Teilhabe. Wie in den vergangenen Jahren wird eine SPD-Landesregierung auch
3 künftig in die Sprachförderung zugewanderter Menschen investieren und die
4 notwendigen Mittel für miteinander verzahnte und aufeinander aufbauende
5 Sprachkurse bereitstellen.
6
- 7 □ Arbeit und Bildung: Bildung ist die Basis für eine langfristige Bleibeperspektive.
8 Bereits in früher Kindheit ist interkulturelles Erleben wichtig. Eine SPD-
9 Landesregierung wird die Elternbildung interkulturell ausbauen.
10 Kindertagesstätten können diese Angebote gemeinsam mit zugewanderten
11 Eltern nutzen.
12 Zur zügigen Integration müssen die Kompetenzen der ankommenden Menschen
13 früh erfasst und individuelle Förderketten entwickelt werden. Das erfordert
14 Kooperation zwischen den Berufsschulen, Weiterbildungsträgern und
15 Arbeitgebern. Dazu gehört auch die interkulturelle Öffnung der dualen
16 Ausbildung. Netzwerke wie das IQ-Netzwerk sollen einbezogen werden, weil es
17 Beratung zur Anerkennung von Berufsabschlüssen und
18 Anpassungsqualifizierungen anbietet.
19 Bildungs- und Qualifizierungsprogramme sollen so ausgestaltet werden, dass
20 eine schnelle Integration in Gesellschaft und Arbeit gelingen kann. Das leisten
21 zum Beispiel Kombimodelle mit berufsbezogener Sprachförderung und parallelen
22 Arbeitsmarktmaßnahmen. Gemeinsam mit den öffentlichen Trägern der
23 Erwachsenenbildung muss darüber hinaus ein Spektrum von
24 Bildungsmaßnahmen inklusive der Grundbildung und nachholender
25 Schulabschlüsse vorgehalten werden.
26 Prüfungen für Externe sollen einen normalen Zugang zu Berufsanerkennung und
27 -ausübung bieten, ausländische Berufs- und Teilqualifikationen mit geringem
28 Verwaltungsaufwand begutachtet werden. Geprüft werden soll, ob bei guten
29 fachlichen Kenntnissen ein Quereinstieg ohne formale Qualifikationen möglich ist.
30 Das erfordert den Ausbau von Beratungskapazitäten und die Anpassung der
31 regionalen Anerkennungs- und Qualifizierungsstellen des Landes. Studiengänge
32 an den Hochschulen, die direkt zur Einstellung in den öffentlichen Dienst führen,
33 müssen hohe interkulturelle Kompetenz in der praktischen Arbeit vermitteln.
34 Eine SPD-Landesregierung will bürokratische Hürden abbauen, um allen
35 Flüchtlingen einen möglichst schnellen Zugang zu diesen Maßnahmen zu
36 ermöglichen. Dies gilt vor allem für junge schutzsuchende Menschen,
37 unabhängig von ihrer Bleibeperspektive. Niedrigschwellige Programme zur

1 Existenzgründung können Migranten helfen, sich mit Mikrokrediten eine eigene
2 Existenz aufzubauen.

3
4 Wohnen: Die Integration zugewanderter Menschen erfordert im Bereich Wohnen
5 schnelles Handeln und innovative Ideen. Eine SPD-Landesregierung wird die
6 Wohnungsbau-Unternehmen bei der Entwicklung solcher Lösungen unterstützen.
7 Im ländlichen Raum muss leerstehender Wohnraum reaktiviert werden, in
8 Ballungsräumen geht es primär um Neubau in guter Integrationsumgebung.
9 Finanzierung und Förderung von Wohnraum sollen daran anpasst,
10 Wohnungsbau und soziale Projekte besser miteinander verbunden werden.

11
12 Gesundheit: Eine SPD-Landesregierung wird barrierefreie Beratungsangebote für
13 Gesundheitsbildung und die Zugänge zum Gesundheitssystem aufbauen. Für
14 eine flächendeckende nachhaltige Gesundheitsversorgung hat das Land 2016
15 die elektronische Gesundheitskarte (eGk) eingeführt. Geprüft wird, wie
16 Dolmetscher-Leistungen bei Inanspruchnahme medizinischer Leistungen
17 finanziert werden können. Für traumatisierte Menschen ist der Ausbau
18 interkulturell ausgerichteter psychotherapeutischer Betreuung wichtig.

19
20 Bürgerschaftliches Engagement: Viele Menschen setzen sich tagtäglich für das
21 friedliche und soziale Miteinander ein – im Stadtteil oder in der Nachbarschaft.
22 Eine SPD-Landesregierung wird öffentliche Fördermöglichkeiten auch für
23 niedrigschwellige, nicht an Vereine gebundene, für quartierspezifische
24 Integrationsprojekte und für Hilfsprojekte von Migrantinnen und Migranten für
25 Migranten ausbauen. Bei informellem, spontanem, familienbetontem
26 Engagement sollen „Nachbarschaftsstiftungen“ direkte finanzielle Unterstützung
27 bieten. Eine SPD-Landesregierung will Hilfestellungen durch erleichterte
28 Antragsverfahren für Fördergelder, den Internet-basierten "Freiwilligenserver"
29 und die Qualifizierung von Integrationslotsinnen und –lotsen ausbauen.

30
31 ● Integration vor Ort in den Kommunen stärken

32 Eine SPD-Landesregierung will Integrationspolitik vor Ort gezielt an den Bedürfnissen und
33 Lebenswelten der einheimischen und zugewanderten Menschen ausrichten. In Rathäusern
34 und Kreishäusern können zum Beispiel gemeinsame Anlaufstellen und Plattformen zum
35 abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten gegründet werden. Diese „Integrationszentren“
36 sollen geflüchteten und arbeitssuchenden Migrantinnen und Migranten

- 1 ❑ als eine erste kommunale Anlaufstelle dienen;
- 2 ❑ lokale Koordinierungsaufgaben wie Vermittlung, Vernetzung und Beratung leisten
- 3 und mit den Strukturen der Gemeinwesenarbeit abgleichen;
- 4 ❑ kommunale und soziale Angebote zur Orientierung bei Behördengängen machen;
- 5 ❑ Bildung, Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration aus einer Hand organisieren.

6

7 Eine SPD-Landesregierung wünscht sich von der kommunalen Ebene sozialräumlich und
8 ressortübergreifend gestaltete Integrationsarbeit statt einer Ausrichtung nach Themen und
9 Zielgruppen. Als wesentliche Impulsgeber für gemeinschaftliches Zusammenleben soll die
10 langjährig erfahrene Gemeinwesenarbeit bzw. Quartiersmanagement dienen. Dabei werden
11 Neuzugezogene als Teil der Bewohnerschaft im Quartier behandelt, nicht als Migranten oder
12 Flüchtlinge: Erste Erfahrungen zeigen, dass ein solches „Integrationsmanagement“ das
13 Ankommen im neuen sozialen Umfeld Wohnen erleichtert.

14

15 Für hauptamtliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sollen mehr finanzielle Ressourcen
16 bereitgestellt, ihre Arbeit soll aufgewertet werden: Mit diesem Ziel will eine SPD-
17 Landesregierung ein Sonderprogramm zur Stärkung der Gemeinwesenarbeit starten.

18

19 ● Gerechte Lastenteilung und bundespolitische Verantwortung

20 Für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen sind Investitionen notwendig. Eine
21 SPD-Landesregierung fordert zur gerechten Lastenteilung, dass sich der Bund zur Hälfte an
22 diesen Kosten von Ländern und Kommunen beteiligt. Integrationsmaßnahmen sollen nach
23 dem Grundgesetz zur Gemeinschaftsaufgabe (Artikel 91 a) erklärt werden. Junge
24 Migrantinnen und Migranten sollen schnell Ausbildungsförderung nach dem
25 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten: Zugang zu Bildung und fachlicher
26 Arbeitsmarktqualifizierung darf nicht an finanziellen Mitteln scheitern. Auch für die Rente sind
27 zukunftsfähige Konzepte gefordert.

28

29 Eine SPD-Landesregierung wird sich im Bund für ein Basismodul Sprachförderung
30 einsetzen. Es soll neben der deutschen Sprache auch gesellschaftliche Werte vermitteln und
31 der Feststellung von Kompetenzen dienen. Die Erfahrung zeigt, dass Menschen, die das
32 Land eigentlich verlassen müssten, doch längere Zeit bleiben. Ohne ein früh einsetzendes
33 Programm sind Hunderttausende zur Untätigkeit verurteilt, statt früh ein Fundament für
34 Integration legen zu können. Vom Bund ist dabei eine bedarfsgerechte Steuerung der
35 Sprachlernangebote zu erwarten. Diese Angebote sind durch die Bundesagentur für Arbeit

1 zu ergänzen und zu koordinieren. Denn ein großer Teil der anerkannten Flüchtlinge aus dem
2 Asylbewerberleistungsgesetz wird in den Zuständigkeitsbereich der Agentur wechseln.

3
4 Eine SPD-Landesregierung fordert vom Bund die Einführung eines kommunalen Wahlrechts
5 für alle Menschen mit einem langen und berechtigten Aufenthaltsstatus – also auch für Nicht-
6 EU-Bürgerinnen und Bürger: Wer sich politisch einbringt und teilhaben kann, verbessert
7 seine Integrationschancen.

9 **4. Starke Kommunen in einem starken Land**

10 • Kommunen als Garanten guter Lebensbedingungen vor Ort

11 Städte und Gemeinden sind als unabhängige und selbstbewusste Akteure der Mittelpunkt
12 staatlichen Handelns. Ihre Dienstleistungen und ihre Infrastruktur prägen das öffentliche
13 Leben und die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen. Das Lebens- und Sicherheitsgefühl
14 der Bürgerinnen und Bürger hängt entscheidend vom Zustand der öffentlichen Räume und
15 der Qualität kommunaler Dienstleistungen ab. Bei der Infrastruktur vor Ort stellt sich immer
16 auch die soziale Frage: Verwahrlosen Einrichtungen und Angebote, trifft das vor allem arme
17 Menschen und gefährdet den sozialen Frieden.

18
19 Für die SPD gilt deshalb: Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Städte und
20 Gemeinden weitgehende Handlungsfreiheit und eine angemessene Finanzausstattung
21 haben. Dies gilt umso mehr angesichts weiterer Herausforderungen der freiheitlichen und
22 solidarischen Gesellschaft: Gestaltung des demografischen Wandels, Förderung von Bildung
23 und Familien, Integration von Zuwanderern erfordern handlungsfähige Gemeinwesen.

24
25 Trotz der allgemein guten Haushaltslage ist die finanzielle und organisatorische Kraft der
26 niedersächsischen Kommunen nach wie vor unterschiedlich. Das Leitbild gleichwertiger
27 Lebenschancen bildet deshalb den Maßstab der SPD-Politik. Sozialer Ausgleich und
28 Solidarität sind mehr denn je nötig, um Fortschritt und Aussicht auf sozialen Aufstieg zu
29 ermöglichen. Beides ist ein Unterpfand für Produktivität, aber auch für Akzeptanz anderer
30 Kulturen und damit Basis für gesellschaftlichen Frieden, Innovation und Wohlstand.

31 32 • Stabile Finanzen sichern kommunale Zukunft

33 Die SPD-geführte Landesregierung hat sich als verlässlicher Partner der Kommunen gezeigt.
34 So wurden im Jahr 2016 rund 400 Millionen Euro für finanzschwache Kommunen
35 bereitgestellt. Auch dadurch konnte der dramatische Bestand an Kassenkrediten landesweit
36 auf 2,3 Milliarden Euro halbiert und die Verschuldung der Kommunen von 2012 bis 2016 von
37 12,7 auf 11,6 Milliarden Euro gesenkt werden. Der kommunale Finanzausgleich ist dank

1 eines stabilen Steueraufkommens gut ausgestattet, so dass die Kommunen ihre Aufgaben
2 auch bewältigen können. Die Zuweisung stieg von 2012 bis 2017 von 3,2 auf 4,2 Milliarden
3 Euro. Das Fundament gestaltungsfähiger Selbstverwaltung wurde entscheidend gestärkt.

4
5 Mit den neuen Kommunalverfassungs- und Kommunalabgabengesetzen wurden die
6 Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger erweitert. Die kommunalen
7 Wahlzeiten wurden harmonisiert, die Gleichberechtigung der Geschlechter in der örtlichen
8 Verwaltung gefördert, Spielräume für die wirtschaftliche Betätigung geschaffen und
9 Einnahmepotenziale für die Fremdenverkehrsförderung und die örtliche Infrastruktur
10 erschlossen. Zudem sind die Mittel für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen
11 über die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel hinaus deutlich erhöht worden.

12
13 Eine SPD-Landesregierung wird die kommunalen Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten
14 weiter ausbauen. Die kommunale Investitionskraft muss zum Beispiel für die Sanierung von
15 Schulgebäuden gestärkt werden. Deshalb erhalten die Kommunen gestuft bis ins Jahr 2021
16 insgesamt 300 Millionen Euro für schulische Sozialarbeit, IT-Administration und
17 Verwaltungsaufgaben. Dazu kommen als finanzielle Unterstützung für die Einführung der
18 inklusiven Schulen noch einmal mit 210 Millionen Euro.

19
20 Auch die strukturelle Entwicklungsfähigkeit der Kommunen will eine SPD-Landesregierung
21 fördern. Sie wird in größeren Städten wie in ländlichen Regionen ihren Kurs der
22 Wohnungsbauförderung fortsetzen und mit dem „Niedersachsenfonds“ als eines ihrer
23 Leitprojekte neue Finanzierungsmodelle für strukturschwache Regionen vorlegen.

24
25 Eine SPD-Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass nach der
26 dringend gebotenen Reform der Grundsteuer erneut die Diskussion über eine
27 Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur kommunalen Wirtschaftsteuer geführt wird. Sie
28 lehnt alle Vorstöße zur Abschaffung dieser wichtigsten kommunalen Steuer ab. Darüber
29 hinaus hält sie daran fest, dass vom Bundesmittel vollständig an Kommunen und Kreise
30 weitergeleitet werden. Der Leistungsfähigkeitsvorbehalt nach Artikel 58 der
31 Niedersächsischen Verfassung soll gestrichen werden.

32 33 **5. Wohnraum für alle**

34 ● Vor allem bezahlbare Wohnungen braucht das Land

35 Die SPD-geführte Landesregierung hat die Mittel für die soziale Wohnraumförderung auf 800
36 Millionen Euro angehoben. Mit der „Konzertierten Aktion Bauen und Wohnen“ wurden die
37 Förderbedingungen verbessert. Landesförderung ist wieder auf Neubau von bezahlbarem

1 Wohnraum, altersgerechte, barrierefreie und energetische Modernisierung des Bestandes
2 und Wohnraum für Geflüchtete gerichtet.

3

4 Nach dem Verlust von mehreren Zehntausend Belegrechten durch die Untätigkeit der
5 Vorgängerregierung soll die drohende soziale Spaltung in den Städten durch zusätzliche
6 Belegrechte gestoppt werden. Die Wohnraumförderfonds sollen eine verlässliche, stabile
7 Förderung ermöglichen. Anreize für mehr sozialen Wohnungsbau sollen eine Erhöhung der
8 steuerlichen Absetzbarkeit im Rahmen von Sonderabschreibungen bieten. Das bestehende
9 Zuschussprogramm soll ausgebaut werden.

10

11 Gemeinsam mit der sozialen Wohnungswirtschaft, Genossenschaften und privaten
12 Investoren wird eine SPD-Landesregierung für bezahlbaren Wohnraum sorgen. Dies ist
13 eines ihrer Leitprojekte. Sie wird deshalb neben anderen Maßnahmen auch
14 Gruppenbauvorhaben oder die Gründung von Genossenschaften unterstützen.
15 Hochbetagten Menschen soll auch bei Pflegebedürftigkeit ein selbstständiges Leben im
16 eigenen Haushalt ermöglicht werden, beispielsweise durch Mittel des Landesprogramms
17 „Wohnen und Pflege im Alter“.

18

19 • Gute Nachbarschaft in Stadt und Land

20 Gemeinsam mit Bund und Kommunen wird eine SPD-Landesregierung jährlich rund 150
21 Millionen Euro für eine wirksame Städtebauförderung ausgeben. Mit einem neuen Programm
22 für „Gute Nachbarschaft“ wird sie den Aufbau eines Quartiersmanagements in Städten und
23 Dörfern unterstützen und integrierte Stadtentwicklungskonzepte für Menschen aus allen
24 Schichten und Gruppierungen zur Basis der Städtebauförderung machen. Das Programm
25 „Soziale Stadt“ soll zu einem Leitprogramm der Städtebauförderung werden, um
26 benachteiligte Quartiere in Stadt und Land zu stabilisieren und aufzuwerten.

27

28 Das Instrument „Business-Improvement-Districts“ soll die Entwicklung der Innenstädte
29 steuern: Es dient in Partnerschaft von Unternehmern, Investoren, Verbänden, Kommunen
30 und Bevölkerung dazu, Leerstände zu überwinden und für neue Belegung der Innenstädte
31 zu sorgen. Eine SPD-Landesregierung will zudem die Verantwortung für die Baukultur
32 übernehmen. Architektenwettbewerbe sollen genutzt werden, damit das Land bei der
33 Qualität seiner Baumaßnahmen Vorbild bleibt. Der Staatspreis für Architektur bleibt erhalten.

34

35 • Schutz vor überzogenen Mieten

36 Soziales Mietrecht schützt Mieterinnen und Mieter. In den Städten und Gemeinden mit einem
37 überhitzten Wohnungsmarkt wird eine SPD-Landesregierung die Menschen vor

1 überzogenen Mieterhöhungen schützen und das Mietniveau stabilisieren. Die
2 Mietpreisbremse soll dabei helfen, weitere rechtliche Instrumente wie ein
3 Wohnraumaufsichtsgesetz sollen bei Bedarf ergänzend eingeführt werden.

4

5 **6. Pflege vor großen Herausforderungen**

6 Die niedersächsische Bevölkerung ist zwischen 2003 und 2013 um etwa 203.000 Menschen
7 gesunken, dagegen die Zahl der Leistungsempfänger in der Pflege erheblich gestiegen.
8 Zugleich geht die Zahl junger Menschen zurück, die eine Versorgung übernehmen können
9 oder wollen. Bis 2030 werden in Niedersachsen bis zu 50.000 Pflegekräfte fehlen. Unter
10 diesen dramatischen Vorzeichen gewinnt dieses Problem eine herausragende Bedeutung.
11 Eine SPD-Landesregierung wird Pflege flächendeckend sicherstellen und innovative Projekte
12 im Bereich »Wohnen und Pflege im Alter« unterstützen. Pflegebedürftige und hochbetagte
13 Menschen sollen möglichst lange weitgehend selbstständig im eigenen Zuhause und in
14 einem altersgerechten Umfeld leben können.

15

16 ● Land und Kommunen sind gefordert

17 Aber: Nach wie vor ist die Pflege nicht als gesamtgesellschaftliche Aufgabe erkannt.
18 Gesellschaft, Politik, Leistungserbringer und Pflegekassen verfolgen individuelle Ziele oder
19 Verbandsinteressen. Um die Herausforderungen der Pflege zu meistern, wird die SPD eine
20 offensive und breite Diskussion anstoßen, die Themen wie Alter, Solidarität, Aufgaben des
21 Einzelnen, der Familie, der Gesellschaft, Generationengerechtigkeit und die kulturelle Frage
22 des Zusammenlebens als gemeinsame Aufgabe definiert.

23

24 Eine SPD-Landesregierung unterstützt vor allem den Ausbau von unterversorgten
25 Angeboten wie der Tagespflege. Die durch das Pflegestärkungsgesetz III eingeführten
26 Bewertungsgrade müssen besser in bestehende Strukturen eingefügt und eine
27 flächendeckende Beratung gewährleistet werden. Pflegeinfrastruktur sicherzustellen ist
28 Sache der Pflegekassen. Die Kommunen sind aufgefordert, die seit Jahren nach dem
29 Landespflegegesetz vorgegebenen kommunalen Pflegepläne zu erstellen: Sie zeigen auf,
30 wie künftig nötige Rahmenbedingungen der Versorgung unter Berücksichtigung der Sozial-
31 und Wohnungspolitik, der Quartiers- und Infrastrukturplanung erreicht werden können.

32

33 ● Im selbstbestimmten Leben besser versorgt

34 Ein großer Schritt zur Verbesserung der Wohnsituation im Alter war die Erneuerung des
35 Niedersächsischen Heimgesetzes durch die SPD-geführte Landesregierung. Das Gesetz hat
36 selbstbestimmte und innovative Wohnformen auch und gerade für Menschen mit
37 Demenzerkrankungen befördert.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Flankierend dazu sollen Pflegebedürftige über ein persönliches Budget verfügen, damit sie selbst auswählen können, welche Hilfen und Leistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Dafür wird die SPD auf Bundesebene streiten. Ebenfalls auf Bundesebene wird sie sich für eine faire Entlohnung pflegender Angehöriger einsetzen. Analog zum Elterngeld soll befristet eine Lohnersatzleistung (Pflegegeld) gewährt werden, die neben einer Anreizfunktion zur Pflegebeteiligung von Männern sicherstellt, dass Pflegezeiten stärker bei der Rente berücksichtigt werden.

Professionelle Pflegekräfte werden aus wirtschaftlichen Gründen oft zu schnellerem Arbeiten bei der ambulanten Pflege angehalten. Zeitvorgaben sollen hier mehr menschliche Zuwendung möglich machen. Eine SPD-Landesregierung wird auf Bundesebene dafür eintreten, dass auch ambulante Pflege künftig vollständig und nicht nur pauschal durch die Pflegekassen abgerechnet werden können – vor allem bei niedrigen Pflegegraden. Zukünftig sollen Länder und Kommunen mehr Eingriffsrechte in die Finanzierung der Pflege bekommen, um durch neue Verträge eine bessere Pflege mit Pflegekassen, kommunalen Spitzenverbänden und Einrichtungen auszuhandeln. Neben der Bezahlung müssen die Arbeitsbedingungen in allen Pflegeberufen verbessert werden: so durch einen realistischen Personalschlüssel, Gerätschaften zur Unterstützung der Pflegekräfte bei körperlich anstrengenden Aufgaben, weniger zeitintensiven Dokumentationen.

• Gegen die Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung

Eine SPD-Landesregierung wird Trennung zwischen ambulant und stationär im Pflegeversicherungsrecht auflösen. Diese verhindert die Umsetzung innovativer, flächendeckender und umfassender Versorgung. Gerade im ländlich geprägten Niedersachsen scheitern innovative Versorgungsformen an starren Vorgaben einer solchen Sektorentrennung. Ziel der SPD ist es, individuelle Konzepte für einzelne Regionen mit einem Mix aus ambulanter häuslicher, teilstationärer und stationärer Versorgung zu entwickeln. Dazu wird es eine Bundesratsinitiative geben.

• Förderung altersgerechter technischer Assistenzsysteme

Den Lebensabend selbstbestimmt im eigenen Haushalt verbringen: Dieser Wunsch vieler Menschen kann wegen der begrenzten personellen Ressourcen oft nur mit Hilfe altersgerechter technischer Assistenzsysteme erfüllt werden. Solche Systeme müssen in den Pflegealltag integriert werden – auch zur Entlastung der Pflegekräfte. Eine SPD-Landesregierung wird dafür neue Beratungsstrukturen aufbauen. Möglichkeiten und Grenzen der Kostenübernahme durch die Pflegeversicherung sind auf Bundesebene zu regeln.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

- Gerechte Vergütung für das Pflegepersonal

Die Belastungen des Pflegepersonals, ihre körperliche und psychische Beanspruchung sind hoch. Eine SPD-Landesregierung wird alle Maßnahmen unterstützen, die die Verdichtung dieser Arbeit reduzieren. Sie wird den Abschluss verbindlicher Branchen-Tarifverträge in der Altenpflege für eine bessere Bezahlung unterstützen. Auf der Bundesebene wird sie sich dafür einsetzen, dass Pflegekassen zu einer Art Tariftreuegesetz verpflichtet werden: Sie sollen Versorgungsverträge nur noch mit Einrichtungen abzuschließen, die ihre Pflegekräfte nach Tarif bezahlen. Außerdem fordert eine SPD-Landesregierung bundeseinheitliche Qualitätsstandards in der Weiterbildung sowie eine wechselseitige Anerkennung landesrechtlich geregelter Abschlüsse.

Wenn tarifgerechte Bezahlung gewährleistet ist, wird eine SPD-Landesregierung Pflegeeinrichtungen zur Einstellung von ausländischem Personal unterstützen. Migrantinnen und Migranten können als Pflegekräfte wertvolle Beiträge leisten – besonders bei kultursensibler Pflege.

- Weniger Bürokratie ohne Qualitätsverluste

Eine SPD-Landesregierung wird alle Chancen wahrnehmen, um den hohen bürokratischen Aufwand in der Pflege zu verringern, ohne dabei die Qualität zu beeinträchtigen. Sie setzt sich weiter für eine fachlich fundierte Reduzierung der Dokumentation in der Pflege ein. Die Einführung eines Strukturmodells zur landesweiten Entbürokratisierung soll rasch erfolgen.

7. Leben aktiv gestalten

- Starke Feuerwehr – starkes Ehrenamt – starke Partner

Ob ehrenamtlich oder hauptberuflich – Sicherheit vor Ort wird mit F wie Feuerwehr geschrieben. Wie stark die Feuerwehren in Niedersachsen verankert sind, zeigen die gut 130.000 Aktiven in mehr als 3.300 Freiwilligen Feuerwehren. Sie sind zudem ein wichtiger Faktor für das öffentliche Leben und die Gemeinschaft in den Dörfern.

Eine SPD-Landesregierung will weiter für beste Arbeitsbedingungen der ehrenamtlichen und berufsmäßigen Brandschützer sorgen. Sie tritt bei Arbeitgebern dafür ein, dass Feuerwehrleuten den nötigen Rückhalt bekommen. Mit der internationalen Leitmesse INTERSCHUTZ 2020 und dem Deutschen Feuerwehrtag 2020 in Hannover richtet sich weltweite Aufmerksamkeit auf Niedersachsen. Auch dies ist ein Ansporn für eine weiterhin gute Förderung der Feuerwehren.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Die Feuerwehren müssen mit immer komplexeren Herausforderungen Schritt halten. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb die Fortbildungsmöglichkeiten an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) ausbauen und erstmals ihre Modernisierung aus dem allgemeinen Landeshaushalt finanzieren. Die NABK an den Standorten in Celle/Scheuen und Loy soll sich zum Kompetenzzentrum auch für strategischen Bevölkerungsschutz weiterentwickeln. Neuen Anforderungen in verschiedensten Katastrophenszenarien soll eine zielgerichtete und gestärkte Ausbildung der Führungskräfte gerecht werden.

Für eine SPD-Landesregierung hat auch in Zeiten des demografischen Wandels der Grundsatz Bestand: in jedem Ort eine Freiwillige Feuerwehr. Intensive Mitgliederwerbung soll auch an Migrantinnen und Migranten gerichtet werden. Die vom Land initiierte Kampagne „Ja zur Feuerwehr“ hat bewiesen, dass sich solche Anstrengungen lohnen.

● Rettungsdienst und Katastrophenschutz – Rückgrat der organisierten Hilfe

Leistungsstarke Hilfsorganisationen sind unverzichtbare Bestandteile des hoch entwickelten Hilfeleistungssystems in Niedersachsen. Eine SPD-Landesregierung wird das bewährte System weiter modernisieren. Sie wird einen Aktionsplan zur Förderung des „Ehrenamtes für ein sicheres Niedersachsen“ mit wichtigen Verbesserungen auflegen: Anrechnung von Dienstzeiten, bessere Berücksichtigung bei Einstellungen im öffentlichen Dienst und Anerkennung als berufliche Qualifikation.

Die Ausbildung im Katastrophenschutz soll weiter professionalisiert und mit den Anforderungen von Beruf und Familie in Einklang gebracht werden. Die Lehrgänge sollen mit denen der Feuerwehr gleichgestellt werden. Auch die Fahrzeugbeschaffung soll einheitlich am aktuellen Stand der Technik ausgerichtet sein. Größere Sicherheitsrisiken und ungenügende Unterstützung durch den Bund erfordern hier mehr Investitionen vom Land. Flächendeckend verfügbare Einheiten sollen ausreichende Einsatzpotenziale für Großschadenslagen sowie Behandlungsplätze und Betreuungskapazitäten gewährleisten. Gemeinsame Leitlinien sorgen für eine zentrale Einsatzführung auf kommunaler und Landesebene – mit fließenden Übergängen vom individualmedizinischen Notfall über größere Schadensereignisse bis zur Katastrophenlage. Rettungsdienst und Katastrophenschutz bilden dabei ein untrennbares Verbundsystem.

Eine SPD-Landesregierung will den Einsatz mobiler Führungsstäbe und die Entsendung von Experten in Einsatzgebiete als landesweite Aufgabe ermöglichen. Zugleich sollen die

1 Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärker gefördert und die Möglichkeiten zur
2 flächendeckenden Warnung der Bevölkerung bei Gefahrenlagen verbessert werden.
3 Erforderlich ist eine vernetzte Planung von Prävention und Notfallvorsorge im Vorfeld von
4 Katastrophen und Krisen – ein landesweites modernes Krisenmanagement. Pandemie-
5 Planung, Deichbau, zentrale Lagerung von Impfstoffen und Notfallmedikamenten, Schutz vor
6 Sturmfluten und Unwetter sowie die Sicherung kritischer Infrastrukturen dürfen nicht
7 einzelnen Fachressorts überlassen bleiben.

8 ● Ehrenamt – wer anpackt braucht Unterstützung

9 Ehrenamtliche leisten Außerordentliches – für die SPD ist bürgerschaftliches Engagement
10 eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische und soziale Gesellschaft. Es ist der Kitt
11 unserer Gesellschaft. Jeden Tag leisten in Niedersachsen Tausende Menschen einen
12 wichtigen Beitrag für das Gemeinwesen. Für fast die Hälfte aller Menschen in
13 Niedersachsen ist bürgerschaftliches Engagement Teil des Alltags.

14

15 Sie gestalten das gesellschaftliche Leben zum Beispiel in der Feuerwehr, im Rettungsdienst,
16 im THW oder in anderen Hilfsorganisationen, in der Kirche und den
17 Religionsgemeinschaften, in der Jugendarbeit, im Sport oder der Kommunalpolitik, in der
18 Elternarbeit oder der Altenhilfe, für den Umwelt- und Naturschutz, im Kulturbereich und in
19 sozialen Projekten. Für dieses Engagement gebührt ihnen höchster Respekt und
20 Anerkennung.

21

22 Ohne das große ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe wäre die Aufnahme und
23 Versorgung der vielen geflüchteten Menschen nicht möglich gewesen. In allen Städten und
24 Gemeinden engagieren sich Menschen für die Geflüchteten und helfen, ihnen eine neue
25 Heimat zu geben. Das ist eine großartige Leistung. Darauf sind alle stolz.

26

27 Spitze ist das überdurchschnittlich starke Engagement junger Menschen. Sie widerlegen
28 damit das Vorurteil, Kinder und Jugendliche seien heute allein konsumorientiert und kaum
29 bereit, gesellschaftliche und soziale Verantwortung zu übernehmen. Aber mit der
30 demografischen Entwicklung kommt auch der Gruppe der Älteren eine besondere Rolle zu.
31 Diese „jungen Alten“ haben viel Erfahrung und sind für die Gesellschaft unverzichtbar.

32

33 Die ehrenamtlich Tätigen stehen bei ihrer Arbeit oft vor großen Herausforderungen. Sie
34 brauchen deshalb Unterstützung. Das gilt besonders für neue selbstorganisierte Initiativen,
35 wie sie in letzter Zeit beispielsweise in der Flüchtlingshilfe entstanden sind. Die SPD-geführte
36 Landesregierung unterstützt bürgerschaftliches Engagement mit vielen Projekten: mit
37 finanzieller Unterstützung der Freiwilligenagenturen, dem landesweiten Internetportal

1 „FreiwilligenServer Niedersachsen“, mit Fortbildungsangeboten, mit Wettbewerben,
2 Versicherungsschutz für Aktive und gesellschaftlicher Anerkennung.

3
4 Eine SPD-Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement und das Ehrenamt mit
5 der Gesamtstrategie „Wer anpackt, braucht Unterstützung“ stärken. Sie wird ab 2018 ein
6 landesweites Programm mit rund einer Millionen Euro auflegen, um vor Ort dauerhaft
7 Anlaufstellen zur Stärkung des Ehrenamts einzurichten bzw. vorhandene zu stärken.
8 Einzelne Bausteine dabei sind:

- 9 Verdoppelung der finanziellen Hilfestellung der Freiwilligenagenturen zur
- 10 Förderung, Unterstützung und Beratung bürgerschaftlichen Engagements;
- 11 Werbekampagne für bürgerschaftliches Engagement insbesondere für
- 12 Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen;
- 13 Ausbau der Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen;
- 14 flexiblere Freistellungsregelungen und Arbeitszeitgestaltung für Beschäftigte
- 15 im Landesdienst;
- 16 Prüfung rechtlicher Vorschriften auf ihre Verträglichkeit mit dem Ehrenamt und
- 17 Abbau bürokratischer Hürden;
- 18 gezielte Werbekampagnen für den Ausbau des Engagements von und in
- 19 Unternehmen.

20
21 ● Sportland Niedersachsen setzt Ausrufezeichen

22 Sport ist für die SPD mehr als Sieg oder Niederlage, mehr als Medaillen und Pokale. Sport
23 verbindet die Menschen und schafft Identifikation. Im Sport kommen Menschen
24 unterschiedlicher Herkunft und Religion zusammen, mit und ohne Behinderungen und aus
25 allen sozialen Milieus. Gemeinsamer Sport schafft Zusammenhalt und integriert. Sport dient
26 der Gesunderhaltung, seine präventive und rehabilitative Wirkung entlastet das
27 Sozialsystem. Sport erhöht das individuelle Selbstwertgefühl und ist ein guter Beitrag zum
28 Gemeinwohl. Mit dem starken Partner Landessportbund, den Sportfachverbänden und den
29 rund 10.000 Sportvereinen mit ihren zahllosen Ehrenamtlichen ist Niedersachsen gut
30 aufgestellt und den künftigen veränderten Anforderungen gewachsen.

31
32 Für den Sport als wichtige gesellschaftliche Aufgabe wird eine SPD-Landesregierung auch
33 künftig die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen. Über die Sportförderung hinaus
34 werden für besonders wichtige Projekte Rahmenbedingungen geschaffen: so für die
35 Einbindung von Vereinsangeboten in die pädagogische Arbeit von Kindertagesstätten und
36 Ganztagschulen, das Freiwillige Soziale Jahr im Sport, die Integration von Geflüchteten und

1 Neubürgern, Angebote für behinderte Sportlerinnen und Sportler oder Schwimmkursen für
2 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Durch den „Tag des Sports“ wurde ein weiteres
3 Ausrufezeichen für den Sport gesetzt.

4

5 Eine SPD-Landesregierung wird die Strukturen des Breitensports weiter stärken.
6 Sportvereine stehen insbesondere im Bereich der Inklusion, der Integration und des
7 demografischen Wandels großen Herausforderungen gegenüber. Hier muss die
8 Sportförderung gegebenenfalls angepasst werden. Die Förderung von Fanprojekten wird
9 deutlich erhöht, um die Gewaltprävention zu stärken.

10

11 Die ehrenamtliche Arbeit in den Sportvereinen soll besonders gewürdigt und unterstützt
12 werden. Ziel ist es, bürokratische Hürden für ehrenamtliche Tätigkeit auch im Sport so
13 niedrig wie möglich zu halten. Deshalb sollen auch hier rechtliche Vorschriften und
14 Verwaltungsaufgaben auf ihre Verträglichkeit mit der ehrenamtlichen Realität überprüft und
15 gegebenenfalls reduziert werden.

16

17 Sport findet heute nicht nur im Verein statt, sondern ebenso in Betrieben, Werkstätten,
18 Schulen oder selbstorganisiert auf öffentlichen Plätzen. Neben dem Vereinssport wird eine
19 SPD-Landesregierung daher auch den nicht-organisierten Sport mit seinen besonderen
20 Angeboten für die soziale Arbeit unterstützen. Der Sport behinderter Menschen und die
21 Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund sollen auch künftig
22 intensiv gefördert werden.

23

24 Beinahe jeder Sport braucht ausreichende Sportanlagen. Um Zugänglichkeit für alle zu
25 gewährleisten, sollen diese Anlagen ihren Platz in den kommunalen Zentren behalten. Erhalt
26 und Sanierung von Sportstätten und Schwimmbädern sind einer SPD-Landesregierung
27 wichtig. Sie will dies über die Ausweitung finanzieller kommunaler Spielräume und weiterer
28 Mittel unter anderem für Barrierefreiheit ermöglichen.

29

30 Mit gezielten Initiativen will sich eine SPD-Landesregierung für den Spitzensport einsetzen.
31 Hier sollen der Athlet und sein Trainer im Mittelpunkt stehen, das Training soll ungestört und
32 unter optimalen Bedingungen möglich sein. Als Arbeitgeber wird das Land Spitzensportler
33 weiter freistellen.

34

35 **V. GESUNDES LEBEN IN NIEDERSACHSEN**

36

37 **1. Natur und Umwelt**

38

1 Die SPD hat Nachhaltigkeit als zentralen Grundsatz ihrer Politik verankert. Sie will eine
2 Wirtschafts- und Lebensweise gestalten, die eine dynamische Wirtschaftsentwicklung mit der
3 Begrenzung natürlicher Ressourcen harmonisiert. Doch dieses Ziel ist nur zu erreichen,
4 wenn es dafür in der Bevölkerung eine sichere politische Mehrheit gibt – wenn die
5 Gesellschaft ein ökologisch-ökonomisches Gleichgewicht als Lebensqualität empfindet:
6 weniger Lärm, weniger Schadstoffe in Luft, Böden und Gewässern, also allgemein sinkende
7 Belastungen für Mensch und Umwelt. Das alles sind Ziele sozialdemokratischer Politik.

8 • Naturschutz sichert Grundlagen der Lebensqualität

9 Eine SPD-Landesregierung steht zu dem verfassungsrechtlichen Staatsziel, in
10 Verantwortung für heutige und künftige Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu
11 schützen. Sie setzt sich ein für Erhalt und Entwicklung leistungsfähiger Ökosysteme wie
12 Laub- und Mischwälder, Binnengewässer und Flusslandschaften. Sie fördert
13 Biotopverbünde, die Ökosysteme biologisch verbinden – vernetzte Bach- und Flussläufe,
14 Wegseitenstreifen oder Baumalleen mit Busch- und Krautstrukturen.

15

16 Doch die Nutzungsansprüche an den natürlichen Ressourcen nehmen zu, bedrohen
17 gesunde Lebensgrundlagen und erzeugen Konflikte mit dem Allgemeinwohl. Die
18 Zwischenbilanz des europäischen Schutzprojekts „Natura 2000“ hat bereits im Jahr 2010
19 gezeigt, dass das Artensterben anhält und gesunde Lebensgrundlagen beeinträchtigt sind.
20 Das Artensterben muss aufgehalten werden, zum Beispiel durch die Förderung von
21 Streuobstwiesen und die Pflanzung heimischer Bäume und Pflanzen, die zu den
22 verschiedenen Jahreszeiten blühen. Eine SPD-Landesregierung wird die Ausgestaltung des
23 „Natura 2000“-Netzwerks und die nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorantreiben.
24 Sie wird dabei insbesondere die Kommunen begleiten und unterstützen. Denn europäisch
25 vereinbarte Verpflichtungen einzuhalten heißt auch, finanzielle EU-Förderungen für das Land
26 zu bewahren. Weiter soll das Niedersächsische Naturschutzgesetz novelliert werden.

27

28 • Ressourcen erhalten Leistungsfähigkeit der Ökosysteme

29 Zur Sicherung natürlich erhaltener Flächen und biologischer Vielfalt wird eine SPD-
30 Landesregierung ein Programm „Ressourcensicherung“ auflegen. Darin wird es um
31 Maßnahmen gegen Flächenverbrauch und zu intensive Flächennutzung gehen, gegen
32 weitere Versiegelung und um Abfallvermeidung. Umweltschädigende großflächige
33 Monokulturen sollen kompensiert oder unterbunden, gleichzeitig zusätzlicher Lebensraum im
34 Biotopverbund gesichert werden. Einen Schwerpunkt werden Randzonen der genutzten
35 Flächen und Gewässer bilden. Entsiegelungsprojekte und die grundsätzliche
36 Wiederverwertbarkeit bereits genutzter Ressourcen („Urban Mining“-Ansatz) sind zu fördern.

37

1 Eine SPD-Landesregierung fordert eine wirksame Kooperation zwischen Naturschutz und
2 Landwirtschaft, weil nur so Verbesserungen in der Umwelt zu erreichen sind. Sie setzt sich
3 für den Schutz der Hoch- und Niedermoore, des Feuchtgrünlandes und der Laub- und
4 Mischwälder ein, weil diese Ökosysteme klimaschädliches CO₂ speichern, der
5 Wasserspeicherkapazität und der Grundwasserneubildung dienen.

6
7
8 • Erfolge beim Erhalt biologischer Vielfalt ausbauen

9 Weißstorch, Seeadler und Kranich sind Beispiele für die gelungene Wiederansiedlung
10 bedrohter oder bereits ausgestorbener Arten. Heimische Tier- und Pflanzenarten sollen
11 erhalten und vor invasiven Arten geschützt werden. Mit Programmen wie dem Weißstorch-
12 oder dem Fließgewässerschutzprogramm und durch die Einrichtung von Schutzgebieten und
13 Nationalparks hat die SPD-geführte Landesregierung Lebensräume für Flora und Fauna
14 bereits entscheidend verbessert. Dem steht allerdings als Folge intensiver Bodennutzung der
15 Rückgang von Vogelarten wie Feldlerche oder Rebhuhn oder von Insekten wie den Bienen
16 gegenüber. Diesen Trend will eine SPD-Landesregierung stoppen. Dafür ist die rasche
17 biologische Aufwertung der Ökosysteme und ihrer Verbundstrukturen unumgänglich.

18
19 Die Rückkehr von Wolf und Luchs nach Niedersachsen erfordert ein klares Konzept zum
20 Schutz der Menschen sowie ihrer Haus- und Nutztiere. Während der Luchs keine großen
21 wirtschaftlichen Schäden hervorruft, führt das Vordringen des Wolfes in weite Gebiete des
22 Landes zu erheblichen Konflikten, vor allem mit der Weideviehhaltung. Besonders aber
23 müssen die Ängste der Menschen vor dem Wolf ernst genommen werden. Eine SPD-
24 Landesregierung will diesen Konflikt umgehend entschärfen. Sie wird alle Möglichkeiten
25 nutzen, um Wölfe von menschlichen Siedlungen fernzuhalten. Auffällige Exemplare sollen
26 aus dem Bestand genommen werden. Sie wird den Herdenschutz umfassend unterstützen
27 und beim Nachweis wirtschaftlicher Schäden unbürokratisch für Entschädigung sorgen.
28 Gleichzeitig soll durch Austausch mit Ländern wie Polen oder Schweden und Bundesländern
29 wie Brandenburg rechtskonform nach europäischen Vorgaben gehandelt werden.

30
31 • Wasser: Schutz für die Grundlage allen Lebens

32 Wasser ist Grundlage allen Lebens und Lebensraum von Pflanzen und Tieren. Wasser dient
33 als Energiequelle, als unersetzlicher Rohstoff und als Verkehrsweg. Allerdings sind 84
34 Prozent der Fließgewässer belastet. Fast jedes dritte Gewässer weist Arzneimittelrückstände
35 auf und ist gefährdet durch Pflanzenschutzmittel, Mikroschadstoffe, Mikroplastik und Nitrat.

1 Eine SPD-Landesregierung sieht den Gewässerschutz als wichtige Aufgabe an. Sie wird den
2 „Masterplan Ems“ konsequent umsetzen und die Renaturierung aller Fließgewässer nach
3 Maßgabe der EU-Wasserrahmenrichtlinie fortsetzen. Flüsse und Bäche sollen in ökologisch
4 guten Zustand versetzt und ein Ende der Versalzung herbeigeführt werden. Grundsatz
5 dabei: Weitere Flussvertiefungen kann es nur geben, wenn sie ökologisch vertretbar sind.
6 Außerdem sollen Gewässerrandstreifen besser geschützt und die Wasserqualität der
7 Binnenseen verbessert werden.

8

9 Grundwasserschutz heute bedeutet sichere Trinkwasserversorgung für morgen. Doch weit
10 über die Hälfte der Grundwasserreservoirs weisen zu hohe Nitratgehalte auf. Eine SPD-
11 Landesregierung wird Konzepte zur Verminderung der Schadstoffeinträge auch in der
12 Landwirtschaft vorlegen und auf sparsamen Umgang mit dem Wasser achten: Sinkende
13 Grundwasserspiegel gefährden die Versorgung mit gesundem Wasser. Niedersachsen
14 braucht ein neues Wassergesetz. Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen.

15

16 An der Küste wird eine SPD-Landesregierung die EU-Rahmenrichtlinie „Meeresstrategie“
17 umsetzen, um eine bessere Vereinbarkeit von Natur- und Umweltschutz, Tourismus und
18 Wirtschaft zu erreichen. Dabei gilt besondere Aufmerksamkeit dem Kampf gegen die
19 „Vermüllung“ der Meere durch Plastikpartikel.

20

21 • Schutz vor den Folgen des Klimawandels

22 Der Klimawandel verändert Verteilung und Intensität der Niederschläge. Es kommt in einigen
23 Regionen zu geringeren, in anderen zu extremen Niederschlägen. Eine SPD-
24 Landesregierung wird durch vorbeugenden Hochwasserschutz und angepasstes
25 Wassermanagement die Menschen in den betroffenen Regionen schützen.

26

27 Gleichzeitig bereiten vor allem in Ballungsgebieten längere und intensivere Wärme- und
28 Trockenphasen während der Sommermonate Probleme: Ältere Menschen und Kinder leiden
29 dann besonders unter steigenden Feinstaub-Emissionen. Eine SPD-Landesregierung wird
30 versuchen, diese Belastungen durch intelligente Siedlungs- und Verkehrsplanung zu mildern.
31 Teil einer solchen Planung wird auch die Förderung des ökologischen ÖPNV und SPNV sein.
32 Dazu gehört es, die Entwicklung alternativer Antriebssysteme weiter voranzutreiben.

33

34 Weiter sollen Flüsse und Flussauen auch unter Naturschutzaspekten wieder mehr Raum
35 erhalten. Mit der Landwirtschaft wird es einen fairen Interessenausgleich geben.

36 Überschwemmungsgebiete von Flüssen werden von Bebauung und Versiegelung

37 ausgenommen: Eine SPD-Landesregierung wird berücksichtigen, dass der Klimawandel mit

1 Erderwärmung und steigendem Meeresspiegel die Grenzen der Überschwemmungsgebiete
2 verschiebt. Deichsicherheit und Küstenschutz für die Anwohner haben daher Priorität.

3
4 • Mehr Effizienz bei Klimaschutz und Energiewende

5 Kein gesellschaftspolitischer Bereich unterliegt einem so starken Umwandlungsprozess wie
6 der Energiesektor. Nach dem Pariser Klimaabkommen sind zur Reduzierung der
7 Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius weitreichende Veränderungen in der
8 Energieversorgung, dem Verkehrssektor, der Landwirtschaft und im Gebäudebereich
9 erforderlich. Eine SPD-Landesregierung will eine nachhaltige und sozialverträgliche
10 Klimaschutz- und Energiewendepolitik mitgestalten und regionale Wettbewerbsvorteile
11 generieren. Die Klimaschutzziele erfordern gleichermaßen den Ausbau der Erneuerbaren
12 Energien und die deutliche Erhöhung der Energieeffizienz.

13
14 Eine SPD-Landesregierung sieht beim Thema Energiewende allgemeinen politischen
15 Handlungsbedarf vor allem auf folgenden Gebieten:

- 16 Akzeptanz in der Bevölkerung: Eine landesweite Kampagne soll über Effizienz- und
17 Ausbauziele sowie die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürgern
18 informieren.
- 19 Mieterschutz: Möglichst alle sollen von den technischen Fortschritten der
20 Energiewende profitieren – auch Mieterinnen und Mieter durch gerechtere Regelungen
21 bei der Nutzung erneuerbaren Stroms und durch gleichbleibende Warmmieten bei
22 energetischen Sanierungen.
- 23 Stromeinsparpotenziale: Bei künftigen Kostensteigerungen sollen sie für Verbraucher
24 und Betriebe durch Stromsparmchecks, gute Beratung und Stromspartarife- oder -
25 verträge erschlossen werden. Auf Bundesebene geht es um Senkung der Stromsteuer.
- 26 Sanierung: Die Modernisierung alter Gebäudesubstanz zur Erhöhung der
27 Energieeffizienz soll nach energetischen Quartierskonzepten erfolgen und durch ein
28 Sanierungsmanagement begleitet werden. Dazu werden die Programme zur
29 Städtebauförderung und Dorferneuerung überarbeitet.
- 30 Qualifizierte Beratung: Unternehmen unterschätzen oft die Effizienzpotenziale oder
31 überschätzen die erforderlichen Investitionen. Bessere Beratung soll das
32 Einsparpotenzial erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sichern.

33
34 In einem Fünf-Jahres-Plan will eine SPD-Landesregierung darüber hinaus folgende
35 Maßnahmen für die Energiewende ergreifen:

- 1 Die guten Erfahrungen bei Beratungskampagnen, der Gebäudesanierung sowie beim
2 Einwerben von EU- und Bundesfördermitteln sprechen für den Ausbau der
3 kommunalen Energie- und Klimaschutzagenturen. Auch die Klimaschutz- und
4 Energieagentur Niedersachsen (KEAN) soll auf diesem Hintergrund mit
5 Landesmitteln stärker gefördert werden.
- 6 Die Koppelung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bietet die Voraussetzung für
7 kostenoptimierte Umstellung der Energiewirtschaft auf niedrigeren Kohleverbrauch
8 (Dekarbonisierung). Dazu sollen regenerative Energieträger für Wärmeversorgung,
9 Mobilität und Stromerzeugung in der Spitzenlast eingesetzt werden.
- 10 Eine Bundesratsinitiative soll schnellstmöglichen Ausstieg aus Kohleverstromung und
11 Wärmeerzeugung auf Kohlebasis ermöglichen.
- 12 Solarthermie für Nahwärmenetze und den Einsatz in Wohngebäuden soll durch
13 flächendeckende Pilotprojekte gefördert werden. Ziel ist es, ganze Quartiere über
14 mehrere Monate ausschließlich mit solarthermischer Wärme zu versorgen. Dabei ist
15 auch auf die Vorbildwirkung bei landeseigenen Einrichtungen zu setzen.
- 16 Die einseitige Abgabenlast auf den Strompreis soll abgelöst werden von einer der
17 Klimarelevanz entsprechenden Belastung aller Energieträger. Ziel: Stromverbrauch
18 bei Wärmepumpen und Elektromobilität wettbewerbsfähiger zu machen.
- 19 Windenergieanlagen sollen vor allem dort gebaut werden, wo Beeinträchtigungen für
20 Mensch und Natur möglichst gering ausfallen. Ziel: Gebiete mit vorhandenen
21 Infrastrukturen wie Hochspannungsfreileitungen, Autobahnen, Kanälen oder
22 ehemalige militärische Sperrzonen oder Industriegebiete zu nutzen. An der
23 Umsetzung des 20-GW-Ausbauziels wird festgehalten.

24

25 Allen Bürgerinnen und Bürgern stehen bei der Umsetzung der Energiewende
26 Partizipationsrechte zu. Eine SPD-Landesregierung wird Bürgerbeteiligungsmodelle auch im
27 Rahmen der inzwischen obligatorischen Vergabe im Ausschreibungsverfahren
28 gewährleisten. Darüber hinaus soll im Rahmen einer bildungspolitischen Offensive zu
29 Klimaschutz und Energiewende in allen Bildungseinrichtungen ein umsichtiger Umgang mit
30 der Natur und ihren Ressourcen vermittelt werden.

31

32 ● Stromtrassen und Speichertechnologien für Erneuerbare Energien

33 Der Ausbau der Stromtrassen muss mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien Schritt
34 halten. Nur dann kann die in Windkraftanlagen auf Land und See erzeugte Energie
35 verlässlich genutzt werden. Deshalb bedeutet der Aufbau einer modernen und
36 wettbewerbsfähigen Energieinfrastruktur eine große industrie- und umweltpolitische Chance

1 für Niedersachsen. Eine SPD-Landesregierung wird dieses Projekt im engen Dialog mit der
2 betroffenen Bevölkerung und den beteiligten Verwaltungen und Unternehmen gestalten.
3 Dabei ist Transparenz in der Trassenplanung ebenso wichtig wie Abwägung von
4 ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen. Außerdem wird sie sich für die Stärkung der
5 dezentralen Energieversorgung durch Kommunen und Unternehmen stark machen.

6
7 Neben dem Netzausbau wird eine SPD-Landesregierung die Speichertechnologien fördern.
8 Sie müssen mit Hochdruck entwickelt und im industriellen Maßstab erprobt werden.
9 Gemeinsam mit dem Bund sollen Pilotprojekte zum Umbau konventioneller (Groß)-
10 Kraftwerke zu Innovationszentren für Strom- und Speichertechnologien entwickelt werden.
11 Außerdem sind Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen wichtig, die Forschung und
12 Entwicklung von Speichertechnologien, dynamischer Netzauslastung, Strom-zu-Wärme- und
13 Strom-zu Gas-Technologien betreiben.

14
15 • Sicheres Ende der Atomkraft

16 Die SPD setzt sich seit den 1980-er Jahren für den Ausstieg aus der atomaren
17 Energiegewinnung ein. Vor allem deren angebliche Kosteneffizienz ist spätestens dann
18 widerlegt, wenn die Entsorgung der atomaren Abfälle berücksichtigt wird. Bis heute sind
19 dabei die Wirkungsmechanismen von radioaktiver Niedrigstrahlung nicht ausreichend
20 bekannt. Auch das macht den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie und die Erforschung
21 der Niedrigstrahlung notwendig.

22
23 Eine SPD-Landesregierung fordert, dass das marode Bergwerk Asse II schnellstmöglich
24 gesichert wird und die Atomabfälle zurückgeholt werden. Der Betreiber muss unverzüglich
25 einen genauen Zeit- und Ressourcen-Plan vorlegen, der die Arbeiten zur Rückholung und
26 die Notfallmaßnahmen enthält. Der Atommüll im Bergwerk muss möglichst trocken gelagert,
27 ein weiteres Durchnässen durch aktive Maßnahmen begrenzt werden. Eine SPD-
28 Landesregierung fordert weiter, dass unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Asse
29 die Situation von Schacht Konrad im Rahmen des Endlagersuchverfahrens neu bewertet
30 wird. Die Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe ist eine Mindestanforderung.

31
32 Die SPD steht zu der gesellschaftlichen Aufgabe, ein verursacherfinanziertes Endlager für
33 radioaktive Abfälle in Deutschland zu errichten. Das Verfahren muss von Anfang an
34 transparent unter Bürgerbeteiligung stattfinden und die Untersuchung alternativer Standorte
35 einschließen. Ein ergebnisoffenes Suchverfahren soll den Standort – ein Endlagerbergwerk
36 in einer tiefen geologischen Formation – mit der bestmöglichen Sicherheit ermitteln, der den

1 hohen Sicherheitsanforderungen für Menschen und Umwelt gerecht wird. Gorleben hält die
2 SPD als Endlager für ungeeignet, da eine unbelastete Erkundung dort nicht erfolgen kann.

3

4 Eine SPD-Landesregierung setzt sich für häufigere und strengere Kontrollen der
5 Atomkraftwerke Grohnde und Emsland ein. Betreiber und Aufsicht müssen dafür weiterhin
6 ausreichend qualifiziertes Personal vorhalten. Der Rückbau der AKW-Standorte soll in einem
7 transparenten Verfahren ablaufen. Zwischen vorübergehendem Einschluss und sofortigem
8 Rückbau muss in einem öffentlichen Diskurs abgewogen werden.

9

10 Eine SPD-Landesregierung fordert, dass die Funktionsfähigkeit der Behälter, Gebäude und
11 technischen Anlagen für zwischengelagerten Atommüll aller Klassen zyklisch überprüft wird.
12 Mängel sind umgehend zu beseitigen. Dokumentationen über die Inhaltsstoffe der Behälter
13 sind zu pflegen und aktuell zu halten. Statt ihrer Vernichtung bei formalem Ablauf der
14 Aufbewahrungspflicht müssen die Dokumentation solange erhalten werden wie von dem
15 Atommüll Gefahren ausgehen.

16

17

18 **2. Gesunde Ernährung vom Land**

19 • Zukunftsperspektive durch schonende Agrar- und Ernährungswirtschaft

20 Niedersachsen ist Agrarland Nummer 1 in Deutschland. Mit rund 40.000 landwirtschaftlichen
21 Betrieben und 390.000 Beschäftigten bilden Agrar- und Ernährungswirtschaft die
22 zweitstärkste Wirtschaftsbranche des Landes. Aber: Verbraucherinnen und Verbraucher
23 fordern, die Lebensmittelproduktion umwelt- und tiergerechter sowie sozialverträglicher zu
24 gestalten. Die traditionellen Produktionssysteme im Agrarbereich mit ihren negativen
25 Auswirkungen auf Artenvielfalt und Bodenfruchtbarkeit sowie auf Grund- und
26 Oberflächengewässer stehen in der Kritik.

27

28 Die Politik einer SPD-Landesregierung ist auf eine leistungsfähige Agrar- und
29 Ernährungswirtschaft ausgerichtet, die frei von Gentechnik arbeitet, sich auf Nachhaltigkeit
30 und Tierwohl verpflichtet und ressourcenschonend qualitativ hochwertige Lebensmittel
31 produziert. „Vom Acker bis zur Ladentheke“: In diesem Leitsatz ist ein hohes Maß an
32 Lebensmittelsicherheit und Qualitätskontrolle durch lückenlose Rückverfolgbarkeit garantiert.
33 Eine solche Zielsetzung schließt die Zukunftsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft
34 ein.

35

36 Ziel einer SPD-Landesregierung ist es deshalb, das Tierwohl zu verbessern, eine
37 Abwanderung der Tierhaltung zu vermeiden und bäuerliche Strukturen zu stärken, um eine
38 nachhaltige Produktionsweise im ländlichen Raum zu fördern.

1 • Marktchancen für „Bio“ nutzen

2 Der Lebensmittelmarkt fordert neben der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln höchster
3 Qualität auch regionale, vegetarische oder vegane Produkte. Das eröffnet der Agrar- und
4 Ernährungsbranche neue Absatzchancen, die konsequent genutzt werden müssen. Eine
5 SPD-Landesregierung wird die Forschung auf diesen Gebieten stärken und den
6 Wissenstransfer in der Agrar- und Ernährungsforschung intensivieren. Neue technologische
7 Verfahren sichern die hohe Qualität der Lebensmittel.

8

9 Besonderes Augenmerk gilt dem Ökolandbau. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln ist
10 ungebrochen. Eine SPD-Landesregierung wird Agrarbetriebe darin unterstützen,
11 Marktchancen im Biosegment zu nutzen und ökologisch bewirtschaftete Flächen weiter
12 ausbauen. Über die niedersächsische Marketinggesellschaft sollen Initiativen zur
13 Vermarktung regionaler Produkte unterstützt werden.

14

15 • Mehr Tierwohl in der Landwirtschaft

16 Tierhalter sollen ihre hochwertigen Produkte im Einklang mit den gesellschaftlichen
17 Anforderungen erzeugen. Dafür müssen sie die Tierhaltungssysteme stärker an die
18 arteigenen Bedürfnisse der Tiere anpassen. Gemeinsam mit dem Berufstand will eine SPD-
19 Landesregierung die Tierschutzstandards des niedersächsischen Tierschutzplans in diesen
20 Betrieben schrittweise auf einer verlässlichen Basis umsetzen. Dazu soll eine nationale
21 Nutztierstrategie erarbeitet und möglichst bundeseinheitlich umgesetzt werden.

22

23 Eine SPD-Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass sich Bund, Länder, Wirtschaft,
24 NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und Wissenschaft auf ein gemeinsames Vorgehen in
25 der Tierwohldebatte verständigen. Innerhalb der nächsten fünf Jahre müssen Ziele und
26 Maßnahmen für Haltung, Zucht und Fütterung von Nutztieren – Stichwort: „Stall der Zukunft“
27 – in einem nationalen Aktionsplan festgeschrieben werden. Dazu sollen praktische
28 Erfahrungen und Forschungserkenntnisse zusammengeführt, in einem
29 Tierwohlkompetenzzentrum koordiniert und über eine Informationsplattform verfügbar
30 gemacht werden. In einer nationalen Nutztierstrategie soll ein ergänzter einheitlicher
31 Rechtsrahmen wesentliche gesetzliche Vorgaben der Tierproduktion zusammenfassen – vor
32 allem Tierschutzrichtlinien, Hygienevorschriften und das Arzneimittelrecht. Einheitliche
33 Indikatoren sollen Tierhaltern und Behörden Hinweise auf Optimierungsbedarf geben und
34 eine objektive Beurteilung von Tierhaltung erlauben.

35

36 Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass bürokratische und rechtliche Hürden für
37 den Bau oder Umbau tiergerechterer Haltungssysteme abgebaut werden. Förderprogramme

1 von Land, Bund und EU für tiergerechtere Haltung sollen den Landwirten, unabhängig von
2 der Größe ihres Betriebs, dabei helfen. Die Menschen vor Ort müssen bei der Ansiedlung,
3 Modernisierung und Neubau von Tierhaltungsanlagen eingebunden werden. Nur durch
4 allgemeine Information und gesellschaftliche Einbindung kann sich Nutztierhaltung positiv
5 weiterentwickeln.

6

7 • Nährstoffüberschüsse kontrollieren und besser verteilen

8 In viehstarken Regionen sind Geruchsemissionen sowie hohe Belastung von Boden,
9 Oberflächen- und Grundwasser durch Nährstoffeinträge wie Gülle unvermeidlich. Zusätzlich
10 fallen Gärreste aus Biogasanlagen als verwertbare Nährstoffmengen an. Künftig müssen die
11 Nährstoffkreisläufe durch eine stärker an Agrarflächen gebundene Tierhaltung geschlossen
12 werden. Flächenbewirtschaftung und Tierhaltung müssen wieder zusammenwachsen.

13

14 Eine SPD-Landesregierung wird für die Kontrolle der Nährstoffströme sorgen und Verstöße
15 gegen geltendes Recht ahnden. Sie wird auf Landesebene den Rechtsrahmen dafür
16 weiterentwickeln. Eine Lösung könnte der Transport von Gülle in Ackerbauregionen durch
17 zertifizierte Lohnunternehmen sein: Allerdings müssen noch Verfahren für diese Transporte
18 nach festgelegten Standards entwickelt werden. Dabei werden auch Aufbereitungsanlagen in
19 den tierhaltenden Regionen und Güllelagerstätten in Ackerbauregionen unterstützt.
20 Wirtschaftsdünger soll bedarfsgerecht und bodenschonend mit moderner emissionsarmer
21 Verteiltechnik ausgebracht werden. Schließlich sollen stickstoff- und phosphatreduzierte
22 Futtermitteln nach DLG-Standards den Nährstoffgehalt in der Gülle reduzieren.

23

24 • Tierschutz für Haus- und Zootiere

25 Der allgemeine Tierschutz gilt für Haustiere und exotische Tiere in Zoos wie auch für
26 herrenlose Tiere. Um dieses Anliegen speziell im Agrarministerium stärker zu gewichten, hat
27 eine SPD-Landesregierung einen Tierschutzbeauftragten etabliert und das Klagerecht für
28 Tierschutzverbände eingeführt. Es soll auf seine Wirksamkeit überprüft werden.

29

30 • Verbraucherschutz: Information, Transparenz und Sicherheit für Konsumenten

31 Ob intransparente Finanzmärkte, Missbrauch bei privater Altersvorsorge, unübersichtliche
32 Internetdienste oder unkorrekte Strom- und Telefonverträge: Die SPD achtet die
33 Schutzrechte von Verbraucherinnen und Verbraucher hoch und wird sie weitgehend vor
34 unsicheren Produkten, unlauteren Geschäftspraktiken und Datenmissbrauch schützen.
35 Verbraucherinnen und Verbraucher sind auf kompetente, unabhängige Beratung
36 angewiesen. Nur so können sie souverän Entscheidungen treffen und als Partner im Handel
37 auftreten. Dafür sind starke und unabhängige Verbraucherorganisationen unverzichtbar.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36

Für eine SPD-Landesregierung ist es eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, dass auf den Märkten nicht nur gute Produkte und Dienstleistungen gehandelt werden, sondern dass es über alle Angebote umfassende und transparente Informationen gibt. Das schützt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor Risiken und wahrt ihre Rechte. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung Verbraucherschutz und die Arbeit der Verbraucherzentrale massiv gestärkt: durch gesetzlich abgesicherte institutionelle Förderung und über die Unterstützung von geeigneten Projekten. Aktuelles Beispiel dafür ist als unabhängige Interessenvertretung der „Marktwächter Energie“. Diesen Weg wird sie konsequent weiter verfolgen.

3. Gesundheit schützen und Gesundheit schaffen

• Flächendeckende Krankenhausversorgung als Gebot der Daseinsvorsorge

Die SPD-geführte Landesregierung hat in einem Kraftakt 1,357 Milliarden Euro zum Abbau von Sanierungsstaus bis 2020 bereitgestellt, um die Bedeutung einer flächendeckenden Krankenhausversorgung zu unterstreichen. Dies gehört zu den Leitprojekten einer künftigen SPD-Landesregierung. Ein neuerlicher Investitionsstau soll durch eine erhebliche Aufstockung der Instandhaltungsmittel verhindert werden. Dabei erfolgt die Finanzierung des Krankenhausbaus weiter auf der Basis von Einzelinvestitionen. Förderung „mit der Gießkanne“ über Baupauschalen und Investitionsbewertungsrelationen sind abzulehnen, weil sie die Steuerungsmöglichkeit des Landes für eine flächendeckende Krankenhausversorgung deutlich einschränken würden.

Flächendeckende Krankenhausversorgung gehört zu den wesentlichen Elementen der Daseinsvorsorge. Die Wohnortnähe eines Krankenhauses spielt insbesondere in den ländlichen Regionen eine große Rolle. Patientinnen und Patienten erwarten überall eine qualitativ gute und sichere Krankenhausbehandlung. Pflegepersonal sowie Ärztinnen und Ärzte sollen angemessen auf die Patientinnen und Patienten eingehen können.

Doch die Realität sieht anders aus: Rationalisierungsdruck aufgrund unzureichender Finanzierung durch Krankenkassen und überzogene Gewinninteressen einzelner Krankenhausträger haben zu Missständen geführt: So wurde mancherorts unverhältnismäßig Pflegepersonal abgebaut, so dass für Patientinnen und Patienten immer weniger „Zeit am Bett“ bleibt. Eine SPD-Landesregierung wird es nicht hinnehmen, dass ein wirtschaftlich arbeitendes, bedarfsnotwendiges Krankenhaus mit steigenden Patientenzahlen Personal abbauen muss, nur um Kostensteigerungen aufzufangen.

1 Krankenhäuser haben zunehmend Probleme, ärztliches und pflegerisches Fachpersonal zu
2 finden. Es ist ein Wettbewerb um gut ausgebildete Fachkräfte entbrannt, der sich absehbar
3 verschärfen und die Versorgungsqualität bedrohen wird. Eine SPD-Landesregierung wird
4 alles tun, um eine wohnortnahe und gute Krankenhausversorgung zu gewährleisten. Auf der
5 Grundlage des Krankenhausstrukturgesetzes (KHSG) wird sie Regelungen zur
6 Qualitätsvorgaben, zur Einführung planungsrelevanter Qualitätskriterien und zu Vorgaben
7 über Sicherstellungszuschläge vorantreiben. Dazu gehört auch die Planung für eine
8 leistungsfähige „Krankenhauslandschaft“. Insbesondere in den ländlichen Regionen müssen
9 Krankenhäuser die sektorale Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung
10 durch übergreifende Versorgung aufheben.

11

12 Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass

- 13 Pflegekräftemangel und Probleme bei der Nachbesetzung freierwerdender
14 Arztstellen durch enge Zusammenarbeit beider Bereiche entschärft werden;
- 15 bessere Abstimmung von ambulanten und stationären Untersuchungs- und
16 Behandlungsleistungen für eine Optimierung der Ressourcen sorgt;
- 17 medizinische Geräte zum Wohl der Patientinnen und Patienten und zur
18 effizienteren Gestaltung der Behandlungsabläufe gemeinsam genutzt werden.

19 Schon heute bieten Modellvorhaben die Möglichkeit zur intersektoralen Zusammenarbeit. In
20 kommunale Gesundheitszentren gibt es unterschiedliche ambulante Versorgungsangebote
21 unter einem Dach. Eine SPD-Landesregierung wird solche Projekte mithilfe neuer
22 Gesundheitsregionen ausbauen und medizinische Versorgungszentren in kommunaler
23 Trägerschaft fördern. Bei komplexen Krankheitsbildern sollen die Patientinnen und Patienten
24 möglichst in spezialisierten Einrichtungen aufgenommen werden. Darum sind an größeren
25 Krankenhäusern überörtliche und übergreifende Wahrnehmung von Aufgaben und
26 Schwerpunktbildungen sinnvoll. Überörtliche Kompetenzzentren sollen mit Fachwissen
27 kleine Krankenhäuser in der Fläche unterstützen. Die SPD wird dabei auch die Versorgung
28 mit Hebammen und Geburtshelfern im Blick behalten. Sie sind für eine gute gesundheitliche
29 Versorgung von Frauen und ihren Kindern unverzichtbar.

30 ● Prävention und Gesundheitsförderung müssen alle erreichen

31 Prävention und Gesundheitsförderung sind wichtige Bausteine der Gesundheitsversorgung.
32 Mit dem 2016 vom Bund verabschiedeten Präventionsgesetz haben Krankenkassen mehr
33 Möglichkeiten, einzelne präventive Maßnahmen zu fördern. Das allein reicht allerdings nicht
34 aus. Denn angesichts der komplexen Einflussfaktoren auf Gesundheit und Krankheit muss
35 eine erfolgreiche Prävention in der gesamten Gesellschaft verankert werden. Neben

1 individuellem Verhalten spielen die Lebensverhältnisse dabei eine entscheidende Rolle. Das
2 wiederum macht die enge Kooperation unmittelbar berührter Handlungsfelder wie Bildungs-,
3 Arbeits- und Sozialpolitik nötig.

4
5 Mit dem Masterplan „Gesundheitswirtschaft“ hat die SPD-geführte Landesregierung den
6 Rahmen für eine politikfeldübergreifende Präventionsstrategie geschaffen. Nun will sie
7 modellhaft unterschiedliche Ansätze erproben und wissenschaftlich evaluieren lassen. Der
8 Einfluss der sozialen Lage auf den Gesundheitszustand ist hinreichend belegt.
9 Präventionsmaßnahmen des Landes zielen deshalb auf Verbesserung der Lebenslage sozial
10 benachteiligter Personengruppen ab. Daher sollen präventive und gesundheitsfördernde
11 Maßnahmen insbesondere an Grund- und Hauptschulen angeboten werden, um jungen
12 Menschen die Chance zu geben, Gesundheitsinformationen zu verstehen und sich frühzeitig
13 darüber aufklären zu lassen: damit sie ein gesundes Leben führen können.

14
15 • Kampf gegen MRSA-Keime

16 Die vielfachen Resistenzbildungen gegen Antibiotika und insbesondere gegen das
17 Methicillin-resistente Staphylococcus aureus-Bakterium (MRSA) müssen eingedämmt
18 werden. Für eine SPD-Landesregierung ist dies eine der zentralen Herausforderungen bei
19 der Verhinderung von Infektionsübertragungen. Prävention spielt dabei eine wichtige Rolle,
20 zum Beispiel durch flächendeckende Speicheltests vor operativen Eingriffen und Hygiene in
21 Einrichtungen des Gesundheitswesens. Dazu gehört auch der Einsatz von zielgerichteten
22 Antibiotikatherapien.

23
24 • Modellprojekte für eine bessere Notfallversorgung

25 Gerade im Flächenland Niedersachsen muss die Notfallversorgung gut koordiniert und
26 ausgestaltet sein. Die bisherige Aufgabenteilung zwischen kassenärztlichem
27 Bereitschaftsdienst, Notfallambulanzen an den Krankenhäusern und medizinischem
28 Rettungsdienst kann Erkrankten und Angehörigen offenbar nur schwer vermittelt werden. So
29 kommt es immer wieder zu Fehlorientierung von Patientinnen und Patienten mit der Folge,
30 dass vielbeschäftigten Rettungsdiensten und überlaufenden Notfallambulanzen die
31 Kapazitäten für echte Notfälle fehlen.

32
33 Deshalb will eine SPD-Landesregierung den vertragsärztlichen Bereitschaftsdienst und die
34 Notaufnahme der Krankenhäuser zusammenführen. Bereits heute tragen die Krankenhäuser
35 nachts, an Wochenenden und an Feiertagen die Hauptlast einer funktionierenden
36 Notfallversorgung. Durch räumliche Verschmelzung von vertragsärztlichem Notdienst und
37 Krankenhaus-Notfallambulanz können Personal und medizinische Geräte gemeinsam

1 genutzt werden. In Modellprojekten soll die Zusammenarbeit zwischen niedergelassenen
2 Ärzten und Notfallambulanzen in Kliniken neu strukturiert werden: Sie sollen eine einheitliche
3 und vorgelagerte Anlaufstelle für die medizinische Versorgung und den weiteren
4 Behandlungsweg bilden. Die Einrichtung solcher Portalpraxen wird vom Land gefördert.

5
6 • Für bessere ärztliche Versorgung auf dem Lande

7 Demografische Entwicklung und Bevölkerungskonzentration in Metropolregionen erschweren
8 eine gute ärztliche Versorgung auf dem Lande. Eine SPD-Landesregierung wird auf
9 verschiedenen Wegen gegen diese problematische Situation angehen:

- 10 Anreizsysteme sollen Ärztinnen und Ärzte zur Übernahme freierwerdender
11 Landpraxen motivieren.
- 12 In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen (KVN)
13 und den Krankenkassen soll Ärztinnen und Ärzten die Vereinbarkeit von Beruf
14 und Familie durch neue Strukturen erleichtert werden.
- 15 Für das Medizinstudium soll eine Landarztquote eingeführt werden.
- 16 In Ergänzung zu Einzelpraxen werden Ärztehäuser, medizinische
17 Versorgungszentren und Zweigniederlassungen gefördert, die neben der
18 Freiberuflichkeit Arbeitsplätze für angestellte junge Ärztinnen und Ärzte bieten.
- 19 Kleine Krankenhäuser in ländlichen Regionen sollen als Basis für
20 Gesundheitszentren mit Fachärzten und Vertretern aus weiteren Medizinberufen
21 dienen. So ist die Vernetzung von ambulanten und stationären Strukturen zu
22 verbessern.
- 23 Vor allem in dünn besiedelten Regionen soll mit Modellprojekten der Arztbesuch
24 in Mittelzentren durch öffentlichen Nahverkehr erleichtert werden: Ohne das
25 Hausarztprinzip abzuschaffen, wird so die begrenzte Zahl von Ärztinnen und
26 Ärzten optimal eingesetzt.
- 27 Ausgebaut werden Projekte wie der Einsatz von Versorgungsassistentinnen in
28 der Hausarztpraxis (VERAH), die mit hochqualifizierten Leistungen wie Impf-,
29 Medikations- und Wundmanagement Ärztinnen und Ärzte entlasten. Die
30 Einbeziehung von ambulanten Pflegediensten wird gefördert.

31
32 • Psychiatrie von morgen

33 Psychosoziale Probleme stellen ein wachsendes Risiko für die körperliche und seelische
34 Gesundheit der Menschen dar. Die größten Risiken sind dabei Armut und Einsamkeit,
35 Arbeits- und Wohnungslosigkeit – zunehmend aber auch berufsbedingte Belastungen. Von

1 den Fachkräften der Gesundheits- und Sozialdienste sind heute verstärkte psychosoziale
2 Kompetenzen gefragt.

3

4 Eine SPD-Landesregierung will für kranke Menschen im Alltag Selbsthilfe und
5 bürgerschaftliches Engagement stärken und dabei die präventive Arbeit
6 gemeinwohlorientierter Träger und Vereine stärker einbeziehen. Sie wird die Integration
7 qualifizierter psychiatrieerfahrener Genesungsbegleiter in psychiatrischen Hilfsangeboten
8 fördern. Psychiatrische und psychotherapeutische Fachdienste sollen zu festen
9 Bestandteilen der sozialen und gesundheitlichen Infrastruktur einer Region werden. Ziel ist
10 ein flächendeckendes, wohnortnahes und bedarfsgerecht ausgestaltetes, flexibles Netz von
11 leicht zugänglichen Angeboten, die von akuter Krisenintervention über langfristige Betreuung
12 bis zu komplexen Hilfen reichen.

13

14 Flächendeckende Versorgungsregionen sollen die nachbarschaftliche kommunale
15 Zusammenarbeit beim Auf- und Ausbau eines gut koordinierten Hilfesystems erleichtern.
16 Große Bedeutung kommt dabei Sozialpsychiatrischen Verbänden und den
17 Sozialpsychiatrischen Diensten zu. Kern wohnortnaher Versorgung sollen
18 Gemeindepsychiatrische Zentren werden. Zu ihren wichtigen Aufgaben gehört ein mobiler
19 interdisziplinärer Krisen- und Notfalldienst, der gemeinsam mit der zuständigen Klinik auf
20 Regionsebene täglich rund um die Uhr zur Verfügung steht.

21

22 Eine SPD-geführte Landesregierung will das Niedersächsische Gesetz über Hilfen und
23 Schutzmaßnahmen für psychisch Kranke (NPsychKG) novellieren und einen
24 Landespsychiatrieplan mit weitreichenden Empfehlungen erarbeiten. Eine Landesstelle
25 Psychiatriekoordination soll die Aktivitäten bündeln und die interne wie externe Kooperation
26 zwischen Land und Kommunen, Sozialversicherungsträgern und Leistungserbringern
27 unterstützen. Zur Stärkung der landesweiten und kommunalen Koordination und Steuerung
28 soll die Psychiatrieberaterstattung intensiviert werden.

29

30

31 **VI. GUTE ARBEIT UND GESUNDE WIRTSCHAFT IN NIEDERSACHSEN**

32

33 **1. Gute Arbeit im Mittelpunkt**

34 **• Potenziale optimal ausschöpfen**

35 Die Digitalisierung der Wirtschaft, neue Geschäftsmodelle, Wertschöpfungsketten und
36 Steuerungsprozesse werden Wirtschaft und Arbeitswelt grundlegend verändern. Für eine
37 SPD-Landesregierung bleibt in diesem Prozess die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ein

1 zentrales Aufgabenfeld. Der technologische Fortschritt muss der Aufwertung von Arbeit
2 dienen. Es gilt, die Potenziale digitaler Produktion und smarterer Dienstleistungen optimal
3 auszuschöpfen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden.
4

5 Eine sichere Fachkräftebasis ist eine zentrale Voraussetzung für die künftige Innovations-
6 und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Zugleich bietet Qualifikation eine große Chance
7 auf Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt. Eine SPD-Landesregierung steht dabei vor
8 fundamentalen Herausforderungen – dem demografischen Umbruch und der rasant
9 fortschreitenden Digitalisierung: Hohe Bedarf an Fachkräften steht im Gegensatz zu
10 schrumpfendem Potenzial an Erwerbstätigen. Gleichzeitig steigt der Altersdurchschnitt der
11 Belegschaften und erfordert neue Konzepte in Personalentwicklung und Arbeitsorganisation.
12
13

14 ● Bildungserfolge durch duales System

15 Der Schlüssel zur Lösung dieser Probleme heißt Bildung. Dabei stellt das duale System der
16 Berufsausbildung eine Stärke des deutschen Bildungssystems dar. Deshalb ist auf die
17 Qualität der beruflichen Ausbildung, aber auch auf die Gestaltung des Übergangs von
18 Schule zu Beruf ein besonderes Augenmerk zu richten.
19

20 Die Diskussion um das Verhältnis beruflicher und akademischer Bildung führt oft in die Irre.
21 Beides ist notwendig. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb in der gesamten
22 Bildungskette Anstrengungen unternehmen, vorhandene Potenziale auszuschöpfen und das
23 Bildungsniveau durch lebenslanges Lernen zu erhöhen. Dazu gehört die Überleitung von
24 Studienabbrechern in die duale Ausbildung und das Berufsabitur, um die Systeme
25 durchlässig zu halten.
26

27 Die SPD-geführte Landesregierung hat mit den Initiativen für frühkindliche Bildung und dem
28 Ganztagschulprogramm einiges erreicht. Diese Bereiche sollen intensiv weiterbearbeitet
29 werden. In enger Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern und den Kammern wird die SPD
30 nun den Einstieg in Arbeit und den Aufstieg im Arbeitsmarkt besser organisieren. Dies wird
31 folgende Maßnahmen erfordern:

- 32 Förderung von Geringqualifizierten,
- 33 Nachqualifizierung junger Erwachsener,
- 34 intensive Hilfen zur Integration von Migrantinnen und Migranten,
- 35 eine wirksamere Unterstützung von Langzeitarbeitslosen,

- 1 □ Steigerung der Beschäftigungsquoten bei Bevölkerungsgruppen, die auf dem
2 Arbeitsmarkt benachteiligt sind – Frauen, Migrantinnen und Migranten, Ältere und
3 Menschen mit Beeinträchtigungen.

4
5
6 ● Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte

7 Für den Wettbewerb um qualifizierte Kräfte auf dem globalisierten Markt sind vor allem jene
8 Unternehmen und Arbeitgeber, Standorte und Regionen gewappnet, die ihren Beschäftigten
9 attraktive Arbeitsbedingungen bieten können. Für die langfristige Bindung vorhandener
10 Fachkräfte sowie für die Nachwuchsgewinnung spielen stabile Beschäftigungsverhältnisse
11 und gute Arbeits- und Lebensbedingungen eine zentrale Rolle.

12
13 Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rücken zunehmend die Vereinbarkeit von Beruf
14 und Familie sowie eine ausgewogene Balance zwischen Arbeit und Freizeit in den
15 Mittelpunkt. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gehört auch die Versorgung von älteren
16 pflegebedürftigen Angehörigen. Deshalb sollen kleine und mittlere Betriebe (KMU) und das
17 Handwerk beim Aufbau neuer Strukturen gefördert werden, wenn sie ihren Beschäftigten
18 hier Hilfestellungen geben wollen, um sie als Fachkräfte im Unternehmen zu halten.

19
20 ● Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs

21 Qualifizierte Nachwuchskräfte suchen attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu zählen vor allem
22 Unternehmenskultur und Führungsstil, Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten,
23 individuelle Karriere- und Aufstiegsprogramme. Mit den neuen technischen Möglichkeiten,
24 wie sie zum Beispiel das Smartphone bietet, sind viele Tätigkeiten nicht mehr an einen
25 betrieblichen Arbeitsplatz gebunden. Das gibt den Beschäftigten auf der einen Seite mehr
26 Flexibilität. Auf der anderen Seite besteht durch die damit verbundene Arbeitsverdichtung
27 und die ständige Erreichbarkeit die Gefahr der Entgrenzung von Beruf und Privatleben.

28
29 Eine SPD-Landesregierung wird die Beschäftigten mit diesem Problem nicht allein lassen.
30 Sie setzt sich für faire betriebliche Vereinbarungen ein, die Flexibilität ermöglichen – zugleich
31 jedoch der ständigen Beanspruchung des Arbeitnehmers deutliche Grenzen setzen.

32 Unternehmen und Arbeitnehmervertretungen sind gefordert, im Rahmen der betrieblichen
33 Personalpolitik die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten durch gute Arbeitsbedingungen bis ins
34 Rentenalter zu erhalten. Altersgerechte und -differenzierte Bedingungen am Arbeitsplatz sind
35 Voraussetzungen zum Erhalt und zur Förderung der Gesundheit, der Kompetenz und der
36 Motivation der Beschäftigten.

1 Eine SPD-Landesregierung wird das Spannungsverhältnis zwischen Flexibilität und sozialer
2 Absicherung neu definieren und den Veränderungsprozess offensiv gestalten. Dabei müssen
3 gesetzliche Rahmenbedingungen, Tarifverträge und betriebliche Vereinbarungen
4 ineinandergreifen – zum Beispiel durch gesetzliche Regelungen, die tarifgebundenen
5 Betrieben mehr Flexibilität erlauben.

6
7 ● Perspektive für Langzeitarbeitslose: sozialer und inklusiver Arbeitsmarkt

8 Der Arbeitsmarkt ist gespalten: Zwar senkt der anhaltende Stellenboom die Arbeitslosigkeit
9 Stück für Stück, zugleich aber verharrt die Anzahl der Langzeitarbeitslosen mit mehr als
10 einer Million Menschen auf hohem Niveau. Langzeitarbeitslose sind dauerhaft von
11 gesellschaftlicher Teilhabe abgehängt. In Niedersachsen suchen knapp 100.000 Menschen
12 schon länger als ein Jahr einen Arbeitsplatz. Persönliche Risikofaktoren sind dabei vor allem
13 die Betreuung eines Kindes unter drei Jahren, fehlende oder geringe Qualifikation,
14 sprachliche Defizite, gesundheitliche Einschränkungen, höheres Lebensalter und
15 herkunftsbedingte Diskriminierung.

16 Das oberste Ziel einer SPD-Landesregierung ist es, diesen Menschen einen Arbeitsplatz auf
17 dem regulären Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Dazu braucht es eine nachdrückliche
18 berufliche und individuelle Nachqualifizierung und natürlich eine Wirtschaftspolitik, die mehr
19 Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus ist das in der vergangenen Legislaturperiode mit zehn
20 Millionen Euro aufgelegte Landesprogramm gegen Langzeitarbeitslosigkeit auszubauen: Ein
21 sozialer Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Aspekt einer Teilhabegesellschaft.

22
23 Eine öffentlich geförderte Beschäftigung für 1.000 Langzeitarbeitslose in Niedersachsen:
24 Diese Initiative der SPD-geführten Landesregierung kann angesichts der hohen Zahl von
25 Langzeitarbeitslosen nur ein erster Schritt sein. Auf Sicht soll ein sozialer und inklusiver
26 Arbeitsmarkt entstehen, der allen Menschen offensteht. Denn auskömmliche,
27 sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist die beste Vorbeugung gegen drohende
28 Altersarmut. Bei allen Maßnahmen für eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt wird die
29 SPD insbesondere die Situation von Alleinerziehenden berücksichtigen. Sie brauchen
30 integrierte Programme, die auf die besondere Herausforderung von Vereinbarkeit von Familie
31 und Beruf abgestimmt sind.

32
33 **2. Sichere Arbeit in erfolgreichen Unternehmen**

34 ● Aktive Industriepolitik fortsetzen

35 Die strategischen Beteiligungen an Volkswagen und an der Salzgitter AG haben dazu
36 beigetragen, hochqualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze im Land zu halten. Anhaltendes
37 Kümmern um Unternehmen wie die Nordseewerke in Emden, die vom Strukturwandel

1 besonders betroffen sind, hat gemeinsam mit starken Partnern den Weg zu neuen
2 Entwicklungen geöffnet. Massives Werben bei der EU-Kommission in Brüssel um weitere
3 Befreiungen von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat verhindert, dass
4 energieintensive Unternehmen wie Stahlwerke, Zinkhütten oder die chemische
5 Grundstoffindustrie ins Ausland jenseits der EU-Grenzen abwandern.

6

7 So verstanden stellt aktive Industriepolitik den Markenkern sozialdemokratischer
8 Wirtschaftspolitik in Niedersachsen dar. Das soll so bleiben. Die SPD-geführte
9 Landesregierung hat sich in einer Bundesratsinitiative dafür eingesetzt, dass der Staat
10 kleinen und mittleren Unternehmen unbürokratisch zehn Prozent der forschungsbezogenen
11 Personalkosten erstattet. Das wird die Zukunftsfähigkeit dieser Betriebe sicherstellen –
12 funktioniert aber nur, wenn die Unternehmen künftig tatsächlich mehr in Forschung und
13 Entwicklung investieren.

14

15 Volkswagen und das engmaschige Netzwerk an Zulieferbetrieben bilden das industrielle
16 Zentrum des Landes. Der Wandel hin zu mehr E-Mobilität und zu autonom fahrenden
17 Fahrzeugen ist Chance und Herausforderung zugleich. Denn langfristig werden weniger
18 Arbeitskräfte in der Produktion für die „Hardware“ benötigt, stattdessen mehr im Bereich der
19 Programmierung, also der „Software“. Dies wiederum setzt berufsbegleitendes lebenslanges
20 Lernen der Beschäftigten voraus. Gleichzeitig werden gut ausgebildete Fachkräfte für die
21 neuen Anforderungen benötigt. Diesen Weg wird eine SPD-Landesregierung gemeinsam
22 und im engen Austausch mit Unternehmen und Mitarbeitern aktiv gestalten. Nur im
23 Erfolgsfall können die Unternehmen international wettbewerbsfähig bleiben – und
24 Niedersachsen kann seine Position als Automobilland Nr. 1 halten.

25

26 **3. Energieland Nr. 1 und Land der „Smart Energy“**

27 **• Chancen der Energiewende nutzen**

28 Eine SPD-Landesregierung wird die Leitmärkte Automobil- und Mobilitätswirtschaft, Logistik,
29 Energie, Agrar und Ernährung, Maritime Wirtschaft sowie Tourismus stärken. Sie wird
30 gleichzeitig den Megatrend Digitalisierung und die Sicherheit der Energieversorgung im Auge
31 behalten. Sie wird in jedem Fall aber die Standortvorteile Niedersachsens für offensive
32 Ansiedlungsstrategien nutzen: Energiekosten und Energiesicherheit werden durch
33 Atomausstieg und Energiewende zu maßgeblichen Standortfaktoren für Unternehmen.

34

35 Niedersachsen ist schon jetzt Energieland Nr. 1. Leistungsstarke Betriebe sind führend im
36 Bereich der Onshore-Windenergie. Mit der Ansiedlung von Siemens in Cuxhaven und der
37 Einrichtung des „Deutschen Offshore-Industrie-Zentrum“ ist die Grundlage für eine führende

1 Rolle auch bei der Winderzeugung auf See gelegt. Eine SPD-Landesregierung wird diesen
2 Sektor weiter ausbauen und das Offshore-Industrie-Zentrum zum Anker und Treiber der
3 Energiewende in Deutschland entwickeln. Dazu gehört auch ein eindeutiges Bekenntnis zum
4 Ausbau der Energienetze – wie auch die Förderung neuer Speichertechnologien. Der Bau
5 einer Großspeicherbatterie in Varel ist dabei ein erster wichtiger Meilenstein.

7 • Industriepolitischen Renaissance an der Küste

8 Eine SPD-Landesregierung wird die Energiewende zu einer industriepolitischen
9 Renaissance an der Küste nutzen. Die Ansiedlung von Siemens war der erste Schritt. Auf
10 dem Weg in eine langfristig allein aus erneuerbaren Energien gespeiste Stromproduktion ist
11 für die Versorgungssicherheit der Einsatz konventioneller Kraftwerke notwendig. Eine SPD-
12 Landesregierung setzt dabei auf effiziente, emissionsarme Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-
13 Kopplung. Sie sollen in umweltfreundlicher heimischer Produktion entstehen, um die
14 Erdgaspreise stabil zu halten und die Wertschöpfung im eigenen Land zu generieren.
15 Die Digitalisierung der Energiewende soll durch das Projekt „ENERA“ zukunftsfähig gestaltet
16 werden. Durch den damit verbundenen Einsatz intelligenter Technologien wird die
17 Energieversorgung effizienter. Niedersachsen soll nach dem Plan einer SPD-
18 Landesregierung zum Land der „Smart Energy“ werden. Energetische
19 Modernisierungsmaßnahmen sollen die Programme zur Städtebauförderung und zur
20 Dorferneuerung komplettieren. Sie dienen der Umweltpolitik und fördern zugleich das
21 Handwerk.

23 **4. Maritime Offensive an der Küste**

24 • Den Hafen Niedersachsen ausbauen

25 Eine SPD-Landesregierung will die niedersächsischen Häfen weiter ausbauen. 40.000
26 Arbeitsplätze hängen von ihnen und der maritimen Wirtschaft ab. Der JadeWeserPort in
27 Wilhelmshaven und die Offshore-Basis in Cuxhaven gehören zu den zentralen
28 Zukunftsinvestitionen und haben neue Segmente des Hafenumschlags erschlossen.
29 Bedeutend sind auch Hafenstandorte wie Emden für den Automobilumschlag, Brake für den
30 Futtermittelimport und für die Inselversorgung in Ostfriesland.

31
32 Ein Hafen ist nur so gut wie seine Verbindung ins Hinterland. Mit einer optimalen Anbindung
33 steht und fällt der Ausbau des „Hafen Niedersachsen“: per Straße – das unterstreicht die
34 Bedeutung der Autobahn A 20 –, aber insbesondere auch per Bahn. Deshalb ist eine
35 ausreichende Schienenanbindung für den JadeWeserPort so wichtig.

37 • Kapazitäten für den Gütertransport

1 Eine SPD-Landesregierung wird die Güterverkehrszentren in Niedersachsen entwickeln.
2 Diese wichtigen Logistik-Zentren dienen der Vernetzung der unterschiedlichen
3 Verkehrsträger. Es soll sichergestellt werden, dass auch noch im Jahr 2030 ausreichend
4 Kapazitäten auf der Schiene bestehen, um den Gütertransport zu bewältigen. Im Verlauf des
5 Dialogs mit den betroffenen Gebietskörperschaften, Institutionen und Bürgerinitiativen hat die
6 „Alpha“-Ausbauvariante für die modernisierte Schienenverbindung zur niedersächsischen
7 Küste den Zuschlag erhalten: Statt illusorischer Neubaustrecken wird es ein weiteres Gleis
8 zwischen Lüneburg und Uelzen sowie den Ausbau der bestehenden Strecken Rotenburg-
9 Verden und Langwedel-Uelzen geben.

10

11 Außerdem will eine SPD-Landesregierung Hafenumschlag und Schifffahrt ökologischer
12 gestalten. Dem dienen unter anderem die Kompetenzzentren „Green Shipping“ in Elsfleth
13 und Leer. Unabdingbar, gerade im globalen Wettbewerb, ist eine bessere Kooperation aller
14 Häfen in Norddeutschland. Dabei wird die voranschreitende Digitalisierung von
15 Logistikprozessen diese Kooperation unterstützen.

16

17 **5. Mobilität für Land und Wirtschaft**

18

19 • Automobilstandort Niedersachsen stärken

20 Die Automobilindustrie steht vor großen Herausforderungen. Digitalisierung und neue
21 Antriebstechnologien stehen dabei ebenso auf der Tagesordnung wie neue
22 Mobilitätskonzepte. Dabei steht natürlich Volkswagen und insbesondere die
23 niedersächsische Zulieferindustrie für die SPD im Fokus.

24

25 Eine SPD-Landesregierung wird weiter an einer engen Verzahnung von Herstellern und
26 Zulieferern arbeiten, um Produktion und Beschäftigung auch beim Umstieg auf neue
27 Technologien am Automobilstandort Niedersachsen voranzubringen. Im Mittelpunkt wird
28 dabei eine strategische Innovationspartnerschaft zwischen Herstellern und Zulieferindustrie
29 stehen. Damit lässt sich sicherstellen, dass Produktion und Beschäftigung auch beim
30 anstehenden Wandel zu mehr Elektromobilität bzw. alternativen emissionsfreien Konzepten
31 in Niedersachsen gesichert bleibt.

32

33 Die Sicherung der Arbeitsplätze bei allen Zulieferern und Ingenieur-Dienstleistern für VW
34 muss oberste Priorität haben. Das Umsteuern auf e-Mobilität muss gleichfalls politisch mit
35 den genannten Betrieben zu einer Erfolgsgeschichte ausgebaut werden. Hier darf es keine
36 Verlierer geben. Niedersachsen ist die Ingenieur- und Entwicklerregion Nr.1 – und dies muss
37 so bleiben. Daher will eine SPD-Landesregierung mit einer gezielten Innovationsstrategie

1 dem erwartbaren technischen Fortschritt immer einen deutlichen Schritt voraus sein.

2

3 Eine SPD-Landesregierung wird Niedersachsen auch bei der Elektromobilität zum
4 Vorreiterland machen. Das gilt für eine gut ausgebaute Ladeinfrastruktur ebenso wie für den
5 ÖPNV mit modernen Elektrobussen. Das erfolgreiche Konzept für den schienengebundenen
6 Personennahverkehr mit dem Wasserstoffzug von Alstom wird fortgesetzt. Ziel ist es, alle
7 niedersächsischen Bahnstrecken elektrisch und emissionsfrei zu befahren.

8

9 Das Auto trägt im Flächenland Niedersachsen auch künftig den Hauptanteil der Mobilität.

10 Das unterstreicht die große Bedeutung der Straßeninfrastruktur. Brücken, Autobahnen,
11 Bundes-, Landes- und kommunale Straßen müssen instandgehalten und modernisiert
12 werden. Darüber hinaus setzt sich eine SPD-Landesregierung für einen bedarfsgerechten
13 Lückenschluss im Straßennetz, insbesondere durch die Autobahnen A 20 und A 39 ein.

14

15 Die Telematik bietet hervorragende Chancen, um den Verkehr flüssiger und sicherer zu
16 machen. Dabei sollen bedarfsgerechte und kapazitätsoptimierte Verkehrsleitsysteme und
17 Temporegelungen nicht nur auf Autobahnen eingerichtet werden. Wichtig ist es, die
18 Telematik-Infrastruktur mit verbesserter und verbindlicher Sicherheitstechnik in den
19 Fahrzeugen zu vernetzen.

20

21 Autonom fahrende Fahrzeuge bieten neue Chancen im Personen- und Güterverkehr –
22 gerade im ländlichen Raum. Ihre Entwicklung wird mit der schrittweisen Erprobung und
23 Einführung in allen Landesteilen unterstützt. Gleiches gilt für Konzepte zur besseren
24 Lieferlogistik in den Städten, um den innerstädtischen Lkw-Verkehr zu reduzieren.

25

26 • Elemente eines zukunftsfähigen Personennahverkehrs

27 Ein wichtiger Schwerpunkt bleibt der Ausbau von öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV)
28 und Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Ein moderner, mit allen anderen Verkehrsarten
29 verknüpfter und barrierefreier öffentlicher Verkehr wird in Zukunft immer wichtiger. Eine SPD-
30 Landesregierung wird die Kommunen dabei bestärken, denn vor Ort werden die jeweils
31 passenden Instrumente eingesetzt. Im ländlichen Bereich ist ein Beförderungsmix wichtig,
32 der den Ausbau des ökologisch vorbildlichen ÖPNV, Mitfahrzentralen, Anrufsammeltaxis
33 oder Bürgerbusse umfasst.

34

35 Das Smartphone soll dabei als zentrales Informations- und Steuerungsmedium dienen.

36 Echtzeitinformation, gerade im ländlichen Raum, für abgestimmte Umsteigemöglichkeiten mit
37 der Verknüpfung von Carsharing, Bahn und Fahrrad sollen einfach, komfortabel und günstig
38 sein. Eine gezielte Förderrichtlinie soll innovative Auskunfts- und Ticketplattformen unter

1 Einbezug weiterer Verkehrsmittel im Mobilitätsverbund auf den Markt bringen. Ziel dieser
2 Initiative soll es sein, perspektivisch ein landesweites, regionsverknüpftes digitales
3 Auskunfts- und Ticketsystem umsetzen zu können – etwa durch Verknüpfung mit
4 Nutzeroberflächen angrenzender Räume. Außerdem wird eine SPD-Landesregierung die
5 Weiterentwicklung moderner Bezahlungsfunktionen vorantreiben. Angestrebt wird eine
6 landesweite Tarifstruktur mit Best-Price-Abrechnung.

7

8 Der Einsatz von Hybridbussen, elektrischen Bussen, Fahrzeugen mit Brennstoffzellenantrieb
9 oder alternativen Antrieben sollen modellhaft entwickelt werden. Das E-Bike erlangt
10 wachsende Bedeutung und gehört zur neuen Mobilität im ÖPNV. Gute Bike-and-Ride-Plätze,
11 sichere Rad- und Radschnellwege sowie optimale Verknüpfung mit Bus und Bahn gehören
12 zu den Elementen eines zukunftsfähigen Nahverkehrs.

13 Eine SPD-Landesregierung wird aufgegebene Bahnstrecken sinnvoll reaktivieren. Das
14 Schienennetz soll durch neue Haltepunkte an bestehenden Strecken und durch verbesserte
15 Fahrplanangebote verdichtet werden. Mit dem Ausbau der Bahnangebote sollen auch
16 länderübergreifende Kooperationen intensiviert werden. Nicht elektrifizierte Strecken werden
17 mit umweltfreundlichen Technologien betrieben, zum Beispiel mit wasserstoffbetriebenen
18 Fahrzeugen im Cuxhavener und Stader Land. Das Busliniennetz soll durch Landesbuslinien
19 dichter werden.

20

21 Die Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger gehört auch zu den Leitprojekten einer
22 SPD-Landesregierung. Gerade bei älteren Menschen kann ein gut vernetztes
23 Nahverkehrsangebot eine selbstständige Lebensführung erleichtern oder im ländlichen
24 Raum sogar erst ermöglichen. Der Alltag älterer Menschen ist vielfach geprägt von
25 Aktivitäten außer Haus, Einkäufen, Arztbesuchen, Spaziergängen und sozialen Kontakten.
26 Dies setzt generell die Möglichkeit zur Mobilität mit der Erreichbarkeit jeweiliger Ziele
27 voraus. Daher sind Mobilität und Erreichbarkeit wichtige Größen für die Gestaltung der sich
28 verändernden Gesellschaft.

29

30

31 **6. Innovation ist Zukunft**

32 ● Wirtschaft 4.0 erfolgreich gestalten

33 Wirtschaft 4.0 bedeutet Modernisierung mit modernen Informations- und
34 Kommunikationstechniken auf der Grundlage intelligenter, digital vernetzter Systeme. Die
35 niedersächsische Wirtschaft soll auf dem zentralen Feld des technologischen und sozialen
36 Wandels eine führende Rolle übernehmen. Es geht darum, die Chancen der Digitalisierung
37 in alle Landesteile zu tragen. Im Vergleich zu den Großunternehmen stehen vor allem

1 traditionell eher innovationsschwächere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und das
2 Handwerk dabei vor großen Herausforderungen. Sie müssen sich auf die neuen
3 Entwicklungen einstellen und in die neuen Technologien investieren: Sie müssen Anschluss
4 an die Welt der Wirtschaft 4.0 finden.

5
6 Eine SPD-Landesregierung sieht die Chance, dass sich Industrie und
7 Dienstleistungswirtschaft zum Leitmarkt und Leitanbieter für eine „Wirtschaft 4.0“ entwickeln.
8 Sie sucht deshalb nach Förderwegen, damit auch die KMU und das Handwerk den
9 Technologiesprung erfolgreich bewältigen können. Deshalb unterstützt sie das
10 „Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0“, das mit verschiedenen Standorten auch in der Fläche
11 präsent ist. Sie fördert zugleich den Ausbau des „Kompetenzzentrums Digitales Handwerk“
12 und von Start-ups.

13
14 Gleichzeitig wird eine SPD-Landesregierung eine gute Beratungs- und Förderstruktur
15 entwickeln, damit die durch Digitalisierung grundlegend veränderten Arbeitsprozesse und
16 Berufsbilder betrieblich umgesetzt werden können. Für die erfolgreiche Gestaltung der
17 Wirtschaft 4.0 und ihren unterschiedlichen Digitalisierungsformen ist es entscheidend, auf die
18 jeweiligen Branchen passgenau einzugehen. Deswegen stärkt eine SPD-Landesregierung
19 Netzwerke und wirtschaftliche Cluster. Das Innovationszentrum Niedersachsen ist das
20 zentrale Instrument dafür.

21
22 Das von der SPD-geführten Landesregierung bereits installierte „Netzwerk Industrie 4.0
23 Niedersachsen“ soll ausgebaut werden. Insbesondere kleinen und mittelständischen
24 Unternehmen hilft es, die digital vernetzten Prozesse optimal zu nutzen.

25

26 • Transfer von Technologie und Wissen gegen Innovationsschwäche

27 Eine SPD-Landesregierung wird für eine regional passgenaue Struktur des
28 Technologietransfers sorgen. Denn Strategien zum Wissens- und Technologietransfer sind
29 Grundlage bei der Bekämpfung von Innovationsschwäche. Aber auch die bereits schon
30 entwickelten Instrumente der Fachkräftesicherung müssen auf die neuen Anforderungen
31 eingestellt werden. Dabei sollen die Stärken der Universitäten und Fachhochschulen
32 konsequent genutzt werden, um die Produktentwicklung in den Unternehmen zu bereichern.

33

34 Transfer und wissenschaftliche Beratung haben an vielen Hochschulen neben Forschung
35 und Lehre einen eigenständigen Platz. Gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und
36 Organisationen und mit der Zivilgesellschaft arbeiten Hochschulen an neuen Ideen. So
37 leisten Hochschulen und Forschungseinrichtungen wie mit dem Südniedersachsenprogramm

1 erfolgreiche Beiträge zur regionalen Entwicklung. Aber noch immer bleiben viele Chancen
2 ungenutzt, die sich aus den Ideen der Hochschulen entwickeln ließen.

3

4 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb den Technologie- und Wissenstransfer, die
5 Kooperation von Hochschulen mit Wirtschaft und Gesellschaft in den Bereichen
6 Digitalisierung und Informatik, Nutzung neuer Energien und im Medizin- und
7 Gesundheitsbereich weiter ausbauen. Davon sollen besonders klein- und mittelständischen
8 Unternehmen profitieren. Eine Initiative des Landes zur Förderung von Start-ups aus den
9 Hochschulen gehört ebenfalls zu dieser Initiative.

10

11 Experten aus der Praxis sollen stärker in Auswahlprozesse der Forschungsförderung
12 einbezogen werden (expert review), um Gebrauchstauglichkeit und Nutzerfreundlichkeit der
13 Forschungsergebnisse zu erhöhen.

14 Eine SPD-Landesregierung wird Transferstrategien für die jeweilige Region zum Bestandteil
15 der strategischen Planung jeder Hochschule machen. Diese Transferstrategien sollen die
16 Hochschulen für Dritte öffnen und gleichzeitig die Autonomie der Hochschulen im
17 wissenschaftlichen Kern ihrer Aufgaben durch klare Spielregeln für die Forschungspartner
18 schützen.

19

20 Start-ups entwickeln Technologien und Produkte der Märkte von morgen. Sie sind die Basis
21 künftiger Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Insbesondere die Digitalisierung birgt die Chance
22 für neue Produkte und Geschäftsmodelle. Niedersachsen verfügt über eine lebendige Start-
23 Up-Szene. Eine SPD-Landesregierung will diese jungen Unternehmen im Land halten und
24 ihnen bestmögliche Startchancen geben. Sie wird die Start-ups mit maßgeschneiderten
25 Beratungsangeboten in Start-Up-Zentren fördern, ein Stipendienprogramm auflegen und
26 ihnen den Zugang zu Risikokapital, Business-Angels und Finanzinvestoren erleichtern. Sie
27 wird dafür den Risikokapitalfonds „NSeed“ auf 50 Millionen Euro aufstocken und weitere 50
28 Millionen Euro durch privates Kapital aus Niedersachsen aktivieren.

29

30 **7. Mittelstand und Handwerk stärken**

31 Mittelstand und Handwerk sind die Basis der Wirtschaft Niedersachsens. 70 Prozent der
32 Beschäftigten und 75 Prozent der Auszubildenden sind in den kleinen und mittleren
33 Unternehmen tätig. Der Mittelstand ist der wichtigste Arbeitsplatzmotor: Hier sind allein seit
34 2010 mehr als 200.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Eine SPD-Landesregierung wird die
35 kleinen und mittleren Unternehmen auch in Zukunft durch aktive Wirtschaftsförderung
36 unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel betriebliche Innovations- und Investitionsförderung.
37 Diese Mittel sollen möglichst verstetigt werden, damit Niedersachsen auch in der neuen EU-

1 Förderperiode ab 2021 Fördergebiet bleibt. Einen besonderen Fokus liegt auf der
2 Unterstützung der KMU bei der Fachkräftesicherung durch eine Förderung von Aus- und
3 Weiterbildung und im Prozess der Digitalisierung.

4

5 Das Handwerk ist mit seinen rund 83.000 Betrieben, rund 50 Milliarden Umsatz und rund
6 520.000 dort tätigen Menschen eine gewichtige Wirtschaftsmacht. Eine SPD-
7 Landesregierung wird den Meisterbrief als Zugangsvoraussetzung zur selbständigen
8 Handwerksausübung erhalten und gegen Angriffe, zum Beispiel durch weitere europäische
9 Liberalisierungsvorhaben, verteidigen. Sie wird das Handwerk stärken und bei den zentralen
10 Herausforderungen Fachkräftesicherung, Innovation und Digitalisierung unterstützen.

11

12 Sozialpartnerschaft und Tarifpartnerschaft sind auch und gerade im Handwerk
13 Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und für die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte.
14 Tarifbindung und -autonomie sollen daher weiter gestärkt werden.

15

16 Zur Fachkräftesicherung wird eine SPD-Landesregierung das Qualifizierungs- und
17 Integrationsprojekt für Geflüchtete mit Bleibeperspektive (IHAFa) bei Bedarf über 2019
18 hinaus fortsetzen, die Meisterausbildung durch Kostenfreiheit attraktiver machen und
19 Projekte fördern, die gezielt Studienabbrecher für das Handwerk gewinnen sollen. Die
20 niedrigschwellige Innovationsförderung kommt insbesondere Handwerksbetrieben zugute
21 und soll fortgesetzt werden. Die besonderen Unterstützungsangebote von Bund und Land für
22 die Handwerksbetriebe im Prozess der Digitalisierung durch die verschiedenen
23 Kompetenzzentren in Niedersachsen sollen über die bisherigen Förderzeiträume hinaus
24 gesichert werden.

25

26 Von der Regelung der Unternehmensnachfolge sind immer mehr Betriebe in Niedersachsen
27 betroffen – sie stellt für viele Handwerksbetriebe eine große Herausforderung dar. Daher
28 wird eine SPD-Landesregierung das Projekt der Nachfolgemoderatorinnen und
29 -moderatoren fortsetzen, die die Unternehmen aktiv begleiten und bei der Suche nach
30 geeigneten Nachfolgern aktiv unterstützen.

31

32

33 **VII. GESCHÜTZT UND SICHER IN NIEDERSACHSEN**

34 Sozialdemokratische Innenpolitik bedeutet Gleichklang von Augenmaß und
35 Verantwortungsbewusstsein. Die Arbeit der Sicherheitsbehörden muss effektiv funktionieren,
36 denn der Staat muss fähig sein, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

1 Zugleich sind die Freiheitsrechte des Einzelnen zu respektieren. Die SPD spielt nicht das
2 eine gegen das andere aus, sondern gestaltet einen handlungsfähigen Staat in einer
3 demokratischen Gesellschaft mit hoher Lebensqualität. Die Sicherheitsbehörden leisten
4 hervorragende Arbeit. Doch Herausforderungen wie Terroranschläge oder ausufernde
5 Cyber-Kriminalität machen es notwendig, Polizei, Verfassungsschutz und Justiz weiter zu
6 stärken.

7

8 Die allgemeine Verwaltung und gesunde Finanzen sind das Fundament für ein
9 funktionierendes Gemeinwesen. Dieses Fundament gilt es zu erhalten und zu stärken, um
10 den Rahmen für die Freiheit und die Sicherheit für alle Menschen zu garantieren. Nicht
11 zuletzt der verstärkte Zuzug geflüchteter Menschen nach Deutschland beweist, wie wichtig
12 ein funktionierendes Staatswesen ist.

13

14 **1. Sicher leben in Stadt und Land**

15 Nie zuvor war die niedersächsische Polizei so stark wie heute. Seit 2012 stieg die Zahl der
16 Polizistinnen und Polizisten hier von 19.919 auf 20.547 Stellen. Mit 1.142 Stellen mehr ist
17 das der höchste in Niedersachsen jemals erreichte Stand. Gleichzeitig absolvieren so viele
18 junge Leute die Polizeiausbildung wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

19

20 Das alles sind Ergebnisse sozialdemokratischer Innenpolitik. Damit wurde die Polizeipräsenz
21 in der Fläche erheblich verbessert und Polizeistationen als Ansprechpartner für Bürgerinnen
22 und Bürger wurden gestärkt. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Standard erhalten und
23 weiter ausbauen. Deshalb wird sie in der nächsten Wahlperiode zusätzliche 1.000
24 Einstellungsmöglichkeiten schaffen. Es sollen sowohl Polizeibeamte für den Einsatz- und
25 Streifendienst als auch Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus angeworben
26 werden. Durch gezielte Werbemaßnahmen sollen vor allem Frauen und Menschen mit
27 Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewonnen werden. Denn es stärkt die Polizei,
28 wenn sie in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegelt.

29

30 Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte soll zugleich die Perspektive auf eine
31 Beförderung mindestens nach Besoldungsstufe A11 erhalten. Grundlage ist ein
32 Stellenhebungsprogramm von 1.500 Stellen von A9 nach A11, das zusätzliche 3.000
33 Beförderungsmöglichkeiten schafft. Zugleich werden Zulagen und Entschädigungen für
34 Polizei und Verfassungsschutz fortlaufend überprüft und, wenn nötig, dynamisch angepasst.

35

36 ● Moderne Polizeiarbeit auf den Kern konzentrieren

1 Die Politik einer SPD-Landesregierung wird darauf abzielen, Polizeiarbeit auf den Kern ihrer
2 Ermittlungs- und Analysearbeit zu konzentrieren. So sollen zum Beispiel Vollzugsbeamte bei
3 Polizei und der Verfassungsschutz durch Fachpersonal konsequent von Verwaltungs- oder
4 IT-Aufgaben befreit werden. Moderne Software soll Polizeiarbeit verbessern. Im Zentrum
5 wird dabei elektronische Auswertung und ständige Verfügbarkeit der gesammelten Daten
6 stehen. Alle Polizeikräfte erhalten dafür mobile Endgeräte. Ein Pilotprojekt ist unter dem
7 Namen „Gesamtstrategie IKT“ 2016 bereits erfolgreich gelaufen.

8

9 • **Moderne Polizeiarbeit mit moderner Ausrüstung**

10 Die Ausstattung der Polizei soll in den Bereichen Einsatz- und Kommunikationsmittel,
11 Streifenwagen, Ausbildung und Liegenschaften optimiert werden. Im Rahmen eines weiteren
12 Antiterrorpaketes wird die Ausstattung der Polizei weiter verbessert. Sondergeschützte
13 Fahrzeuge für die SEK, der Ausbau des zweiten Standortes des SEK in Oldenburg und die
14 Ersatzbeschaffung von größeren Hubschraubern für den schnellen Einsatz der SEK im
15 Flächenland Niedersachsen stehen hier im Fokus. Außerdem wird ein „Analyse-Service-
16 Verbund“ mit dem Schwerpunkt Terrorismus eingeführt, der Einsatz der Fußfessel, die
17 Auswertungs- und Analysekompetenzen gestärkt und eine Taskforce für den Cyberbereich
18 Terror eingerichtet.

19

20 Zugleich werden die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für den Einsatz von Bodycams
21 sowie die gezielte Videoüberwachung an Verbrechensschwerpunkten geschaffen.

22

23 • **Datenschutz sichert private Rechte**

24 In der modernen Polizeiarbeit spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle. Das Recht auf
25 Privatsphäre sowie Informations- und Meinungsfreiheit gehören im digitalen Zeitalter zu den
26 Eckpfeilern sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Dabei sind der Schutz der Privatsphäre
27 des Einzelnen und allgemeine Sicherheitsbedürfnisse in Einklang zu bringen. Eine SPD-
28 Landesregierung wird jedenfalls den „anlasslosen“ und nicht rechtsstaatlich kontrollierten
29 Zugriff auf die private Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger nicht zulassen.

30

31 • **Wohnungseinbrüche bekämpfen**

32 Jeder Wohnungseinbruch ist einer zu viel, weil er das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und
33 Bürger zutiefst verletzt. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung hierauf ein besonderes
34 Augenmerk legen.

35

36 Klar ist: Einbrecher halten sich heute nicht mehr an Grenzen. Deshalb wird eine SPD-
37 Landesregierung die länderübergreifende Polizeikooperation ausbauen und zugleich

1 Präventionsmaßnahmen unterstützen. Dazu sollen Förderprogramme für den privaten
2 Schutz in den eigenen vier Wänden aufgelegt werden. Einhergehen soll das mit der Prüfung,
3 ob Schutzmaßnahmen gegen Wohnungseinbrüche steuerlich begünstigt werden können. Die
4 Instrumente der Kriminalitätsvorhersage werden mit modernen Mitteln weiter ausgebaut: der
5 Analyse von Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten und zur
6 Steuerung des Einsatzes von Polizeikräften, das sogenannte Predictive Policing.

7

8 • Beteiligungskultur statt Hierarchie-Denken

9 Mit der neuen Polizeistrategie 2020 hat die SPD-geführte Landesregierung Maßstäbe für
10 eine lebendige Beteiligungskultur gesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich
11 öffentlich wie anonym mit Vorschlägen zur Verbesserung von Arbeit und Strukturen der
12 Polizei beteiligen. Mitsprache bei Entscheidungen erhöht die Akzeptanz der gemeinsamen
13 Ziele, sie darf nicht durch reines Hierarchie-Denken unterbunden werden. Gegenseitiger
14 Austausch zwischen den Laufbahngruppen gewährleistet eine kompetente, vertrauensvolle
15 und effektive Zusammenarbeit zwischen der Führungsebene und Mitarbeiterschaft. Eine
16 SPD-Landesregierung wird diese Polizeikultur weiterentwickeln.

17

18 • Verfassungsschutz gegen islamistischen Extremismus

19 Paris und Brüssel, Würzburg und Ansbach, Berlin und nicht zuletzt auch Hannover: Die
20 Anschläge des islamistischen Terrorismus haben Deutschland erreicht. Für die
21 Sicherheitsbehörden problematisch sind vor allem selbstständig handelnde Einzeltäter,
22 deren Radikalisierung oft verdeckt über das Internet erfolgt. Ihre Anschlagpläne sind im
23 Vorfeld kaum zu erkennen. Auch für Niedersachsen liegt eine ernste Bedrohungslage vor.
24 Um dieser Gefährdung, der salafistischen Radikalisierung sowie der Propaganda und den
25 Rekrutierungsversuchen des sogenannten „Islamischen Staats“ in den sozialen Netzen
26 wirksam zu begegnen, müssen die Sicherheitsbehörden leistungsfähig aufgestellt sein. Dazu
27 gehören eine effiziente IT-Infrastruktur sowie IT- und wissenschaftliche Analysekompetenz.
28 Eine SPD-Landesregierung wird den Verfassungsschutz personell und finanziell dauerhaft
29 und gezielt mit wissenschaftlicher Expertise und im Bereich der Observation verstärken. Die
30 Zulagen für Verfassungsschutz-Kräfte werden an die Zulagen der Polizei angepasst.

31

32 • Aktion Neustart für Aussteiger

33 Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus muss durch präventive Maßnahmen
34 flankiert werden. Der Staat muss ansprechbar sein – für die, die in extremistische Milieus
35 abzurutschen drohen ebenso wie für die, die bereits abgedriftet sind und aussteigen wollen

36

1 Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass die Angebote zur Prävention gegen
2 salafistische Radikalisierungen ausgebaut und vernetzt werden. Die Beratungsstelle
3 „beRATen e.V.“ und das unter gemeinsamer Geschäftsführung von Landeskriminalamt und
4 Verfassungsschutz geleitete Kompetenzzentrum „Islamistische Radikalisierung in
5 Niedersachsen“ sind dabei wichtige Säulen. Sie setzt zudem auf Aussteigerprogramme, wie
6 sie sich bereits am Beispiel des Rechtsextremismus bewährt haben. Betroffene sollen nicht
7 stigmatisiert, sondern es sollen ihnen Perspektiven für ein Leben in der Gesellschaft
8 aufgezeigt werden.

9
10 Eine SPD-Landesregierung wird zudem die Kriminalprävention durch frühzeitige Intervention
11 und kompetente Fachleute in den Polizeidienststellen weiterführen. Potenzielle Gefährder
12 werden konsequent überwacht.

13 Bei der Bekämpfung von Extremismus ist nicht zuletzt die Zivilgesellschaft gefordert, ob in
14 der Schule oder im Sozialamt, im Sportverein oder als Nachbarn. Eine SPD-
15 Landesregierung wird die Beratungsangebote des Landespräventionsrats gegen
16 Rechtsextremismus und gegen salafistische Radikalisierung unterstützen.

17

18 • Gesellschaft gegen rechtsextreme Gewalt

19 Salafistische Radikalisierung und steigende Islamfeindlichkeit befruchten sich gegenseitig.
20 Rechtsextreme und Rechtspopulisten nutzen gezielt Angst vor Anschlägen, um Flüchtlinge
21 oder Muslime als Sicherheitsrisiko abzustempeln. Schon jetzt reicht die Islamfeindlichkeit
22 weit über den von Sicherheitsbehörden registrierten Personenkreis hinaus.

23

24 Eine SPD-Landesregierung wird verhindern, dass islamfeindliche Parolen salonfähig werden.
25 Sie wird dafür sorgen, dass rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten gegenüber
26 Flüchtlingen sowie Anschläge auf deren Unterkünfte verfolgt werden. Offenbar fühlen sich
27 manche Bürgerinnen und Bürger mit einer latent bis offen fremdenfeindlichen Haltung zu
28 solchen Taten legitimiert, da sie sich als Vollstrecker eines vermeintlichen Volkswillens
29 sehen. Dem ist mit Aufklärung und Prävention entgegenzuwirken. Das „Niedersächsische
30 Landesprogramm gegen Rechts“ stellt dabei wichtige Weichen. Eine SPD-Landesregierung
31 wird es genauso weiterentwickeln wie die Aussteigerprogramme für Rechtsextremisten
32 (Aktion Neustart).

33

34 Immer häufiger handeln Rechtsextreme kriminell auch gegen Ehrenamtliche und
35 Kommunalpolitiker. Eine SPD-Landesregierung wird gegen solche Aktionen
36 gesellschaftliches Engagement bündeln und dafür sorgen, dass Prävention frühzeitig und
37 koordiniert ansetzt. Sicherheit funktioniert am besten auf breiter Basis und profitiert von einer

1 engen Einbindung der Sozialarbeit und einer intensiven Beteiligung der Zivilgesellschaft,
2 zum Beispiel lokaler Bürgerorganisationen.

3
4 • Kriminalität von Flüchtlingen ist kein Tabuthema

5 Erfolgreiche Integration bedeutet auch Respekt vor Recht und Gesetz zu halten. Dies
6 erwartet die SPD von Menschen mit Migrationshintergrund, genauso wie von allen anderen.
7 Es ist falsch, über Probleme hinwegzusehen – genauso wie es Gift für das gesellschaftliche
8 Klima ist, ganze Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel Muslime, pauschal zu verdächtigen.
9 Eine SPD-Landesregierung wird deshalb gegen Kriminalität im Flüchtlingsbereich genauso
10 entschlossen vorgehen wie gegen jede andere.

11
12
13 **2. Zuwanderung aktiv steuern**

14 Die demografischen Probleme wachsen: In einigen Gegenden stehen bereits Wohnungen
15 und Geschäfte leer, Stadtkerne bluten aus, Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Eine SPD-
16 Landesregierung wird dafür sorgen, dass Niedersachsen stärker von „geordneter“
17 Zuwanderung profitiert. Diese gesteuerte Zuwanderung ist zum Beispiel am Bedarf des
18 Arbeitsmarktes orientiert. Sie ermöglicht es qualifizierten und arbeitssuchenden Menschen
19 aus Drittstaaten, hier Fuß zu fassen.

20
21 Eine SPD-Landesregierung wird sich deshalb auf der Bundesebene weiter für ein modernes
22 Einwanderungsgesetz einsetzen. Dazu wird sie einen Dialog über die deutsche Identität als
23 Einwanderungsland und die Herausforderungen der Einwanderungsgesellschaft beginnen.
24 Diese breit angelegte Debatte wird die Landeszentrale für politische Bildung in den Städten
25 und Gemeinden unterstützen.

26
27 • Schutz für Kriegsflüchtlinge

28 Die SPD-geführte Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren für Kriegs- oder
29 Bürgerkriegsflüchtlinge eingesetzt – so mit Aufnahmeprogrammen für syrische Flüchtlinge
30 und für schutzbedürftige Frauen aus dem Nordirak. Die SPD wird diesen Kurs gegen den
31 Widerstand von Konservativen und Rechtspopulisten weiterverfolgen. Sie wird auch künftig
32 an solchen Aufnahmeprogrammen mitwirken und Schutzsuchende aufnehmen. Das schließt
33 Familiennachzug bei anerkannten Schutzsuchenden ein. Zu dieser Grundhaltung gehört
34 auch der Einsatz für die Bekämpfung von Fluchtursachen auf Bundesebene, wie er mit dem
35 Aufbau eines Landesprojektes im Nord-Irak deutlich wird.

1 • Freiwillige Rückkehr forcieren

2 Die SPD-geführte Landesregierung hat sich erfolgreich für eine stichtagsunabhängige
3 Bleiberechtsregelung eingesetzt. Sie wird auch künftig allen Versuchen entgentreten,
4 diese Regelungen aufzuweichen. Aber: So entscheidend es ist, Schutzsuchende zu
5 unterstützen, so klar ist auch, dass nicht jeder bleiben kann. Wer keinen Schutzanspruch
6 geltend machen kann, wird das Land wieder verlassen müssen. Dabei ist vor Abschiebung
7 vordringlich eine freiwillige Rückkehr anzustreben. Niedersachsen hat hier bereits gute
8 Erfolge erzielt und ist bundesweit Vorreiter für diesen humanen Weg. Deshalb wird eine
9 SPD-Landesregierung die Beratung zur freiwilligen Rückkehr ausbauen und den Kommunen
10 noch intensiver bei dieser Praxis helfen. Zugleich tritt sie dafür ein, den Aufenthalt von
11 Straffälligen, die kein Aufenthaltsrecht haben, konsequent zu beenden.

12
13
14 **3. Starker Rechtsstaat und bürgernahe Justiz**

15 Der Rechtsstaat bildet die Grundlage einer funktionierenden Demokratie. Eine bürgernahe
16 Justiz sorgt dabei für Recht und Gerechtigkeit. Für diese Aufgabe muss die Justiz motiviert
17 sein – und gut ausgestattet. Nach diesen Grundsätzen wird eine SPD-Landesregierung ihre
18 Schwerpunkte für eine moderne Rechtspolitik setzen.

19
20 • Vor dem Gesetz sind alle gleich

21 Das gesellschaftliche Klima wird zunehmend durch soziale und politische Frontstellungen
22 geprägt. Die Akzeptanz von Demokratie und Rechtsstaat scheinen zu schwinden. Viele
23 haben das Gefühl, es gehe nicht mehr „gerecht“ zu, es werde mit zweierlei Maß gemessen
24 und es entstünden vermehrt rechtsfreie Räume. Wachsende Terrorismusgefahr sorgt für
25 weitere Verunsicherung. In diesem Klima entsteht rechtspopulistisches Gedankengut mit
26 negativen Folgen für Rechtsstaat und Demokratie.

27
28 Die Justiz ist gefordert, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Der Grundsatz „vor dem
29 Gesetz sind alle gleich“ darf nicht ins Wanken geraten. Deshalb wird eine SPD-
30 Landesregierung die Justiz in die Lage versetzen, Verfahren unabhängig von ihrer
31 Komplexität in angemessener Zeit und guter Qualität durchzuführen. Das erfordert
32 Aufstockung der Ressourcen und Stärkung des Fachwissens, schließlich Reformen zur
33 Verfahrensvereinfachung. Im Dialog mit den Hochschulen, der Anwaltschaft und der Justiz
34 sollen Schwächen in der Juristenausbildung analysiert und beseitigt werden.

35
36 Handlungsbedarf sieht die SPD im Strafrecht, bei Verfahren gegen die organisierte
37 Kriminalität und gegen Internet- und Cyber-Kriminalität; im Zivilrecht bei komplexen

1 Verfahren in Kapitalanlagendelikten, Bau- oder Arzthaftungsfragen; im Bereich der
2 Fachgerichtsbarkeit und der hohen Zahl von Asylverfahren; schließlich den zahlreichen
3 Verfahren an den Sozialgerichten. Weiter ist es geboten, einfache Fälle von Strafsachen in
4 beschleunigten Verfahren bis in die Berufungsinstanz abzuurteilen. Dagegen erfordern
5 komplexe Wirtschafts- und Steuerstrafsachen eine hohe Professionalität. Massenverfahren
6 stellen wiederum eine Herausforderung dar, weil eine Vielzahl von Klägern aus gleichem
7 oder ähnlich gelagertem Sachverhalt klagen.

8

9 Eine SPD-Landesregierung wird das Justizpersonal zügig auf den Standard des
10 **Personalbedarfsberechnungssystem**s „PebbSy 1,0“ aufstocken. Es sollen Kapazitäten
11 geschaffen werden, um Belastungsspitzen mit zusätzlichem Personal flexibel aufzufangen.
12 Expertenwissen soll durch Spezialisierung und Konzentration gefördert werden. Eine Reform
13 zur Vereinfachung des Verfahrensrechts soll die Möglichkeiten von Musterverfahren
14 ausweiten.

15

16 Angesichts der hohen Belastung der Justiz kommt der alternativen Streitschlichtung
17 besondere Bedeutung zu, insbesondere der Mediation. Streitende Parteien finden dabei in
18 den allermeisten Fällen zu einer Lösung. Das sichert den Rechtsfrieden und entlastet die
19 Justiz. Eine SPD-Landesregierung wird das Instrument der Mediation durch Kostenbeihilfen
20 oder als verpflichtendes Vorschaltverfahren ausbauen.

21

22 ● Rechtsprechung muss für alle erfahrbar sein

23 Gerichte haben den Verfassungsauftrag, effektiven Rechtsschutz für Bürger und
24 Bürgerinnen zu gewährleisten. Zumindest in der Eingangsstanz ist es für die
25 gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsprechung wichtig, dass die Entscheidung von einem
26 Gericht vor Ort getroffen wird: Rechtsprechung muss in der Mitte der Bevölkerung stattfinden
27 und für alle erfahrbar sein. Ein Gericht, das nicht vor Ort tätig ist, kann das nur eingeschränkt
28 leisten. Das ist nicht bürgerfreundlich, weil „lange Wege“ zum Gericht viele Bürger davon
29 abhalten, „ihr“ Recht in Anspruch zu nehmen. Rechtsprechung „fern der Heimat“ löst zudem
30 das Gefühl der Fremdbestimmtheit aus und schadet der Akzeptanz des Rechtssystems.

31

32 Eine SPD-Landesregierung wird die Justiz in der Fläche mit kleineren Gerichten erhalten.
33 Diese Gerichte können sich auch zu Kooperationen mit anderen Gerichten zusammenfinden.
34 Die gegen „kleinere“ Amtsgerichte angeführten wirtschaftlichen Gründe spielen dabei nur
35 eine untergeordnete Rolle.

36

37 ● Mehr Bürgernähe in der Justiz

1 Manche Bürgerinnen und Bürger sehen in Gerichten immer noch eine Verkörperung des
2 bestrafenden Obrigkeitsstaats. Andere verstehen die komplizierten Regeln, Sprache und
3 Urteile in der Justiz nicht. Eine SPD-Landesregierung wird Schwellenängste abbauen, den
4 Zugang zu Gerichten erleichtern und so die Akzeptanz der Justiz und ihrer Entscheidungen
5 erhöhen. Der Ansatz einer bürgernahen Justiz umfasst Barrierefreiheit, Internetauftritte sowie
6 die Kommunikation zwischen Gericht und Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb sollen
7 Reformprojekte wie die Vereinheitlichung der gerichtlichen Internetauftritte und der
8 Einführung von „leichter Sprache“ fortgesetzt werden.

9

10 ● Wichtiger Beitrag der Ehrenamtlichen

11 Die vielen ehrenamtlich Tätigen leisten einen wichtigen Beitrag für die Justiz. Eine SPD-
12 Landesregierung wird über die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements und die
13 zahlreichen Hilfestellungen für Ehrenamtliche besser informieren. Vielen Bürgern ist die
14 Funktion von Schiedsleuten oder von Schöffen nicht hinreichend bekannt. Andere
15 beschäftigen sich mit ehrenamtlicher Betreuung erst dann, wenn ein Bedarf in der eigenen
16 Familie entstanden ist. Und es gibt eine Schwellenangst vor der Übernahme eines
17 Ehrenamts trotz der Begleitung von Justizangestellten.

18

19 Um alle diese Vorbehalte abzubauen, wird eine SPD-Landesregierung eine einheitliche
20 Koordinierungsstelle „Ehrenamt in der niedersächsischen Justiz“ mit umfangreichen
21 Informations- und Lotsenfunktion sowie kostenlosen Fortbildungsmöglichkeiten einrichten.
22 Weiter soll geprüft werden, ob bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten als Praktikum gewertet
23 werden und somit für die Berufstätigkeit von Nutzen sein können. Betriebe sollen
24 aufgefordert werden, ihre Mitarbeiter zur Übernahme eines Ehrenamtes zu ermutigen.
25 Ehrenamtliche dürfen durch ihr Engagement keine Nachteile im Beruf erleiden.

26

27 ● Sicherheit an den Gerichten

28 Die Zahl der Gewaltakte und Bedrohungen gegen Bedienstete der Justiz hat zugenommen.
29 Eine SPD-Landesregierung wird das Konzept für die Sicherheit in Gerichtsgebäuden
30 weiterentwickeln und tägliche Einlasskontrollen einführen. Dafür wird die Zahl der
31 Wachtmeister erhöht, die ein Sicherheitstraining durchlaufen sollen. Für Zugangskontrollen
32 wird Sicherheitstechnik wie Handsonde, Röntgengepäckscanner und Detektorrahmen
33 eingesetzt.

34

35 ● Betreuung braucht mehr Ehrenamt

36 Aufgrund der demografischen Entwicklung ist die Zahl der Betreuungen gestiegen. Ein
37 erhöhter Bedarf an Betreuern ist abzusehen. Zugleich haben die Pflichten des

1 ehrenamtlichen Betreuers wie „Rechnungslegung gegenüber dem Gericht“ zugenommen.
2 Wohl auch deshalb geht die Zahl der ehrenamtlichen Betreuung zurück, obwohl es von
3 Betreuungsvereinen und -behörden sowie vom Gericht zahlreiche Hilfestellungen gibt.
4

5 Eine SPD-Landesregierung wird nachdrücklich dafür werben, dass Menschen vor dem
6 Entstehen des Betreuungsbedarfes eine Vorsorgevollmacht ausstellen und so eine rechtliche
7 Betreuung überflüssig wird. Alternative ist eine Betreuungsverfügung, in der ein Betreuer
8 bestimmt wird. Weiter wird eine SPD-Landesregierung dafür werben, dass mehr Menschen
9 eine ehrenamtliche Betreuung übernehmen. Betreuungsvereine und Betreuungsbehörden
10 sollen finanziell stärker gefördert werden. Die auf mehrere staatliche Stellen verteilte
11 Beratung ehrenamtlicher Betreuer soll gebündelt und personell ausgestattet werden. Zu viel
12 Bürokratie soll niemanden von der Übernahme ehrenamtlicher Betreuung abhalten.
13 Bei professionellen Betreuern wird eine SPD-Landesregierung Ausbildungsrichtlinien
14 entwickeln und das Berufsbild von Betreuerinnen und Betreuern regeln. Im Beschluss zur
15 Bestellung von Berufsbetreuern sollen Gerichte künftig ausführen, warum der benannte
16 Betreuer ausgewählt wurde, dagegen ehrenamtliche Betreuung nicht in Betracht kommt.
17

18 • Gesichtsverschleierung im Gerichtssaal

19 Gerade im Gerichtssaal hat die gesellschaftliche Debatte über das Tragen von Kopftüchern,
20 Gesichtsverschleierung (Niqab) oder Ganzkörperverschleierung (Burka) die Frage nach der
21 Grenze zwischen Religionsfreiheit und Neutralitätspflicht der Justiz an Brisanz gewonnen.
22

23 Eine SPD-Landesregierung erwartet von hauptamtlichen Richtern und Staatsanwälten strikte
24 Neutralität. Bei ihnen ist jede Art religiöser Bekleidung nicht akzeptabel – anders als bei
25 ehrenamtlichen Richterinnen und Richtern oder anderen Prozessbeteiligten, zum Beispiel
26 aus der Verwaltung. Sie sollen die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite vertreten, so dass hier
27 ein Kopftuch zu akzeptieren ist. Allerdings ist im Gerichtssaal eine Gesichts- oder gar
28 Ganzkörperverschleierung generell abzulehnen. Der persönliche Eindruck und die
29 Sichtbarkeit von Mimik und Körpersprache können für die Rechtsfindung entscheidend sein.
30 Bei der Zeugenvernehmung zum Beispiel müssen für die Beweiswürdigung auch nonverbale
31 Reaktionen offen erkennbar sein.
32

33 • Personalentwicklung im Kampf um die besten Köpfe

34 Die Justiz braucht gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unter
35 den Bedingungen des demografischen Wandels herrscht ein starker Konkurrenzkampf um
36 die besten Köpfe. Darüber hinaus stellen veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten –

1 interkulturelle Vielfalt, Technisierung der Arbeitswelt, erhöhte Ansprüche an Vereinbarkeit
2 von Familie und Beruf – neue Anforderungen an die Justiz.

3

4 Eine SPD-Landesregierung wird sich diesen Herausforderungen durch mehr Vielfalt bei der
5 Personalauswahl stellen und dafür sorgen, dass vor allem auch Menschen mit
6 Migrationshintergrund oder mit beruflichen Erfahrungen den Rechtsbetrieb verstärken.
7 Deshalb sollen Regeln analog der Bundeslaufbahnverordnung (Paragraf 46) für die
8 Personalentwicklung der niedersächsischen Justiz gesetzlich verankert werden. Überprüft
9 werden sollen auch das Gehaltsgefüge und die Attraktivität der Arbeitsplätze.

10

11 Gleichzeitig wird eine SPD-Landesregierung Ausbildungsinhalte und Berufsbilder an den
12 gesellschaftlichen Wandel und die veränderten Aufgaben anpassen – vor allem bei
13 Anstaltsleitungen, Ärztinnen und Ärzten im Vollzug, bei Service-Einheiten und beim
14 Justizwachtmeisterdienst. Neben den Fachthemen für die jeweiligen Laufbahngruppen
15 müssen auch Führungskräftebildung und persönliche Weiterbildung in die Fortbildung
16 einbezogen werden. Dazu gehören Sprachkompetenzen.

17

18 • Opfer-Perspektive stärker ins Bewusstsein rücken

19 Wer Opfer einer Straftat geworden ist, erlebt häufig nicht nur die Tat selbst als Trauma,
20 sondern auch das, was einer Strafanzeige folgt: das Ermittlungsverfahren, die Medien-
21 Berichterstattung, die Notwendigkeit der eigenen Zeugenaussage, die individuell als gerecht
22 oder ungerecht beurteilte Verurteilung des Täters – und letztlich den Umstand, dass nahezu
23 jeder inhaftierte Straftäter irgendwann in Freiheit entlassen wird. Allerdings ist das
24 Bewusstsein für die Opferperspektive mittlerweile gestiegen. Polizei, Staatsanwaltschaften
25 und Gerichte bemühen sich inzwischen, Opfer von Straftaten nicht unnötig zu belasten.

26

27 Eine SPD-Landesregierung wird die Opfer-Perspektive stärker in das Bewusstsein von
28 Gesellschaft und Verfahrensbeteiligten rücken, um die mit der Tat und dem Verfahren
29 verbundenen Belastungen zu mildern. Sie will durch den Einsatz moderner Konzepte wie
30 dem sogenannten Wiedergutmachungsverfahren („Restorative Justice“) die
31 Auseinandersetzung des Täters mit seiner Tat stärken. Organisatorische Maßnahmen bei
32 Polizei und Justiz sowie das Engagement von Betreuungseinrichtungen sollen
33 Kriminalitätsoffern Schutz und Hilfe bieten. Um die wertvolle Arbeit der freien Opferhilfe für
34 Opfer von Straftaten zu unterstützen, wurden die Haushaltsmittel des Landes für die
35 psychosoziale Prozessbegleitung, den Täter-Opfer-Ausgleich und die mobile Opferberatung
36 Rechtsextremismus bereits aufgestockt.

37

1 • Justizvollzug: Resozialisierung als Schwerpunkt

2 Eine SPD-Landesregierung wird den gut funktionierenden Justizvollzug für die innere
3 Sicherheit des Landes ausbauen. Neben dem Schutz der Allgemeinheit vor Straftaten ist
4 dabei Resozialisierung Hauptziel des Vollzuges. Gefangene sollen dadurch befähigt werden,
5 künftig ein Leben in sozialer Verantwortung ohne Straftaten zu führen. Vor diesem
6 Hintergrund soll ein umfassendes Resozialisierungsgesetz auch schon bestehende
7 Regelungen mit modernen Konzepten zusammenführen.

8

9 Resozialisierung verläuft umso erfolgreicher, je nahtloser die Übergänge aus der Haft zu
10 einem Leben in Freiheit führen. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung langfristig ein
11 modernes Fallmanagement einrichten, bei dem Täter von der rechtskräftigen Verurteilung bis
12 weit nach der Entlassung aus der Haft – auch bei anschließender Bewährungszeit oder
13 Führungsaufsicht – von einem einzigen Fallmanager individuell betreut werden. Der Vollzug
14 soll in stabile Verhältnisse entlassen und während der Inhaftierung soziale Kontakte erhalten
15 und fördern. Dies erfordert ein vernetztes übergreifendes Zusammenwirken von Justiz,
16 Justizvollzug, Polizei, lokalen Behörden und Bündnissen.

17

18 Deshalb wird eine SPD-Landesregierung dafür sorgen, dass

- 19 eine Vernetzung der Sozialarbeit im Strafvollzug und des Ambulanten
20 Justizsozialdienstes (AJSD) erfolgt;
- 21 das Leben im Vollzug an allgemeine Lebensverhältnisse angepasst und der offene
22 Vollzug sowie vollzugslockernde Maßnahmen vor der Entlassung angewendet werden;
- 23 ein integriertes Konzept für eine umfassende Betreuung der Verurteilten im Sinne eines
24 Fallmanagements entwickelt wird und medizinische, psychiatrische und psychosoziale
25 Versorgung enthält;
- 26 die Haftzeit für Schul- und Berufsabschlüsse genutzt wird;
- 27 eine bessere Eingliederung von Strafgefangenen in die Systeme der
28 Sozialversicherung auf der Bundesebene erfolgt. Dazu gehört die Prüfung, ob
29 arbeitende Gefangene Rentenanwartschaften erwerben können.

30

31 Eine SPD-Landesregierung wird die Wirksamkeit der Resozialisierungsmaßnahmen in
32 wissenschaftlichen Langzeitstudien evaluieren und ggf. entsprechend anpassen. Nach dem
33 Vorbild des Landes Nordrhein-Westfalen will sie das Amt eines Vollzugsbeauftragten
34 einrichten. Er soll als zentrale Anlaufstelle für alle vom Justizvollzug Betroffenen fungieren,
35 Erkenntnisse bündeln und das Justizministerium beraten. Petitionsrecht, gerichtlicher
36 Rechtsschutz und bestehendes Beschwerderecht bleiben davon unberührt.

37

1 • Geldverwaltung statt Ersatzfreiheitsstrafe

2 Regelmäßig werden etwa 450 Haftplätze durch Ersatzfreiheitsstrafen belegt, weil zu einer
3 Geldstrafe Verurteilte mit der Zahlung überfordert sind. Häufig davon betroffen sind
4 alleinerziehende Mütter in sozialen Notlagen – deren Kinder dann aus ihrem familiären
5 Umfeld gerissen und häufig psychisch beeinträchtigt werden. Eine SPD- Landesregierung
6 wird weiter versuchen, solche Ersatzfreiheitsstrafen zu vermeiden. Sie unterstützt deshalb
7 die Projekte einiger Anlaufstellen für Straffällige zur „Geldverwaltung statt
8 Ersatzfreiheitsstrafe“. Dieses Konzept soll flächendeckend ausgeweitet werden.

9

10 • Anlaufstellen für Straffällige

11 Die 14 Beratungsstellen der freien Wohlfahrtspflege sind ein fester Bestandteil der
12 Straffälligenhilfe und werden jährlich von rund 5.000 Betroffenen aufgesucht. Sie arbeiten mit
13 den sozialen Diensten der Justiz, den Fachstellen für Sucht und Suchtprävention, der
14 Bewährungshilfe, der Führungsaufsicht, kommunalen Fachdiensten, den Agenturen für
15 Arbeit und weiteren staatlichen und freien Einrichtungen gut zusammen. Eine SPD-
16 Landesregierung wird die Arbeit dieser Anlaufstellen absichern und sie aus ihrem unsicheren
17 Projektstatus in eine dauerhafte institutionelle Förderung überführen.

18

19 • Jugendhilfe im Jugendarrest

20 Die SPD-geführte Landesregierung hat den Jugendarrest mit einem eigenen Gesetz und
21 besserer Personalausstattung ausgebaut. Neben den Angeboten der ambulanten
22 Maßnahmen eröffnet er weitere Ansatzpunkte im Umgang mit delinquenten jungen
23 Menschen. Nun sollen ambulante sozialpädagogische Angebote für junge Straffällige nach
24 dem Jugendrecht finanziell abgesichert und als pädagogisches Instrument der Jugendhilfe
25 verstärkt werden.

26

27 Eine SPD-Landesregierung wird den Arrest für Schulverweigerer auf seine Sinnhaftigkeit
28 überprüfen. Einerseits sprechen gute Gründe dagegen, nicht straffällige Schulverweigerer zu
29 arrestieren. Andererseits werden gute Erfolge vermeldet, Schulverweigerer im Arrest an das
30 Lernen heranzuführen. Unabhängig von einer Entscheidung für oder gegen den Arrest wird
31 eine SPD-Landesregierung ein integriertes Konzept vorlegen, das den Behörden ermöglicht,
32 Schulverweigerung erfolgreich zu begegnen oder zeitnah auf die Verweigerungshaltung von
33 Jugendlichen zu reagieren.

34

35 **4. Leistungsfähigkeit im öffentlichen Dienst erhalten**

36 Eine zukunftsfähige Gestaltung des öffentlichen Dienstes muss die Digitalisierung des
37 Arbeitslebens und die demografische Entwicklung berücksichtigen. Denn die Unterschiede

1 bei der Ausprägung einzelner Berufsbilder sowie bei der Leistungsfähigkeit und Gesundheit
2 der Beschäftigten und ihrer individuellen Lebensentwürfe – Kinderbetreuung, Pflege von
3 Angehörigen – stellen eine große Herausforderung für die digitale Zukunft dar.

4

5 Eine SPD-Landesregierung wird moderne, flexible (Lebens-)Arbeitszeitmodelle entwickeln,
6 die diese Voraussetzungen erfüllen. Berufsfähigkeit soll möglichst lange erhalten bleiben.
7 Aktives Gesundheitsmanagement kann hier wichtige Beiträge leisten. Dem dient auch ein
8 ausdifferenziertes Konzept zum Kompetenzerhalt und zum lebenslangen Lernen.

9

10 Der niedersächsische Haushalt ist von hohen Personalausgaben bestimmt. Tatsächlich sind
11 Möglichkeiten, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes über eine höhere Bezahlung zu
12 steigern, eng begrenzt. Gleichwohl hat die SPD-geführte Landesregierung Wert darauf
13 gelegt, angemessene tarifliche Vereinbarungen zu erreichen und zumindest eine faire
14 Beteiligung der Beamtinnen und Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu
15 ermöglichen. Trotzdem muss zur Kenntnis genommen werden, dass der öffentliche Dienst
16 bei einigen besonders gefragten Berufsbildern derzeit kaum wettbewerbsfähig ist. Deshalb
17 wird eine SPD-Landesregierung die Rahmenbedingungen ihrer künftigen Personalpolitik so
18 ausrichten, dass sie flexibler als bisher auf besondere Marktlagen reagieren kann.

19

20 Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes wird jedoch nicht nur an der Höhe des
21 Einkommens bemessen. Daran wird eine SPD-Landesregierung anknüpfen. Ihr geht es vor
22 allen Dingen darum, die Attraktivität des Landes als Arbeitgeber im nicht-monetären Bereich
23 weiter zu stärken – zum Beispiel bei der Gestaltung von Arbeitszeitmodellen und des
24 Arbeitsplatzes, bei Aus- und Fortbildungsangeboten und Qualifizierungsmaßnahmen.

25

26 ● Gut aufgestellt im Wettbewerb um die besten Köpfe

27 Nach einem Jahrzehnt des Personalabbaus und der damit verbundenen strukturellen
28 Schwächung des Staatsapparats hat die SPD-geführte Landesregierung wieder in den
29 Nachwuchs investiert. Sie hat sich trotz aller Schwierigkeiten im Wettbewerb um die besten
30 Köpfe gut aufgestellt. Dieser Kurs wird fortgesetzt. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb
31 in der Fortbildung dem Studieninstitut in Bad Münde einen zentralen Platz einräumen, um
32 Verwaltungspersonal zukunftsweisend zu qualifizieren. Sie wird die Kooperation mit der
33 Fachhochschule Osnabrück und der kommunalen Hochschule bei der Ausbildung für den
34 ehemaligen gehobenen Dienst ausbauen. In fachspezifischen Bereichen wie der
35 Informationstechnologie (IT) sollen moderne Ausbildungsgänge, so beim Studiengang
36 Verwaltungsinformatik, angeboten werden. Auch die Anstrengungen für aktives

1 Gesundheitsmanagement, für bessere Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit Familie und
2 Pflege und für effektivere Personalentwicklung sollen fortführen und intensivieren werden.

4 **5. Gesunde Kassen für einen aktiven Staat**

5 Nachdem CDU und FDP in zehn Regierungsjahren den Schuldenstand enorm ausgeweitet
6 haben, konnte die SPD-geführte Landesregierung erstmals in der Landesgeschichte 2017
7 einen Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung realisieren. Schon für den Haushalt 2016 ist
8 auf eine Kreditaufnahme verzichtet worden – ein Jahr früher als geplant. Auch für die
9 Folgejahre ist in der Mittelfristigen Finanzplanung die „Schwarze Null“ fest verankert.

11 • Haushaltssanierung mit Augenmaß sichert Schuldenbremse

12 Die „Schwarze Null“ ist keine Effekthascherei, sondern Ergebnis eines ausgewogenen
13 Konsolidierungskurses. Freilich gab es immer Raum für notwendige Investitionen in Bildung,
14 Soziales, Innere Sicherheit und Sanierung der Infrastruktur. Das hat sich besonders während
15 der „Flüchtlingskrise“ bewährt: Trotz günstiger Rahmenbedingungen wäre deren finanzielle
16 und soziale Bewältigung nicht zu meistern gewesen, hätte die SPD-geführte
17 Landesregierung vorschnell auf Deckungsmittel verzichtet.

19 • Nachhaltige Finanzpolitik ist mehr als „Schwarze Null“

20 Die frühere CDU/FDP-Landesregierung hat Schulden angehäuft und massiv auf Kosten der
21 Substanz gelebt. Belege dafür sind ein Baumoratorium oder der riesige Sanierungsstau in
22 Verwaltungen, Hochschulen, Hochschulmedizin. Diese versteckte Verschuldung hatte
23 vielfach unwirtschaftliche Ergebnisse zur Folge. Sie schafft überdies hohe Handlungszwänge
24 und gefährdet letztlich die Einhaltung der Schuldenbremse. Das darf sich nicht wiederholen.

26 Die SPD-geführte Landesregierung hat deshalb dafür gesorgt, dass

- 27 wieder neue Baumaßnahmen umgesetzt werden können;
- 28 ein Sondervermögen für dringendste Sanierungsmaßnahmen aufgelegt wurde;
- 29 Bauunterhaltungsmittel für Straßen und Gebäude auch im Bereich der energetischen
30 Sanierung deutlich und dauerhaft verstärkt wurden.

32 Diesen Kurs wird eine SPD-Landesregierung fortsetzen. Nachhaltige Finanzpolitik ist mehr
33 als nur eine Schuldenbremse. Sie umfasst auch ausreichende Mittel für Ausbau und Erhalt
34 der Infrastruktur und damit die Bewahrung des Landesvermögens sind Pflichtaufgaben.

1 • Die Frage nach den Steuersenkungen

2 In relativ kurzer Zeit haben drei Dinge den Verzicht auf Nettokredite möglich gemacht: stabile
3 Steuereinnahmen, niedrige Zinsen und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Damit ist
4 ein seit mehr als 70 Jahren gestecktes Ziel erreicht – ein Haushalt ohne Netto-
5 Neuverschuldung. Das allerdings hat noch nicht alle Probleme gelöst. Wegen der
6 drückenden Schuldenlast konnten viele wichtige Zukunftsinvestitionen, so für Infrastruktur
7 oder Bildung, nicht ausreichend erfolgen oder mussten ganz unterbleiben. Nun ist die Zeit
8 überfällig. Gleichzeitig aber muss ein enormer Sanierungsstau abgebaut werden. Deshalb
9 sagt die SPD ganz klar: Steuersenkungen müssen gerecht und verkräftbar bleiben. Denn
10 Niedersachsen wird auch in Zukunft nicht in beliebiger Höhe auf Steuereinnahmen
11 verzichten können. Nur so können wichtige Zukunftsinvestitionen geleistet werden.

12

13 • Steurgerechtigkeit für Normalverdiener

14 Eine SPD-Landesregierung wird im Bund dafür eintreten, dass die Einkommensteuertarife
15 gerechter gestaltet werden. Steuerliche Erleichterungen müssen tatsächlich beim
16 Normalverdiener ankommen statt den Spitzenverdiener zu entlasten. Hierzu bietet sich der
17 Ausgleich durch einen höheren Spitzensteuersatz an.

18

19 Durch verstärkten internationalen Datenaustausch und erhöhte Transparenz der Steuerdaten
20 ist die ursprüngliche Begründung für die Abgeltungssteuer überholt. Eine SPD-
21 Landesregierung wird sich aber für eine steuerliche Gleichbehandlung von Kapital und Arbeit
22 einsetzen.

23

24 Darüber hinaus haben Niedersachsen und Hessen gemeinsam im Bundesrat einen
25 Gesetzentwurf für eine verfassungsgemäße Ausgestaltung der Grundsteuer eingebracht.
26 Eine SPD-Landesregierung wird weiter auf eine bundeseinheitliche verfassungsgemäße
27 Grundsteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen hinwirken.

28

29 • Globaler Steuerwettbewerb und internationaler Datenaustausch

30 Eine als fair und gleichmäßig empfundene Besteuerung ist wichtige Voraussetzung für die
31 Akzeptanz der persönlichen Abgabepflicht. Sie herzustellen ist eine Daueraufgabe, die –
32 zumal in der globalisierten Weltwirtschaft – immer neue Anforderungen stellt. Die steuerliche
33 Gestaltungsfreiheit, insbesondere bei hohen Kapitalvermögen und Einkommen, darf nicht zu
34 einem Wettbewerb um die besten Modelle von Steuerhinterziehung und Steuerflucht führen.
35 Um mehr Steurgerechtigkeit zu erreichen, wird eine SPD-Landesregierung Steuerbetrug
36 und Steuerhinterziehung mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Wenn nötig, wird sie
37 mit dem weiteren Ankauf von Steuer-CDs dafür sorgen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

● Gutes Personal für gerechte Steuerverwaltung

Trotz deutlicher Fortschritte bei der Bekämpfung von Steuer- und Schwarzgeldoasen zeigt sich immer deutlicher, dass die sich neu bzw. zusätzlich ergebenden Steuerstraftatbestände anspruchsvolle Aufgaben mit sich bringen. Die Vorstellung, durch die fortschreitende technische Unterstützung zukünftig weniger Personal für die Steuerverwaltung zu benötigen, droht sich genau ins Gegenteil zu verkehren. Immer komplexere Sachverhalte und mehr internationale Vorschriften – geprägt von einer Steuergestaltungsindustrie – stellen die Steuerverwaltung vor immer neue Herausforderungen.

Die ehemalige CDU/FDP-Landesregierung hat bis 2013 den Personalbestand der Steuerverwaltung um 1.000 Stellen gekürzt. Niedrige Anwärterzahlen haben dazu geführt, dass nicht genügend ausgebildete Kräfte zur Verfügung standen, um ausscheidende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ersetzen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter auf einem hohen Niveau stabilisiert und dafür die Steuerakademie deutlich gestärkt. Eine SPD-Landesregierung wird künftig die Unterstützung der Steuerbeamtinnen und -beamten durch Tarifbeschäftigte mit unterschiedlicher Qualifikation verbessern. Nach der erfolgreichen Stärkung der Steuer-Außenprüfung durch rund 100 Stellen in der laufenden Wahlperiode soll in der kommenden Legislaturperiode ein Folgeprogramm starten – mit der jährlich gleichen Aufstockung von 20 Stellen im Bereich der internationalen Besteuerung und des Datenaustauschs. Dabei wird eine SPD-geführte Landesregierung die Steuerverwaltung nahe bei den Menschen und in der Fläche erhalten.

VIII. HEIMAT IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG

1. Digitalisierung – mit Elan und sozialer Verantwortung

PC, Smartphone und Tablet haben die Welt in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum globalen Dorf gemacht: Jeder ist jederzeit erreichbar. Die Möglichkeiten digitaler Kommunikations-, Informations- und Speichertechnologien sind nahezu grenzenlos. Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein für die Chancengleichheit, weil sie den Menschen gleichermaßen und unabhängig von ihrem Lebensmittelpunkt Vorteile bietet. Auch in Niedersachsen und seinen ländlichen Räumen können so Standortnachteile kompensiert werden. Die Digitalisierung wird auch Produktionsprozesse revolutionieren und Arbeitsplätze verändern. Hier muss Niedersachsen Anschluss an die weltweite Entwicklung halten.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

Doch um solche Chancen zu erschließen, benötigt die neue digitale Welt Regeln und Ausrichtung. Das gilt in der Arbeitswelt genauso wie bei der Bildung, für Lehrer wie für Landwirte, junge Menschen und Patienten, im Rechtsverkehr wie in der öffentlichen Verwaltung. Eine SPD-Landesregierung setzt deshalb in sozialer Verantwortung Rahmenbedingungen für Entwicklung und Umgang mit den neuen Technologien.

● Landesweit mindestens 50 Megabit pro Sekunde

Eine SPD-Landesregierung wird die digitale Infrastruktur im Land als eines ihrer Leitprojekte konsequent ausbauen. Technologische Entwicklung und schnelle Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordern höchste Datenübertragungsraten. Aktuell stehen mehr als 1,5 Milliarden Euro an Förder- und Darlehensmitteln zur Verfügung, um Niedersachsen spätestens bis 2020 flächendeckend mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde zu versorgen. Derzeit ist bereits ein Versorgungsgrad von 75 Prozent erreicht. Die entsprechenden Ausbauvorhaben laufen bereits oder stehen kurz vor dem Start.

Eine SPD-Landesregierung will jedoch Niedersachsen fit machen für die Gigabit-Gesellschaft. Sie setzt daher künftig auf den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser und Bandbreiten von grundsätzlich weit über 100 Mbit/s. Der Investitionsbedarf ist groß, um Niedersachsen flächendeckend auch in den dünn besiedelten Gebieten entsprechend zu versorgen. Doch Niedersachsen soll bis spätestens 2025 flächendeckend mit Glasfaser versorgt sein. Dafür soll der Bund ein groß angelegtes Förderprogramm auflegen, an dem sich das Land engagiert beteiligen wird.

Ebenfalls wichtig für das Flächenland Niedersachsen ist der Ausbau schneller und sicherer LTE-Netze (Long-Term-Evolution) für die Mobilfunkversorgung. Deshalb fordert eine SPD-Landesregierung vom Bund und von den Mobilfunkanbietern ein Konzept zum Schließen von 4G-Lücken und die Einführung von 5G-Netzen ein.

● Wirtschaft, Gesundheit und Mitbestimmung

In der Wirtschaft 4.0 werden Grenzen zwischen Privatleben und Beruf durchlässiger. Eine SPD-Landesregierung wird daher den Dialog zwischen Arbeitswelt, Wissenschaft und der Öffentlichkeit anstoßen, um die gesundheitlichen Auswirkungen von veränderten Arbeitsbedingungen zu klären.

Digitalisierung stellt auch neue Anforderungen an die Mitbestimmung. Eine SPD-Landesregierung wird im Rahmen der Initiative „Gute Arbeit für eine digitale Arbeitswelt“ allen Versuchen entgegentreten, Digitalisierung zur einseitigen Flexibilisierung und

1 Verschlechterung von Arbeitsbedingungen oder einer zunehmenden Fragmentierung von
2 Belegschaften zu nutzen. Chancen und Risiken einer Arbeitswelt 4.0 sollen mit Beteiligung
3 des Landes Gegenstand einer umfassenden Forschung zur „Arbeit der Zukunft“ werden.
4

5 Auch auf europäischer Ebene wird eine SPD-Landesregierung den digitalen Binnenmarkt
6 aktiv mitgestalten und dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen sozial gerecht und
7 regional ausgewogen entwickelt werden. Sie fordert eine Agenda der digitalen Arbeit, die
8 Gewicht auf Beschäftigte und deren Rechte legt. Der digitale Fortschritt darf nicht dazu
9 führen, dass sich prekäre Arbeitsformen ausbreiten und damit auch die
10 Sozialversicherungssysteme gefährden.

11

12 Gleichzeitig wird es immer notwendiger, Freiheit und Rechte von EU-Bürgern und
13 Bürgerinnen im Netz zu sichern. Die europäische Datenschutzgrundverordnung ist dabei ein
14 wichtiger Baustein. Eine SPD-Landesregierung wird an ihrer Umsetzung und
15 Weiterentwicklung mitwirken und die Wirksamkeit sicherstellen.

16 ● Auch Spielerisch im Netz – die digitale Schule

17 Eine SPD-Landesregierung wird die digitale Bildung durch entsprechende Infrastrukturen an
18 den Schulen und weitere digitale Lernkonzepte für alle Schulformen und -stufen fördern.
19 Zum Ausbau der digitalen Bildung soll auch die flächendeckende Einführung von
20 Mikroprozessoren, wie zum Beispiel des altersgerechten Computers „Calliope mini“ an
21 Grundschulen gehören. Kinder können so spielerisch auf die digitale Wirklichkeit der
22 Gesellschaft vorbereitet werden.
23

23

24 ● Gefahr im Netz - Internetkompetenz und Medienschutz

25 Die zunehmende Mediennutzung bei Kindern- und Jugendlichen birgt Gefahren. Eine SPD-
26 Landesregierung wird deshalb den Jugendmedienschutz vorantreiben und das Konzept
27 „Medienkompetenz in Niedersachsen – Ziellinie 2020“ intensiv weiterverfolgen. Kinder und
28 Jugendliche sollen in der Schule, in Vereinen und in der Freizeit lernen, sich vor Gefahren im
29 Internet zu schützen. Hetze und Mobbing in den Sozialen Medien, sollen stärker geahndet
30 werden, damit Kinder und Jugendliche nicht zu wehrlosen Opfern werden. Eine SPD-
31 Landesregierung wird im Dialog mit Anbietern wie Facebook und Twitter darauf dringen,
32 dass rassistische, extremistische und sexistische Inhalte konsequent gelöscht werden.
33

33

34 Allerdings ist Medienkompetenz auch bei älteren Menschen ein aktuelles Thema. In Zeiten
35 von Fake-News und generationenübergreifender Internetnutzung stellt sich die
36 Verbesserung der Medienkompetenz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine SPD-

1 Landesregierung wird deshalb mit der Landeszentrale für politische Bildung daran arbeiten,
2 bei allen Menschen eine gute Medienkompetenz zu erreichen.

3

4 • Eine neue Medienpolitik ist nötig

5 Eine weitere Herausforderung der Medienpolitik im Zeitalter der Digitalisierung ist die
6 Gestaltung einer Medienordnung, die auf die zunehmende Verschmelzung klassischer
7 Fernsehprogramme mit audiovisuellen Angeboten im Internet reagiert. Eine SPD-
8 Landesregierung will gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern auf diese
9 neuen Nutzungsgewohnheiten eingehen. Über das Medienkonzentrationsrecht wird sie faire
10 Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen sicherstellen und ein vielfältiges
11 Medienangebot gewährleisten. Dabei wird sie sich besonders für einen zukunftssicheren
12 öffentlich-rechtlichen Rundfunk engagieren. Die Zulassungspflicht für Streaming-Angebote
13 sollen abgeschafft und durch eine Anzeigepflicht ersetzt werden.

14

15 Auch die Film- und Medienförderung muss sich an diese Entwicklung anpassen. Eine SPD-
16 Landesregierung wird diese Einrichtungen deshalb zu einer Förderung von audiovisuellen
17 Inhalten unabhängig von der Form ihrer Verbreitung fortentwickeln. Dabei wird sie auch mit
18 einer auskömmlichen Finanzierung der niedersächsisch-bremischen Förderinstitution
19 „nordmedia“ zu einer guten Entwicklung des Medienstandortes beitragen.

20

21 • Freiräume für das Studium - digitale Hochschule

22 Eine SPD-Landesregierung wird neue Professuren für die Digitalisierung der Wirtschaft und
23 Gesellschaft an ausgewählten Hochschulen einrichten, um die digitalen Forschung und
24 Ausbildung zu vertiefen. Schon in der vergangenen Wahlperiode hat die SPD-geführte
25 Landesregierung die Studienqualitätsmittel eingeführt. Davon profitiert besonders die
26 Entwicklung der digitalen Lehre durch onlinebasierte Angebote, neuer Lehr- und Lernformen
27 und computerunterstütztes kooperatives Lernen. Das Projekt verbindet Freiräume zur
28 individuellen Studiengestaltung und zum selbstbestimmten Studium mit besserer
29 Vereinbarkeit für Familien und/oder studienbegleitenden Tätigkeiten. Zugleich sollen
30 Hochschulen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und Weiterbildungseinrichtungen die
31 berufs begleitende digitale Fortbildung intensiver unterstützen: zur Sicherung und
32 Weiterentwicklung des Fachkräftebedarfs und damit zum Erhalt der Innovations- und
33 Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im europäischen Maßstab.

34

35 • E-health – die elektronische Patientenakte

36 Die Digitalisierung wird helfen, das Gesundheitssystem effektiver zu machen. Eine SPD-
37 Landesregierung wird diesen Prozess durch Förderung von Modellprojekten gestalten. Dazu

1 zählt auch eine einheitliche und vernetzte elektronische Patientenakte mit allen relevanten
2 Informationen für die Behandlung des Patienten.

- 3
- 4 Eine einheitliche und vernetzte elektronische Patientenakte hält alle relevanten
5 Informationen für die Behandlung des Patienten verfügbar. Sie steht mit allen
6 ergänzenden Informationen zu Behandlungs- und Therapiealternativen dem
7 Patienten offen und ermöglicht eine koordinierte und somit verbesserte Behandlung
8 mit mehr Transparenz und Selbstbestimmung,
- 9 Die elektronische Vernetzung zwischen Ärzten und Apotheken erhöht die
10 Medikationssicherheit für den Patienten und hilft, unerwünschte Wechselwirkungen
11 von Medikamenten auszuschließen.
- 12 Big Data unterstützt den Arzt bei der Diagnostik. Allerdings ist die unkontrollierte
13 Sammlung von Daten zu verhindern. Es muss einen klaren datenschutzrechtlichen
14 Rahmen bei der Nutzung solcher Technologien (z. B. Gesundheitsapps) geben.
- 15 Telemedizin erhält vor allem bei der Vernetzung und Versorgung im ländlichen
16 Raum eine wichtige Rolle.

17 ● Smart Government – die vernetzte Verwaltung

18 Ein intelligent mit Menschen, Systemen und Daten vernetztes Verwaltungshandeln (Smart-
19 Government) bietet für die öffentliche Verwaltung Chancen zur besseren Erfüllung ihrer
20 Aufgaben. Eine SPD-Landesregierung will daher zur Entwicklung und Erprobung solcher
21 Systeme kommunale Partnerschaften von Bürgerorganisationen mit Wirtschaft und
22 öffentlicher Verwaltung fördern. Zur Unterstützung digitaler Transformationsprozesse in
23 Politik, Verwaltung und Gesellschaft wird die Gründung einer „Servicegesellschaft Digitale
24 Transformation in Niedersachsen“ geprüft. Zu ihren Aufgaben sollen die allgemeine
25 Beratung, Koordinierung nachhaltiger digitaler Technologien, Projekte für das städtische
26 Umfeld, Entwicklung einer vernetzten Projektplattform sowie Aufbau einer Projekt- und
27 Wissenstransfer-Akademie gehören.

28

29 ● Bytes und Bits in der Landwirtschaft

30 Digitalisierung und Vernetzung von Produktionsabläufen in der Landwirtschaft bieten große
31 Potenziale für nachhaltiges Wirtschaften, so für den gezielten Einsatz von Dünger und
32 Pflanzenschutzmitteln oder bei der Nutztierhaltung. Niedersächsische
33 Landtechnikunternehmen stehen dabei mit an der Weltspitze. Sie bieten zukunftsorientierte
34 Arbeitsplätze und verfügen über ein fundiertes technologisches Wissen. Die SPD unterstützt
35 die Einführung digitaler Technologien in der niedersächsischen Landwirtschaft und die
36 Entwicklung branchenweiter Lösungsansätze auf Bundesebene. Sie wird mit dem Programm

1 für die **Entwicklung ländlicher Räume (PFEIL)** weiter die Innovationskraft der Landwirtschaft
2 auch durch verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft fördern.

3
4 • E-Justice – der elektronische Rechtsverkehr

5 Das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs [eJusticeGesetz) verpflichtet
6 Justiz und Anwaltschaft bundesweit, außer in Strafsachen spätestens ab 2022 ausschließlich
7 auf elektronischem Weg miteinander zu kommunizieren. Schon ab Januar 2018 müssen die
8 Gerichte grundsätzlich den elektronischen Zugang ermöglichen. Voraussetzung für einen
9 flächendeckenden elektronischen Rechtsverkehr ist die elektronische Gerichtsakte. Eine
10 SPD-Landesregierung wird mit dem elektronischen Justiz-Niedersachsen-Programm (eJuNi)
11 innerhalb von zehn Jahren die Grundlagen für digitale Justizarbeit schaffen. Es soll den
12 Alltag der Gerichte modernisieren, attraktive Arbeitsplätze schaffen und den Service für
13 Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dafür hat sich Niedersachsen mit anderen
14 Bundesländern zum Entwicklungs- und Pflegeverbund „e2“ zusammengeschlossen.

15
16
17
18 **2. Starke Regionen in einem innovativen Land**

19
20 Zu den Stärken Niedersachsens gehört die landschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle
21 Vielfalt seiner Regionen und Städte. Erfolgreiche Regionalpolitik nutzt diese Vielfalt, knüpft
22 an den Besonderheiten jeder Region an, unterstützt deren zukünftige Entwicklung in
23 städtischen Ballungsräume ebenso wie in ländlich geprägten Gebieten – und dort, wo es
24 sinnvoll ist, auch über die Landesgrenze hinaus.

25
26 Eine SPD-Landesregierung wird ihre erfolgreiche Politik der regionalisierten
27 Landesentwicklung fortsetzen, um die Zukunftsfähigkeit jeder Teilregion zu sichern. Schon
28 jetzt ist es gelungen, in allen Regionen – neben den Metropolregionen – dafür die
29 Zusammenarbeit vieler Akteure, von Kommunen über die Hochschulen und die Wirtschaft
30 bis zu Vereinen und Verbänden, zu intensivieren.

31
32 • Ämter für regionale Landesentwicklung stärken

33 Mit den Ämtern für regionale Landesentwicklung wurden 2014 leistungsfähige
34 Ansprechpartner geschaffen, um die materielle und immaterielle Unterstützung des Landes
35 für regional entwickelte Projekte zu organisieren. Die Arbeit dieser Ämter erhöht die
36 Chancengleichheit zwischen den Regionen, unterstützt die Entwicklung der Kommunen und
37 verhindert eine weitere Auseinanderentwicklung der Teilregionen.

1 Die Ämter nehmen Aufgaben mit direkten Auswirkungen auf die Regionalentwicklung wahr,
2 bündeln unterschiedliche politische Fachansätze gezielt zum Vorteil vor Ort, verkürzen Wege
3 und bringen Projekte fachübergreifend voran. In den „Regionalen Handlungsstrategien“
4 verständigen sich regionale Akteure und Landesregierung auf politische Schwerpunkte einer
5 Region. Im koordinierten Fördermitteleinsatz von EU, Bund und Land werden diese
6 Schwerpunkte bearbeitet – vernetzt und kompetent beraten durch die Ämter für regionale
7 Landesentwicklung. Eine SPD-Landesregierung wird diesen Weg fortsetzen und weitere
8 regional bedeutsame Aufgaben des Landes auf die Ämter übertragen.

9
10 Dabei ist eine aktive Struktur- und Regionalpolitik des Landes in der Fläche auf
11 leistungsfähige kommunale Strukturen angewiesen. Neben inhaltlichen
12 Schwerpunktsetzungen und einer gezielten Programmförderung bedarf es dabei auch der
13 Bildung hinreichend verwaltungstarker und gestaltungsfähiger Einheiten. Die SPD-geführte
14 Landesregierung hat diesen Prozess intensiv begleitet.

15
16 Die Erfolge des Südniedersachsen-Programms zeigen, dass eine Bündelung kommunaler
17 Kräfte mit konzentrierter Unterstützung der Landesebene wichtige Entwicklungsprozesse in
18 Bewegung setzen. Südniedersachsen ist dank Bündelung kommunaler Kräfte und mithilfe
19 der Landesebene zu einer eng kooperierenden erfolgreichen Region geworden. Mit der
20 Unterstützung struktur- und finanzschwacher Kommunen, Konsolidierungspartnerschaften
21 sowie Entschuldungs- und Beratungshilfen wird eine SPD-Landesregierung nach diesem
22 Muster allen strukturschwachen Regionen Entwicklungsperspektiven eröffnen. Darüber
23 hinaus wird sie die seit einigen Jahren verstärkt aus lokaler Initiative betriebene
24 Gebietsentwicklung hin zur Schaffung verwaltungstärkerer kommunaler Einheiten gezielt
25 unterstützen.

26

27 ● Mittelzentren stärken

28 Eine nachhaltige Stabilisierung der ländlichen Gebiete wird nur gelingen, wenn die
29 Bürgerinnen und Bürger in zumutbarer Entfernung leistungsfähige Mittelzentren finden.
30 Kleine und mittlere Städte bieten Einkaufsmöglichkeiten, Bildung und Kultur, Freizeit- und
31 Sporteinrichtungen, medizinische Versorgung, Dienstleistungen. Von ihrer Attraktivität hängt
32 oft die Zukunftsfähigkeit der umliegenden ländlichen Räume ab. Doch auch die Stabilität der
33 Nachbargemeinden spielt eine wichtige Rolle für die Entwicklungschancen der Mittelzentren.

34

35 Während die kleinen Städte und Gemeinden für die Dorfgemeinschaft und die Versorgung
36 durch „Strukturförderung für den ländlichen Raum“ Investitionshilfen beantragen können,
37 besteht diese Finanzierungsmöglichkeit für Kommunen ab 10.000 Einwohnern nicht.

1 Voraussetzung für die Bewilligung niedersächsischer Städtebauförderung wiederum ist die
2 Bildung spezifischer Schwerpunkte – was nicht immer möglich ist. Eine SPD-
3 Landesregierung wird deshalb die Mittelzentren gezielt und vordringlich unterstützen. Diese
4 Hilfestellung muss auf jeweilige Probleme wie Lage, Wirtschaftskraft oder
5 Bevölkerungsentwicklung ausgerichtet sein und soll die Lebendigkeit der Städte, die Bindung
6 junger Menschen, die Erreichbarkeit sowie die bauliche Attraktivität stärken.

7

8 • Die Innovationskraft großer Städte nutzen

9 Die großen Städte bilden für alle Teilregionen wichtige Oberzentren. Sie besitzen hohe
10 Innovationskraft beispielsweise durch Hochschulen und Forschungseinrichtungen oder durch
11 ihre Funktion als Verkehrsknoten. Dazu kommen vielfältige kulturelle und wirtschaftliche
12 Angebote. Attraktivität und Ausstrahlung dieser Zentren haben für die Entwicklung der
13 Regionen des Landes und für das Land selbst besondere Bedeutung. Eine SPD-
14 Landesregierung wird deshalb auch die Lebensqualität in Ballungszentren – mit
15 bezahlbarem Wohnraum, attraktiven Stadtteile, Erholungsgebieten – im Blick behalten.

16

17

18 • Entwicklungspartnerschaften ausbauen

19 Mit der gebündelten Unterstützung regionaler Projekte durch die Ämter für regionale
20 Landesentwicklung und Finanzhilfen hat die SPD-geführte Landesregierung in der
21 vergangenen Legislaturperiode bestehende Fördermöglichkeiten gezielt ergänzt. Diese
22 Strategie wird weiterverfolgt. Da aber die Förderprogramme der Europäischen Union und
23 des Bundes den Kommunen häufig hohe finanzielle Eigenbeteiligungen abfordern, müssen
24 weitere landeseigene Instrumente etabliert werden. So sollen die erfolgreichen
25 Finanzierungshilfen für Kommunen auf weitere Programme ausgedehnt und angereichert
26 werden. Zugleich wird geprüft, ob sogenannte Entschuldungskommunen umfangreichere
27 Investitionschancen erhalten können.

28

29 Eine SPD-Landesregierung wird für strukturschwache Räume gesondert ausgestattete
30 Entwicklungspartnerschaften planen. Sie sollen eine mehrjährige Förderung lokaler und
31 regionaler Strategien ermöglichen, auch wenn sich entsprechende Schwerpunkte in den EU-
32 und Bundesprogrammen nicht abbilden lassen. Die Ämter für regionale Landesentwicklung
33 werden diese Verfahren koordinieren und ggf. nach dem Vorbild des Südniedersachsen-
34 Programms weitere regionale Entwicklungsagenturen einrichten.

35

36 • Förderprogramme optimal verknüpfen

1 Die ländlichen Räume Niedersachsens sind in ihrer Bevölkerungsentwicklung,
2 Wirtschaftskraft und Entwicklungsdynamik unterschiedlich ausgeprägt. Es hat sich gezeigt,
3 dass die Politik der regionalisierten Landesentwicklung durch die SPD-geführte
4 Landesregierung greift. Die in den Regionen mit breiter gesellschaftlicher Beteiligung
5 aufgestellten „Regionalen Handlungsstrategien“ sollen fortgesetzt werden. Ziel einer SDP-
6 Landesregierung es ist, auf der EU-Ebene in der neuen Förderperiode ab 2020 den
7 erfolgreichen gemeinsamen Ansatz einer Verzahnung von Programmen wie ELER, EFRE,
8 ESF voranzutreiben. Dabei wird sie sich gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür
9 einsetzen, dass die bürokratischen Hürden bei Verwaltung, Verwendung und Abrechnung
10 europäischer Fördermittel in der nächsten EU Förderperiode noch weiter abgebaut werden.

11

12 ● Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche Entwicklung“ intelligent nutzen

13 Das Förderprogramm für die Entwicklung ländlicher Räume (PFEIL) hat die zukunftsfähige
14 Entwicklung der Strukturen im ländlichen Raum zum Ziel. In der aktuellen Legislaturperiode
15 wurden so die Möglichkeiten der Dorfentwicklung bereits deutlich verbessert. Neben
16 umfangreicheren Fördermitteln konnte das Spektrum an förderfähigen Maßnahmen
17 ausgeweitet und bedarfsgerechter gestaltet werden. Eine SPD-Landesregierung wird freie
18 Mittel im PFEIL-Programm in die Maßnahme Dorfentwicklung und Basisdienstleistungen
19 überführen. Diese vor Ort gut genutzten Fördermittel tragen zur regionalen Wertschöpfung
20 bei, weil Investitionen meist durch lokale oder regionale Handwerksbetriebe umgesetzt
21 werden. Die Entwicklung von Regionen durch die Strukturförderung im ländlichen Raum
22 stellt einen wichtigen Beitrag zur Gesamtentwicklung des Landes dar. Ihre Bedeutung ist von
23 der SPD-geführten Landesregierung durch eine fast flächendeckende Förderung des
24 Regionalmanagements unterstrichen worden.

25

26 Zwar wurde mit der jüngsten Reform der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur
27 und Küstenschutz (GAK) eine bessere Verbindung zwischen der EU-Förderung und der GAK
28 hergestellt. Aber bisher ist kein Reformschritt hin zu einer Gemeinschaftsaufgabe „Ländliche
29 Entwicklung“ gelungen. Daher muss die Weiterentwicklung der GAK, auch vor dem
30 Hintergrund der unsicheren Perspektiven in der nächsten EU-Förderperiode, vorangetrieben
31 werden. Dafür wird sich eine SPD-Landesregierung im Bundesrat stark machen.

32

33

34 **3. Niedersachsen in Europa – Europa für Niedersachsen**

35

36 Europäerin oder Europäer in Niedersachsen sein – das heißt, aus der Sicherheit einer
37 regionalen Verankerung die Weltoffenheit wagen. Verurzelt in Niedersachsen und
38 gleichzeitig fit für ein globalisiertes Leben: leben, lernen und arbeiten in Skandinavien oder

1 am Mittelmeer, in Tallin oder in Amsterdam oder eben in Hannover. Europa soll allen offen
2 stehen, die neugierig sind auf neue Erfahrungen. Sozialdemokratische
3 Regierungsverantwortung wird die Voraussetzung dafür schaffen, diese Chance allen
4 Niedersachsen mit auf den Weg zu geben. In der Europäischen Union leben heute 500
5 Millionen Bürger in Freiheit und Demokratie. Für sie stellt sich die Frage, wie eine noch
6 bessere Zukunft von Europa aussehen soll.

7

8 Die SPD begrüßt, dass die EU-Kommission einen Prozess zur Entwicklung Europas
9 angestoßen hat. Im Mittelpunkt sollen Gedanken über die größten Herausforderungen und
10 die größten Chancen der nächsten zehn Jahre stehen. Eine SPD-Landesregierung wird
11 diesen Prozess mitgestalten und die Perspektiven gerade aus niedersächsischer Sicht
12 einbringen. Sie will allen Niedersachsen eine Plattform bieten, sich daran zu beteiligen.

13

14 Die dringendsten politischen Probleme wie zum Beispiel Klima, Migration, Terrorismus,
15 Finanzpolitik, Digitalisierung sind längst nicht mehr national zu lösen. Die SPD bekennt sich
16 auch deshalb zu einem Europa, das nicht nur Binnenmarkt ist, sondern Rechte- und
17 Wertegemeinschaft ist. Eine SPD-Landesregierung wird in Brüssel dafür werben, dass
18 Europa sich frei, fair und solidarisch entwickelt, mit Meinungs- und Pressefreiheit, mit
19 europäischen Grundrechten und Rechtstaatlichkeit, mit guter Arbeit, auskömmlichen und
20 gerechten Löhnen und vergleichbaren Sozialstandards.

21

22 • Gerechte Finanz- und Steuerpolitik

23 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass unkontrollierte Finanzmärkte das globale
24 Finanzsystem gefährden und destabilisieren können. Spekulation und Profitgier müssen
25 gestoppt werden, klare Regeln für die europäischen Finanzmärkte und Banken sind nötig.
26 Alle Transaktionen von Aktien, Anleihen, Derivaten und Devisen müssen besteuert werden.
27 Eine SPD-Landesregierung wird die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer
28 fordern, die die Finanzmarktakteure an den Kosten von Krisen beteiligt.

29

30 Steuerdumping und Steuerbetrug haben ein unerträgliches Ausmaß angenommen. Deshalb
31 müssen Steueroasen und Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Grundsätzlich gilt:
32 Unternehmen müssen dort Steuern entrichten, wo sie Gewinne erwirtschaften – ebenso wie
33 wohlhabende Bürgerinnen und Bürger, die ihr Vermögen international anlegen. Eine SPD-
34 Landesregierung wird sich weiterhin am internationalen Abgleich von Steuerdaten beteiligen.

35

36 • Gemeinsam gute Wirtschaftspolitik gestalten

1 Der Europäische Binnenmarkt ist für die niedersächsische Wirtschaft Chance und Zukunft
2 zugleich. In Niedersachsen sind europaweit bedeutende Unternehmen zu Hause, die vom
3 Export leben. Sie sind auf offene Grenzen und freie Absatzmärkte angewiesen. Um den
4 Wirtschaftsstandort Niedersachsen zu sichern und auszubauen, müssen auf europäischer
5 Ebene die Rahmenbedingungen stimmen.

6
7 Eine SPD-Landesregierung wird

- 8 sich für die Gestaltung eines Europäischen Emissionshandelssystems einsetzen, das
9 energieintensive Unternehmen international wettbewerbsfähig hält und ihnen
10 Planungssicherheit garantiert;
- 11 für notwendige Modernisierung der europäischen Energie-Infrastruktur eintreten, die
12 Förderung erneuerbarer Energien und die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie.
- 13 jeden Zwang zur Privatisierung von kommunalen Aufgaben der öffentlichen
14 Daseinsvorsorge ablehnen.

15
16 ● Faire Globalisierung für alle

17 Protektionismus gefährdet das deutsche Wirtschaftsmodell ebenso wie Marktabschottung,
18 Dumping und Subventionsmissbrauch. Europa braucht faire Handelsabkommen. Dabei
19 müssen Arbeitnehmerrechte mit fairen sozialen und umweltschonenden Bedingungen
20 verbindlich verankert werden. Die Vorteile von Handelsabkommen müssen allen Bürgerinnen
21 und Bürger Europas zu Gute kommen. Von den Vorzügen der Globalisierung sollen die
22 arbeitenden Menschen, nicht nur die Unternehmen profitieren.

23
24 Eine SPD-Landesregierung setzt sich für eine moderne Handelspolitik ein, die nicht nur den
25 freien Handel, sondern auch den nachhaltigen und fairen Handel fördern soll. Mehr als 190
26 UNO-Mitgliedstaaten haben im September 2015 die Agenda 2030 für nachhaltige
27 Entwicklung beschlossen. Jetzt ist die Staatengemeinschaft aufgefordert, die notwendigen
28 Umsetzungsprozesse zu organisieren. Niedersachsen hat die Umsetzung als erstes
29 Bundesland noch im September 2015 mit der Verabschiedung der Entwicklungspolitischen
30 Leitlinien gestartet. Mit diesen Leitlinien werden die Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele
31 der Agenda 2030 in der niedersächsischen Entwicklungspolitik fest verankert.

32
33 ● Solidarische europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik

34 Angesichts der weltweiten Flüchtlingsströme müssen überall in Europa angemessene und
35 vergleichbare Standards bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen gelten.
36 Eine SPD-Landesregierung wird dabei für ein ausgewogenes Konzept zur legalen
37 Einwanderung eintreten – mit gleichen Rechten und Pflichten in allen EU-Mitgliedstaaten.

1 Klare Einwanderungsregeln sollen jenen helfen, die auf ein besseres Leben in Europa
2 hoffen. Gleichzeitig fordert sie wirksame Maßnahmen, um unkontrollierten Zuzug von
3 Migranten zu unterbinden. Um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern
4 und Fluchtursachen zu bekämpfen, wird sie den von der EU eingeschlagenen Weg mit
5 Verzahnung von Außen-, Handels- und Entwicklungspolitik unterstützen.

6
7 • Gemeinsam europäische Sicherheit organisieren

8 Die EU-weite Bedrohung durch Terrorismus erfordert eine verlässliche Zusammenarbeit der
9 Sicherheitsbehörden in Europa. Eine SPD-Landesregierung unterstützt im Rahmen der
10 Europäischen Sicherheitsagenda ihre engere Zusammenarbeit.

11
12 • Soziales Europa hat Vorrang

13 Die Bürger und Bürgerinnen verlangen von Europa soziale Gerechtigkeit und ein
14 ausgewogenes Sozialleistungssystem. Statt allein auf wirtschaftliches Wachstum zu setzen,
15 müssen sozial- und beschäftigungspolitische Aspekte, Chancengleichheit und Teilhabe
16 künftig stärker beachtet werden. Eine SPD-Landesregierung wird für starke soziale
17 Grundrechte eintreten. Sie fordert die Verankerung von sozialen Mindeststandards dort, wo
18 Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern berührt sind. Vor allem die Reform der
19 EU-Entsenderichtlinie wird sie eng begleiten. Soziale Standards müssen nach oben, nicht
20 nach unten angepasst werden.

21
22 Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stehen für eine SPD-Landesregierung an
23 erster Stelle: Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen und Förderung von Mobilität in
24 ganz Europa, vor allem aber mehr Ausbildungsplätze. Die niedersächsische Wirtschaft hat
25 dazu erfolgreiche Initiativen gestartet. Eine SPD-Landesregierung wird alle europäischen
26 Nachbarn unterstützen, die ihre nationalen Ausbildungssysteme an das deutsche duale
27 Ausbildungssystem anpassen wollen. Und sie wird die Ausgestaltung der neuen EU-
28 Gleichstellungsrichtlinie aktiv begleiten. Denn zu einer sozialen Gemeinschaft gehört auch
29 die Gleichstellung von Frauen und Männern.

30
31 • Rechtspopulismus den Boden entziehen

32 Rechtspopulismus und Nationalismus haben in Europa an Boden gewonnen.
33 Rechtspopulistische Parteien sind sich einig in der Ablehnung der EU, opponieren gegen
34 eine pluralistische Gesellschaft, beziehen Stellung gegen den Islam und plädieren gegen die
35 Gleichberechtigung. Dem Zulauf rechtspopulistischer Parteien ist nur zu begegnen, wenn die
36 liberalen, freiheitlichen demokratischen Kräfte geschlossen dagegen antreten.

1 Eine SPD-Landesregierung fordert wie die Mehrheit der Niedersachsen die Respektierung
2 der europäischen Grundwerte: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Solidarität,
3 Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte. Sie wird mit der Europäischen Union
4 jeder Form des Nationalismus entschlossen entgegentreten. Populisten ist nur der Boden zu
5 entziehen, wenn gemeinsam die Ursachen für rechtspopulistische Tendenzen bekämpft, die
6 soziale Spaltung der Gesellschaft überwunden und die Globalisierung gerecht gestaltet wird.

7
8 • Europäische Identität herausbilden

9 Eine SPD-Landesregierung trägt die Ansätze der neu entstandenen „PULS OF EUROPE“-
10 Bewegung. Sie wird die Arbeit des Europäischen Informationszentrum (EIZ) des Landes
11 Niedersachsen weiterführen und stärken. Sie wird die erfolgreichen Europaschulen weiter
12 stärken und weitere Schulen für diese Arbeit gewinnen. Sie wird die europäischen
13 Austauschprogramme aktiv fördern und die Partnerschaften des Landes Niedersachsen
14 weiterentwickeln. Das Land Niedersachsen wird deshalb unter einer SPD-Landesregierung
15 wieder der Versammlung der Regionen Europas (VRE) beitreten.

16
17
18
19 • Gut vernetzt mit den Nachbarn

20 Grenzüberschreitende wirtschaftliche Aktivitäten wie die erfolgreiche Zusammenarbeit mit
21 den Niederlanden in der EUREGIO haben Wohlstand gebracht. Niedersachsen ist seit
22 Jahren mit zahlreichen Regionen in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft, aber
23 auch weltweit partnerschaftlich verbunden und international gut vernetzt. Niedersachsen
24 stellt sich der internationalen Verantwortung, gestaltet die Rahmenbedingungen mit und
25 fördert insbesondere ökonomische, ökologische und bildungspolitische Projekte in den
26 Partnerregionen.

27
28 • Wir sind Europa

29 Europa muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Ganz klar dabei ist: Ein Zurück zum
30 Nationalstaat ist keine Alternative, sondern würde in der globalisierten Welt und ihren
31 veränderten wirtschaftlichen Gewichte nur den Verlust von Souveränität bedeuten. Eine
32 SPD-Landesregierung will den europäischen Reformprozess mitgestalten. Es gilt, das
33 Richtige besser zu machen. Denn nicht **DIE** in Brüssel sind Europa, sondern **WIR** sind
34 Europa!

35
36
37 **IX. Mit Zuversicht in eine gute Zukunft**

1 Viele Menschen sind besorgt über die drohende globale Klimakatastrophe, die Kriege vor der
2 europäischen Haustür, den Hunger und die Armut in der Welt, die Flüchtlingsströme und den
3 Terrorismus. Umso wichtiger ist es, dass sich die Bürgerinnen und Bürger um ihre engere
4 Heimat, um Niedersachsen keine Sorgen machen müssen: Das Land hat sich gerade in den
5 vergangenen fünf Jahren positiv entwickelt.

6
7 In Niedersachsen können alle Menschen mit Zuversicht in eine gute Zukunft schauen.
8 Tatsächlich tun das auch die meisten. Doch Vertrauen und Optimismus stellen sich nicht von
9 selbst ein, sie sind vor allem das Ergebnis von gemeinsamer Arbeit – für ein gutes
10 Miteinander, für Sicherheit, für Fortschritt und Zukunft. In Kommunen und Regionen, in
11 Unternehmen und Verwaltungen, in Schulen und in der Landwirtschaft haben Menschen ihr
12 Bestes gegeben. Auch im hannoverschen Landtag, im Landeskabinett und in den Ministerien
13 der SPD-geführten Landesregierung wurde viel geleistet.

14
15 Mit ihrer Politik hat die rot-grüne Koalition in den vergangenen fünf Jahren seit 2013
16 wesentlich dazu beigetragen, dass es Niedersachsen und seinen Menschen gut geht. Sie
17 hat in den Betrieben wie in den Regionen Initiativen für Innovationen und Arbeitsplätze
18 vorangebracht. Sie hat Straße, Schiene und das Breitbandnetz weiter ausgebaut. Sie hat
19 Niedersachsen sicherer und ökologischer gemacht, die Bildung verbessert, sozial- und
20 gesundheitspolitische Maßstäbe gesetzt. Die SPD wird in diesem ehrgeizigen
21 Arbeitsprogramm nicht nachlassen. Im Gegenteil: Auf dieser Grundlage will sie die Politik
22 auch den nächsten fünf Jahren aufbauen und an den neuerlichen Herausforderungen für
23 Land und Menschen orientieren.

24
25 Ihre landespolitischen Ziele und Leitprojekte hat die SPD im Wertekanon von Freiheit,
26 Gerechtigkeit und Solidarität im Regierungsprogramm 2017 – 2023 zusammengefasst.

27
28 **□ Die SPD schafft Chancengleichheit durch Bildung**

29 Die Arbeit zur Verbesserung der Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen
30 muss fortgesetzt werden – in Familie und Schule, in der außerschulischen und
31 frühkindlichen Bildung, in der Berufs- und Hochschulausbildung. Die stufenweise
32 Einführung gebührenfreier Bildungswege ist dabei ein zentraler SPD-Baustein. Alle
33 Bildungseinrichtungen sollen die besten Chancen zum Start in den Beruf und ein
34 selbstbestimmtes Leben bieten. Dazu zählen wichtige Handlungsfelder, wie bessere
35 Familienbetreuung, guter Kinderschutz, emanzipierende Jugendarbeit und
36 lebenslanges Lernen.

1 **Die SPD hat moderne Antworten auf die Globalisierung**

2 Eine aktive Wirtschaftspolitik wird Industrie, Handwerk und Landwirtschaft weiter für
3 die Herausforderungen der Globalisierung fit machen – für die Digitalisierung, die
4 Breitbandtechnik und die Industrie 4.0. Nur so können Arbeitsplätze erhalten und
5 neue Beschäftigung mit guter Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen geschaffen
6 werden. Dabei soll die Modernisierung der Gesellschaft nicht zu Lasten der einzelnen
7 Menschen gehen. Ein modernes Niedersachsen braucht außerdem mobile Menschen,
8 schnelle Verkehrswege und eine sichere Versorgung vor allem mit Erneuerbaren
9 Energien, um in Deutschland weiterhin Energieland Nr. 1 zu bleiben.

10

11 **Die SPD schützt die demokratische Gesellschaft**

12 Alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen müssen sicher und geschützt leben
13 können: Dafür steht die SPD. Sie hat die Polizei auf den höchsten Personalstand
14 gebracht und den Verfassungsschutz gestärkt. Sie wird die Ausrüstung der
15 Sicherheitsbehörden weiter modernisieren. Sie wird die Kriminalität und den
16 politischen bzw. islamistischen Extremismus auch weiter erfolgreich mit modernen
17 Konzepten bekämpfen. Eine leistungsfähige und bürgernahe Justiz wird dafür sorgen,
18 dass die Menschen ihr gutes Recht bekommen und Straftaten so zügig wie möglich
19 abgeurteilt werden.

20

21 **Die SPD steckt den Rahmen für Solidarität**

22 In einem sozialen Niedersachsen leben alle Menschen gemeinsam und
23 gleichberechtigt miteinander. Dafür steht die SPD ein. Sie wird für bezahlbaren
24 Wohnraum sorgen, für gute Pflege in Heimen und in den Familien, für eine bessere
25 Versorgung mit Ärzten, gerade in ländlichen Regionen, und für eine flächendeckende
26 Krankenhaus-Struktur. Die SPD wird gegen die Benachteiligungen einzelner Gruppen
27 energisch vorgehen. Das Gleichstellungsgesetz und die Initiativen zur Inklusion in
28 Schule und Gesellschaft sind dafür zwei wichtige Beispiele. Als große zukünftige
29 Aufgabe steht allerdings auch weiter die Integration von Menschen auf der
30 Tagesordnung, die hier vor Verfolgung und Kriegen Zuflucht gefunden haben. Diese
31 Aufgabe will die SPD gemeinsam mit den Kommunen und den zahlreichen
32 Ehrenamtlichen lösen.

33

34 **Die SPD stärkt die Kraft der Regionen**

35 Die SPD ist stolz auf die landschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt der
36 niedersächsischen Heimat – ebenso wie auf die Modernisierungskraft der Regionen
37 und Kommunen. Diese regionalen Stärken bringen das ganze Land voran und helfen,

1 künftigen Herausforderungen in Europa und der globalisierten Welt standzuhalten.
2 Deshalb hat die SPD die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der regionalen
3 Landesentwicklung stark gefördert und wird dies auch weiter tun.

4

5 Das Regierungsprogramm der SPD ist ein Wegweiser in eine gute Zukunft des Landes
6 Niedersachsen. Die Wählerinnen und Wählern haben nun zu entscheiden, ob sie diesen
7 Weg für weitere fünf Jahre gemeinsam mit der SPD gehen wollen und ob die Ziele und
8 Konzepte des Programms ihre Zustimmung finden.

9

10 Die SPD bittet die Wählerinnen und Wähler, bei den Landtagswahlen am 15. Oktober 2017
11 mit beiden Stimmen SPD zu wählen: damit eine starke SPD mit Ministerpräsident Stephan
12 Weil an der Spitze weiter Niedersachsens Zukunft gestalten kann.

13